

„Bewusstlose“ Gewalt

**Subtile Formen von Gewalt gegen
(studierende) Menschen mit Behinderungen**

Ellen Keune

7

Matrikelnummer 20080427

Erstkorrektur:
Zweitkorrektur:

Prof. Dr. Eckart Hammer
Prof.'in Kristina Kraft

Inhalt

Vorwort	4
Einführung	5
1 Menschen mit Behinderungen	6
1.1 Geschichte der Behindertenpolitik	7
1.2 Paradigmen des Phänomens Behinderung.....	8
2 Gewalt	9
2.1 Schwierigkeiten der Gewaltdefinition	10
2.1.1 Dimensionen von Gewalt.....	11
2.2 Formen von Gewalt	12
2.2.1 Der Gewaltbegriff bei Galtung und der WHO	12
2.2.2 Personale Gewalt	12
2.2.3 Physische Gewalt	12
2.2.4 Psychische Gewalt	13
2.2.5 Sexualisierte Gewalt	13
2.2.6 Strukturelle Gewalt	13
2.2.7 Institutionelle Gewalt.....	13
2.2.8 Kulturelle Gewalt	14
2.2.9 Subtile Gewalt	14
3 Gewalt gegen Menschen mit Behinderung in Deutschland	14
3.1 Exkurs: Rechtliche Grundlagen	16
4 Subtile Formen von Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen	17
4.1 Gewaltdefinition	17
4.2 Subtile Gewalt im öffentlichen Raum und Privathaushalten.....	17
4.3 Subtile Gewalt in Einrichtungen.....	18
5 Lösungsansätze	19
5.1 Exkurs: Das Experteninterview	21
5.2 Politische Ebene	22
5.3 Institutionelle Ebene (Wohlfahrtsverbände).....	24
5.4 Weitere (öffentliche) Einrichtungen	26
5.5 Gesamtgesellschaftlich und jede/r Einzelne	26
5.6 Menschen mit Behinderungen	27
6 Handlungsmöglichkeiten der Sozialen Arbeit	28

7	Subtile Gewalt gegen Studierende mit Behinderungen	30
7.1	Subtile Gewalt im Kontext Studium und Behinderung allgemein.....	31
7.1.1	Studienwahl, Hochschulzulassung und Nachteilsausgleiche	32
7.1.2	Dienstleistungen und physische Barrieren	33
7.1.3	Lehre, Prüfungssituationen und Studienorganisation	34
7.1.4	Finanzielle Benachteiligung	34
7.1.5	Auslandsaufenthalte und Praktika.....	35
7.1.6	Information und Beratung	35
7.2	Anforderungen an eine „Hochschule für alle“	36
7.2.1	Übergang Schule-Studium/Beruf	36
7.2.2	Wohnen und Infrastruktur	37
7.2.3	Verpflegung	37
7.2.4	Information und Kommunikation	38
7.2.5	Prüfungs- und Studiengestaltung.....	39
7.2.6	Gebäude, Wege und Räume	39
7.2.7	Ruheräume /-zeiten	40
7.2.8	Hilfsmittel.....	40
7.2.9	Orientierungshilfe für sehbehinderte und blinde Studierende.....	41
7.2.10	Beratung und Coaching	41
7.2.11	Praktika und Ausland.....	42
7.2.12	Finanzen.....	43
7.2.13	Tutorien	43
7.2.14	Lehrende und Mitarbeitende der Hochschule.....	44
7.2.15	Übergang Studium-Beruf	44
7.3	Subtile Gewalt gegen Studierende mit Behinderungen an der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg.....	44
7.3.1	Hochschulzulassung und Nachteilsausgleiche.....	45
7.3.2	Dienstleistungen und physische Barrieren	47
7.3.3	Orientierung.....	49
7.3.4	Lehre, Prüfungssituationen und Studienorganisation	49
7.3.5	Finanzielle Benachteiligung	49

7.3.6	Wohnen und Nahverkehr	50
7.3.7	Information und Beratung	50
7.4	Veränderungspotential an der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg ..	51
7.5	Fazit und Ausblick	57
8	Fazit und Reflexion	58
	Literatur	61
	Anlagen	I
	Forum Gewaltprävention in der Behindertenhilfe	I
	Anhörung im Landtag von Baden-Württemberg	III
	Expertinnen-Interview mit Britta Schade	VII
	Enthinderte Hochschule.....	XIV
	Eidesstattliche Erklärung	67

Vorwort

Die Selbsterkenntnis, ein „Musterkrüppelchen“ zu sein, traf mich tief. Zu dieser und einigen weiteren weisen und gleichzeitig erstaunlichen Einsichten über mich selbst, sowie mein Welt- und Menschenbild gelang ich während der Vorbereitungen und des Schreibens dieser Bachelorthesis. Am meisten überraschte mich die Feststellung, dass Gewalt in meinem Leben eine weitaus größere Rolle spielt, als ich bisweilen annahm. Beide Beobachtungen wirken zunächst frappierend und bestürzend. Doch das Bewusstsein dieser Tatsachen bringt auch einige Klarheit mit sich. Kuriose Situationen und Begegnungen, die ich als sehbehinderte, rollstuhlfahrende Studentin täglich erlebe, betrachte ich in der Zwischenzeit viel distanzierter. Da ich nun viele Situationen in meine persönliche Schublade „subtile Gewalt“ einordnen kann und weiß, dass sich ein Musterkrüppelchen „dankbar, lieb, ein bisschen doof und gut zu verwalten“ (KLEE 1976, S.150) verhält, entscheide ich inzwischen bewusster, ob ich den Erwartungen entsprechen, oder den GesprächspartnerInnen ihre „bewusstlose“ Gewalt bewusst machen möchte. Aus meiner inzwischen reflektierten Sicht ist es sogar ein Vorteil, auf die Eigenschaften eines Musterkrüppelchens zurückgreifen zu können. Wichtig ist dabei, die Freiheit zu haben, diese selbstbestimmt einsetzen zu können und nicht darauf angewiesen zu sein, nur mit diesem Verhalten ein menschenwürdiges Leben führen zu können. Mit dem Bewusstsein, dass ich es nicht tue um artig zu sein, sondern weil es mir ein großes Anliegen ist, möchte ich mich an dieser Stelle bei einigen Menschen bedanken. Ohne die Unterstützung und Begleitung vieler Menschen wäre diese Bachelorthesis nicht zustande gekommen. Mein erster Dank gilt Herrn Prof. Dr. Eckart Hammer, dem Erstkorrektor dieser Arbeit für die fachliche Begleitung, kritische Reflexion und die vielen wertschätzenden Worte im Laufe meiner gesamten Studienzeit und insbesondere während der Erstellung dieser Arbeit. Bei Frau Prof. Kristina Kraft, Zweitkorrektorin, bedanke ich mich für hilfreiche Literaturhinweise. Herrn Prof. Jo Jerg und den Mitgliedern der Interessengruppe Studium und Assistenz der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg danke ich für sehr interessante und spannende Diskussionen und ihr stets offenes Ohr. Ein herzliches Dankeschön sende ich an Frau Dr. Monika Schröttle für zwei lehrreiche und gewinnbringende Gespräche und nach Stuttgart ins Zentrum selbstbestimmt Leben zu Britta Schade, die mir in einem Interview geduldig Rede und Antwort stand. Onkel Herbert danke ich für die Unterstützung bei der graphischen Gestaltung des Deckblatts. Immer in Reichweite zum Scannen, Vorlesen und sämtlichen anderen Tätigkeiten waren Assistenzkräfte, KorrekturleserInnen und vor allem meine Eltern – hierfür mein herzlichster Dank.

Einführung

„Mitbeteiligt an der Diskriminierung sind zudem auch die, die Diskriminierungen geschehen lassen und möglich machen und nicht nur diejenigen, die die Diskriminierung unmittelbar ausüben. Das gilt insbesondere auch für institutionalisierte Formen der Diskriminierung, wie bestimmte gesetzliche Regelungen, die Architektur der Städte, der öffentliche Personennahverkehr... daran sind eine Vielzahl von Menschen beteiligt. Ja man könnte sagen, dass in ihnen die Vorstellungen der Mehrheit in eine Struktur gegossen worden sind.“ (vgl. ROMMELSPACHER 19.11.2013, S.1) Dieses Zitat benennt bereits einige Dimensionen und Formen von „bewusstloser“ Gewalt, um die es in dieser Bachelorthesis gehen soll. Subtile Formen von Gewalt gegen (studierende) Menschen mit Behinderungen – ein Titel, der zunächst zurückschrecken lässt und für einige Verwirrung sorgt. Bereits der Begriff Gewalt klingt bedrohlich. Einerseits ein Thema über das in den Medien tagtäglich berichtet wird und dadurch sehr präsent ist, andererseits noch weit verbreitet ein Tabuthema, das, je näher es der eigenen Lebenswelt kommt, Unsicherheit, Scham und Angst auslöst, beziehungsweise auslösen kann. Ähnliche Gefühle assoziieren viele Menschen auch mit dem Wort Behinderung. Es verunsichert, da Menschen mit Behinderungen oftmals nicht zum Alltag von Menschen ohne Behinderung gehören und es beängstigt, da jederzeit die Möglichkeit besteht, durch beispielsweise Krankheit oder Unfall selbst zu dieser Zielgruppe zu gehören. Neben dem Bewusstsein, dass sich dadurch vieles verändern würde, wird auch eine Stigmatisierung gefürchtet. Diese Annahmen sind durchaus berechtigt, denn vier von fünf Frauen und zwei von drei Männern mit Behinderungen haben mindestens einmal in ihrem Leben Diskriminierung oder strukturelle Gewalt erfahren. (vgl. JUNGnitz u.A. 22.11.2013, S.8-16¹)

In dieser Bachelorthesis setze ich mich mit dem Phänomen der „bewusstlosen“ Gewalt näher auseinander und suche Antworten auf folgende Fragestellung: Welche Formen von subtiler Gewalt gegen (studierende) Menschen mit Behinderungen gibt es und wie können sie verringert oder vermieden werden? Exemplarisch untersuche ich dabei die Situation an der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg.

Zu Beginn widme ich mich in den ersten beiden Kapiteln der Zielgruppe Menschen mit Behinderungen und dem Gewaltbegriff, um diese im dritten Kapitel in Beziehung set-

¹ Die von mir verwendete Literatur wird in ein Word-Format umgewandelt. Dies führt häufig dazu, dass Seitenzahlen nicht erkannt werden oder innerhalb des Dokuments verrutschen, sodass Zitate von mir nicht mehr einer genauen Seitenzahl zugeordnet werden können. Daher werde ich in dieser Arbeit die Seitenzahlen, welche im Inhaltsverzeichnis durch einzelne Kapitel gekennzeichnet sind, wie hier verwenden. Dies ist mit Prof. Dr. Hammer, dem Erskorrektor dieser Arbeit so abgesprochen.

zen zu können. Nachdem ich somit die Basis für den Schwerpunkt meiner Fragestellung geschaffen habe, wende ich mich im vierten Abschnitt speziell den Formen von subtiler Gewalt zu. Wie diese vermieden oder verringert werden können, soll in den darauffolgenden Kapiteln behandelt werden, wobei ich im letzteren der beiden speziell Handlungsmöglichkeiten der Sozialen Arbeit erörtern möchte. Das siebte Kapitel lenkt den Blick im ersten Teil auf die Situation von Studierenden mit Beeinträchtigungen und chronischen Erkrankungen in Deutschland, sowie deren Verbesserungsmöglichkeiten. Die Evangelische Hochschule steht im zweiten Teil meiner Arbeit im Focus. Zuerst schildere ich die derzeitige Situation und suche dann nach Handlungsoptionen, welche die subtile Gewalt dort verringern können.

1 Menschen mit Behinderungen

„Über 7 Millionen Menschen gelten in Deutschland als schwerbehindert, rund 17 Millionen Menschen im Alter von über 18 Jahren leben mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen oder chronischen Krankheiten, die sie im täglichen Leben einschränken. Das sind jede vierte Frau und jeder vierte Mann.“ (BUNDESMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALES 08.01.2014, S.7) Sowohl Cloerkes, als auch Metzler betonen, dass sich der Begriff Behinderung stets verändert und in verschiedenen Kontexten gebraucht wird. Verschiedene Professionen, exemplarisch PädagogInnen oder JuristInnen, definieren Behinderung unterschiedlich. Es ist keine allgemein gültige Definition auszumachen. (vgl. CLOERKES 2007, S.4; METZLER 2011, S.101-108) Wichtig für die Soziale Arbeit ist die Definition des SGB IX Absatz 2, da viele AutorInnen von Fachliteratur oder Ämtern und Behörden sich darauf berufen. Sie lautet wie folgt: „Menschen sind behindert, wenn ihre körperliche Funktion, geistige Fähigkeit oder seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweichen und daher ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist. Sie sind von Behinderung bedroht, wenn die Beeinträchtigung zu erwarten ist.“

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) unterschied drei Begrifflichkeiten.

- Impairment bezeichnete die biologisch beeinträchtigte Funktion des Organismus.
- Disability beschrieb, inwiefern die körperliche Schädigung den jeweiligen Menschen im Vergleich zu gleichaltrigen am täglichen Leben behindert.
- Handicap war die Benachteiligung, welche im sozialen Umfeld durch die Behinderung entsteht.

Dieses Konzept ist zwar mehrdimensional, wurde aber aufgrund seiner Linearität stark kritisiert. Im Jahr 2001 wurde es durch eine multidimensionale Weiterentwicklung abgelöst. Körperfunktionen und –strukturen, Aktivitäten und Teilhabe (Partizipation), Umweltfaktoren und personenbezogene Faktoren sind die vier Dimensionen der neuen Klassifikation. Der wesentliche Inhalt der International Classification of Functioning (ICF) ist die Partizipation an den verschiedenen Alltagsbereichen und Lebensräumen. (vgl. CLOERKES 2007, S.6; METZLER 2011, S.101-108)

„Menschen mit Beeinträchtigungen sind und leben so unterschiedlich wie Menschen ohne Beeinträchtigungen.“ (BUNDESMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALES 2013, S.14) Daher werde ich an dieser Stelle nicht näher auf verschiedene Lebensformen und Konstellationen eingehen. Im aktuellen Teilhabebericht der Bundesregierung wird darauf hingewiesen, dass es in allen Lebenslagen Differenzen zwischen den Gelegenheiten der Partizipation von Menschen mit, im Gegensatz zu Menschen ohne Behinderungen gibt. (vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALES 2013, S.14)

1.1 Geschichte der Behindertenpolitik

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts entwickelte sich in Deutschland das „Anstaltswesen“. Gegründet wurden diese Einrichtungen von Persönlichkeiten, die sich von christlichen, erzieherischen, oder humanitären Einstellungen leiten ließen. Den bis dahin auf Armenhilfe oder Mildtätigkeit angewiesenen Menschen mit Behinderungen verhalfen sie zu einem „sinngebenden Leben“, indem sie ihnen durch Landwirtschaft und Heimarbeit eine Beschäftigung gaben. So konnten sie einen Beitrag zu ihrem eigenen Unterhalt und dem der Gemeinschaft leisten. Die Anstalten lagen oft außerhalb von Gemeinden, also abgeschieden vom öffentlichen Leben. Mit dem Ende des Ersten Weltkrieges änderte sich die Haltung gegenüber Menschen mit Behinderungen. Durch den aufkommenden Sozialdarwinismus und andere Ideologien, z.B. der Rassentheorie, wurde der Wert eines Menschen zunehmend an seiner Leistung gemessen. Der Höhepunkt dieser Einteilung in wertenes und unwertes Leben gipfelte im Nationalsozialistischen Regime. Die damals sogenannten Insassen wurden als unnütze Esser angesehen. Durch Euthanasie wurde in der damaligen Zeit fast eine ganze Generation von Menschen mit Behinderungen ermordet. Mit dem Konzept aus dem 19. Jahrhundert führte man nach dem Zweiten Weltkrieg die Behindertenarbeit in den alten Gebäuden fort. Die vermeintliche Unparteilichkeit der Wohlfahrtsverbände trug dazu bei, dass man diesen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Betreuung der „Behinderten“ übertrug. In dieser Zeit entwickelte sich die Professionalisierung helfender Berufe. Das Schulwesen wurde in Regel- und Sonderschulen geteilt. Auch andere Lebensbereiche von Men-

schen mit Behinderungen wurden durch besondere Hilfsmaßnahmen unterstützt und geregelt. Für das Arbeitsleben wurden ab den 1960er Jahren Werkstätten für Menschen mit Behinderungen (damals noch beschützende Werkstätten), Berufsbildungs- und Berufsförderungswerke gegründet. Dieses ausdifferenzierte Hilfesystem brachte einerseits bestmögliche Hilfe und Versorgung mit sich, andererseits förderte es Ausgrenzung und Separation der Menschen mit Behinderungen, die sich -ungeachtet ihrer Individualität- an das System anpassen mussten. Angeregt durch die Independent Living Bewegung in Amerika Ende der 1960er Jahre wehrten sich hauptsächlich körperbehinderte Menschen gegen diese Stigmatisierung zur Unmündigkeit. Bis heute beraten und unterstützen Menschen mit Behinderungen Ihresgleichen im Rahmen der „Selbstbestimmt Leben“-Bewegung. Diese Beratung von Betroffenen für Betroffene hin zu ExpertInnen in eigener Sache, unter dem Motto „Nichts über uns, ohne uns“, nennt sich Peer-Counseling. Von großen Institutionen und passiver Hilfeempfänglichkeit strebten und streben VertreterInnen der Behindertenbewegung danach, als mündige, selbstbestimmte Bürger und Bürgerinnen angesehen zu werden. Zu dieser Verwirklichung von eigenständigem Leben gehört auch die Forderung, sich als ExpertInnen in eigener Sache in der Behindertenarbeit zu engagieren und Behindertenpolitik selbst zu beeinflussen. (vgl. WACKER 2011, S.87-100)

Sowohl die Behindertenbewegung, als auch Behindertenverbände setzen sich für das Wohl der Menschen mit Behinderung und für deren selbstständige Lebensführung ein. Um die Realisierung der gemeinsamen Ziele zu erreichen, schlagen sie allerdings unterschiedliche Wege ein. Der Erfolg beider einzelner Wege ist jedoch in Frage zu stellen. Momentan wird von der Fachwelt die parallele Arbeit von Behindertengruppen, -verbänden und -bewegungen als ideal angesehen, da die Unterschiedlichkeit der Beeinträchtigungen auch unterschiedliche Bedürfnisse und Wünsche hervorruft und somit verschiedene Interessen vertreten werden müssen. (vgl. CLOERKES 2007, S.80; WACKER 2011, S.87-100)

1.2 Paradigmen des Phänomens Behinderung

Zum Phänomen Behinderung gibt es verschiedene wissenschaftliche Ansätze.

- Das individualtheoretische Paradigma orientiert sich an den Defiziten eines einzelnen Menschen. Es gilt, diese im Vordergrund stehende und als belastend angesehene Behinderung zu überwinden oder zu unterstützen. Diese veraltete Sichtweise bildet immer noch die Grundlage von Medizin, Therapien und Rehabilitation und ist in der Praxis der Sonderpädagogik gängige Grundlage.

- Mit seinem Entwurf des Stigmas bietet Goffman die Basis des interaktionistischen Paradigmas. Indem ein Mensch bestimmte gesellschaftliche Erwartungen nicht erfüllt, bzw. erfüllen kann, weicht er von der Norm ab, er ist „in unerwünschter Weise anders“. (Goffman 1977, S13) Aufgrund der negativen Kennzeichnung der Menschen (Stigma) und der Vorstellung, wie ein Mensch mit Behinderung zu sein hat, werden sie in die Rolle des „Behinderten“ gezwängt.
- Im Gegensatz zu den beiden vorangegangenen Sichtweisen wechselt das gesellschaftstheoretische Paradigma von der Mikro- auf die Makroebene. Behinderung wird in Bezug auf die Gesellschaft gesehen. Dabei gehen VertreterInnen dieses Paradigmas davon aus, dass Behinderung Ausdruck der Gesellschaft ist. Der Mensch wird an seiner Leistung gemessen, die er für die Gesellschaft erbringen kann. Aus kapitalistischer Sichtweise entsteht Behinderung durch sozioökonomische Benachteiligung aufgrund der Milieuzugehörigkeit.
- Wie der Name bereits sagt, betrachtet das systemtheoretische Paradigma nicht nur die einzelne Person mit Behinderung, sondern das ganze Gesellschaftssystem. Es geht auf die Rahmenbedingungen ein, die zu einer vollständigen Teilhabe benötigt werden, bzw. in welchem Maße diese zur Ausgrenzung beitragen. (vgl. METZLER 2011, S.101-108)

Eine Vergleichsstudie der Universität Brunel zu Betrachtungsweisen des Begriffs Behinderung in Europa ergab, dass es in der Sozialpolitik keine mustergültige Definition von Behinderung gibt, da keine Sichtweise allen Menschen mit Behinderungen gerecht werden kann. (vgl. Metzler 2011, S.107) Meiner Meinung nach sollte der derzeitige Weg in Richtung Teilhabe auf allen gesellschaftlichen Ebenen weiter forciert und gefördert werden, damit Menschen mit Behinderungen als mündige BürgerInnen in der Gesellschaft leben können.

2 Gewalt

„Gewalt begegnet uns überall, im Großen wie im Kleinen, auf nationaler und internationaler Ebene. Sie tritt auf als unpolitische Gewalt im sozialen Nahbereich (z. B. in der Familie, in der Schule, auf Plätzen und Straßen, gegen Kinder und Frauen), als Gewaltkriminalität (in all ihren unterschiedlichen Schattierungen angefangen von Mord und Totschlag bis zur organisierten Kriminalität) und reicht bis hin zur politisch motivierten Gewalt (Terrorismus und Attentate, Verfolgung und Folter).“ (IMBUSCH 2002, S.26-57) So ist es nachzulesen im Internationalen Handbuch der Gewaltforschung von

Hagan und Heitmeyer unter dem Beitrag „Der Gewaltbegriff“ von Peter Imbusch. Doch was verbirgt sich hinter dem Gewaltbegriff, wie wird er definiert, welche Dimensionen müssen beachtet werden und welche Formen von Gewalt gibt es? Um diese Fragen soll es in diesem zweiten Kapitel dieser Arbeit gehen. Diese Fragen scheinen auf den ersten Blick einfach zu beantworten. Bei intensiver Beschäftigung mit der einschlägigen Literatur stellt sich allerdings schnell heraus, welche Schwierigkeiten die Definition von Gewalt mit sich bringt. Daher möchte ich im ersten Unterkapitel die Problematik erläutern.

Zunächst eine kurze Einführung zur allgemeinen Bedeutung und Herkunft des Wortes. ‚Gewalt‘ kommt vom lateinischen ‚valere‘, sowie (gi)walt (althochdeutsch) und wurde in ihrem Ursprung für Verfügungsfähigkeit besitzen, Gewalt haben, sowie weitgefasster für „Kraft haben, Macht haben, über etwas verfügen können, etwas beherrschen“ benutzt. (vgl. IMBUSCH 2002, S.26-57; WWW.DUDEN.DE 22.11.2013)

2.1 Schwierigkeiten der Gewaltdefinition

Jeder Mensch kennt sie und scheint genau zu wissen was damit gemeint ist: Gewalt. Es ist ein Wort und Phänomen, welches tagtäglich, weltweit, in Gebrauch ist. Auf der Suche nach einer Definition fällt allerdings auf, dass es keine einheitliche Begriffsbestimmung gibt. Je nach Fachrichtung können Definitionen von Gewalt unterschiedlich ausfallen. Größtes Problem bei der Begriffsklärung im deutschen Sprachraum ist die Verwendung des Begriffs für verschieden Phänomene. Das Wort wird einerseits verwendet im Sinne von politischer, Staats-, Amts-, Erziehungsgewalt, oder auch sich in der Gewalt haben, also eher positiv bzw. in ordnender Funktion. Andererseits steht es auch für Gewalttätigkeit und/oder Naturgewalt, wodurch dem Wort manchmal eine negative Bedeutung zukommt. Painke bemerkt, dass es dazu drei Bedeutungslinien des Begriffs gibt. Diese sind „herrschaftliche und staatliche Machtausübung“, „körperliche Kraft und Stärke“ und „verletzende Gewalttätigkeit“ (vgl. PAINKE 2006, S.88-102) Im Gegensatz dazu werden in anderen europäischen Sprachen verschiedene Begriffe hierfür benutzt. So zum Beispiel im englischen die Worte violence und power. Der sehr dehnbare deutsche Begriff der Gewalt kann somit sehr leicht weiter ausgeweitet und interessensgeleitet eingesetzt werden. So kann es unter Umständen passieren, dass friedliche Proteste von Friedensaktivisten als Gewalt tituliert werden. Die Tendenz, unangenehme Veränderungsprozesse oder unangenehme Gruppen mit Gewalt in Verbindung zu bringen, besteht aufgrund der stigmatisierenden Wirkung des Wortes. (vgl. PAINKE 2006, S.88-102; IMBUSCH 2002, S.26-57) Die Weltgesundheitsorganisation fasst die Problematik der Gewaltdefinition wie folgt zusammen: „Gewalt ist ein äußerst

diffuses und komplexes Phänomen, das sich einer exakten wissenschaftlichen Definition entzieht und dessen Definition eher dem Urteil des Einzelnen überlassen bleibt.“ (14.01.2014, S.5) Obgleich die Entscheidung meist schwer fällt, sollte im Einzelfall aus den vielfältigen Definitionen eine ausgewählt werden.

2.1.1 Dimensionen von Gewalt

Eine österreichische Prävalenzstudie zur Gewalt an Frauen und Männern benennt sieben verschiedene Dimensionen des individuellen Gewalterlebens. Die Dimensionen sind wie in einem Kreisdiagramm in gleich große Segmente unterteilt. An jedem äußeren Rand der Einzelteile ist jeweils ein Pfeil zu sehen. Sie zeigen alle in die gleiche Richtung, sodass es an ein geschlossenes Flussdiagramm erinnert. Zur Erläuterung oder näheren Beschreibung gibt es bei jeder Dimension verschiedene Kategorien, in die diese eingeteilt werden können. Die einzelnen Dimensionen und ihre Einteilungen lauten wie folgt:

- Täter-Opfer-Kontext, diese können sein: Partnerschaft, Kind-Eltern, Arbeitsbeziehungen, Bekannte, Fremde
- Gesellschaftliche Diskriminierung, die aufgrund folgender Merkmale entstehen kann/entsteht: Geschlecht, sexuelle Orientierung, Migrationshintergrund, soziale Stellung
- Subjektive Bewertung, die abgestuft werden kann in: bedrohlich, angstmachend, gewalttätig, schmerzhaft, nicht bedrohlich, etc.
- Häufigkeit, die abgefragt werden kann in den Bereichen: konkrete Anzahl, Kategorien (häufig, selten, nie...), Inzidenz (Zeitraum)
- Schweregrad der Handlungen, beispielsweise abgestuft in mäßige (leichte), mittlere, schwere Gewalt
- konkrete Handlungen, wie zum Beispiel: beleidigt worden, Ohrfeige, zu küssen versucht, zu sexuellen Handlungen gezwungen, etc.
- Form der Gewalt, auf diese werde ich im Unterkapitel 2.2 genauer eingehen. (KAPELLA U.A. 22.11.2013, S.36)

Allein aufgrund dieser Fülle an Dimensionen finde ich es schwierig, sich auf eine Definition von Gewalt festzulegen. Es sei bereits an dieser Stelle erwähnt, dass strukturelle Gewalt einen großen Teil der subtilen Gewalt ausmacht, die den Schwerpunkt dieser Arbeit bildet. Der Begriff der strukturellen Gewalt wird durch Galtung geprägt. Daher möchte ich im folgenden Kapitel auf dessen Definitionen von Gewalt eingehen.

2.2 Formen von Gewalt

2.2.1 Der Gewaltbegriff bei Galtung und der WHO

Johan Galtung, unter anderem Soziologe, Kulturphilosoph, Hochschullehrer und Friedensforscher (vgl. GALTUNG 1984, S.5-10), legte zunächst fest, dass es für ihn bereits Gewalt sei, wenn die momentane physische und mentale Erfüllung unter der möglichen liegt. Da diese Festlegung des Begriffs sehr dehnbar ist, wurde er dafür kritisiert, worauf er Gewalt neu definierte. „Demnach ist Gewalt eine vermeidbare Beeinträchtigung grundlegender menschlicher Bedürfnisse.“ (PAINKE 2006, S.88-102) Beeinträchtigt werden können Menschen dabei in ihrem physischen Überleben, ihrem Wohlbefinden, ihrer Freiheit, ihrer Identität und ihrem Sinn. (vgl. PAINKE 2006, S.88-102) Diese Definition finde ich sehr zutreffend, da sie die Menschenwürde aller Menschen mit einschließt und darauf verweist, dass ihre Beeinträchtigung häufig vermeidbar ist. Gleichzeitig schließt sie somit Begriffe wie Naturgewalt oder Naturkatastrophen aus (sofern diese nicht vermeidbar sind). Diese Definition wird dennoch teilweise kritisiert, denn sie ist ebenfalls sehr dehnbar. Allerdings trägt sie, so finde ich, zu einer Sensibilisierung hinsichtlich Gewalt bei, da sie nicht nur die offensichtliche Gewalt benennt. Galtung unterscheidet drei Formen von Gewalt, personelle, strukturelle und kulturelle Gewalt, die ich in den folgenden Unterkapiteln erläutern möchte. Ergänzen werde ich sie durch weitere Kategorisierungen, die diesen drei Typen teilweise unterzuordnen sind. (vgl. PAINKE 2006, S.88-102; IMBUSCH 2002, S.26-57) Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) geht in ihrer Typologie von den „Tätern“ aus und unterscheidet daher zwischen Gewalt gegen sich selbst, zwischenmenschlicher Gewalt und kollektiver Gewalt. Diese unterteilt die WHO in speziellere Kategorien, auf die ich hier nicht genauer eingehen werde, da sie nicht zur Beantwortung meiner Forschungsfrage beitragen. (vgl. WHO 14.01.2014, S.6-7)

2.2.2 Personale Gewalt

Können „TäterIn“ und „Opfer“ genau definiert werden und ist die Gewalttat offen sichtbar, also offensichtlich, wird sie personale Gewalt genannt. Sie wird auch als direkte Gewalt bezeichnet. Oftmals wird sie jedoch gar nicht als personale oder direkte Gewalt benannt, sondern gleich in physische, psychische und sexualisierte Gewalt beschrieben. (vgl. PAINKE 2006, S.88-102; IMBUSCH 2002, S.26-57)

2.2.3 Physische Gewalt

Die Folgen von physischer Gewalt sind immer offen sichtbar und können häufig durch einen direkten Ursache-Wirkungs-Zusammenhang erkannt werden. Sie wird direkt

durch Körpereinsatz der/s TätersIn ausgeübt. Ohrfeigen, Schupsen, Treten, Verprügeln oder Verletzen durch Waffeneinsatz gehören zu den häufigsten Formen dieser Gewalt. (vgl. PAINKE 2006, S.88-102; IMBUSCH 2002, S.26-57)

2.2.4 Psychische Gewalt

Psychische Gewalt ist meist unsichtbar und wird häufig durch Symbole, Sprache, Bilder, Demütigungen oder durch Vernachlässigung erzeugt. Sie ist oftmals erst zu einem späteren Zeitpunkt erkennbar (z.B. schwere Traumata), da sie bei aktueller Ausübung häufig verdrängt oder durch spezielle psychische Mechanismen abgewehrt wird. (vgl. PAINKE 2006, S.88-102; IMBUSCH 2002, S.26-57)

2.2.5 Sexualisierte Gewalt

„Als sexualisierte Gewalt wird jede sexuelle Handlung bezeichnet, die gegen den Willen des Betroffenen/der Betroffenen ausgeführt wird oder der die betroffene Person aufgrund körperlicher, psychischer, kognitiver oder sprachlicher Unterlegenheit nicht wissentlich widersprechen oder zustimmen kann. Besonders zu berücksichtigen ist dabei das subjektive Empfinden der betroffenen Person.“ (BRUDERHAUSDIAKONIE 2012, S. 10) Bei dieser Definition kommt nicht nur die „TäterInnenperspektive“ zum Ausdruck, sondern auch das „Opfer“ wird ins Blickfeld gerückt.

2.2.6 Strukturelle Gewalt

Dem Konzept der strukturellen Gewalt liegt ein erweiterter Gewaltbegriff zugrunde, da in diesem Fall keine personale Gewalt eines konkreten „Täters“ vorliegt, es herrscht aber dennoch ein Dauerzustand von Gewalt. Sie wird auch als indirekte Gewalt bezeichnet und ist nicht auf den ersten Blick sichtbar. Gesellschaftliche Strukturen oder Systeme sind hier die Ursachen für die Beeinträchtigung der Menschenrechte. Galtung nennt diese Form der Gewalt auch „soziale Ungerechtigkeit“ und schließt somit daraus, dass beispielsweise Armut auch eine Form von struktureller Gewalt ist. (vgl. PAINKE 2006, S.88-102; IMBUSCH 2002, S.26-57)

2.2.7 Institutionelle Gewalt

Institutionelle Gewalt wird manchmal mit struktureller Gewalt gleich gesetzt. Dörner hingegen bezieht sich im Blick auf institutionelle Gewalt lediglich auf soziale Institutionen, also Einrichtungen der Altenhilfe oder der Behindertenhilfe und benennt therapeutische und pädagogische Gewalt, administrative Gewalt, präventive Gewalt und ökonomische Gewalt als ihre Subformen. (vgl. DÖRNER 2006, S.147-160) Imbusch hingegen bezeichnet als institutionelle Gewalt solche Formen, die von staatlich legitimier-

ten Institutionen, wie der Polizei oder dem Militär ausgeführt werden. (vgl. PAINKE 2006, S.88-102; IMBUSCH 2002, S.26-57)

2.2.8 Kulturelle Gewalt

Am wenigsten sichtbar ist die kulturelle Gewalt. Sie dient zur Rechtfertigung oder Legitimation von personaler oder struktureller Gewalt und hängt unter anderem von religiösen, ideologischen oder wissenschaftlichen Weltanschauungen ab. (vgl. PAINKE 2006, S.88-102; IMBUSCH 2002, S.26-57)

2.2.9 Subtile Gewalt

Fath bezeichnet subtile Gewalt als die alltägliche Erniedrigung von Menschen, die vom Ideal abweichen. Seiner Meinung nach ist die Absicht der Gewaltausübung paradoxerweise der Schutz des „Opfers“ bzw. geschieht zu dessen Bestem. Die betroffene Person selbst und alle anderen Beteiligten übernehmen diese Wahrnehmung, was sich schnell zu einem Teufelskreis entwickeln kann. (vgl. FATH 2011, S.57-61) Für mich gehören zur subtilen Gewalt die Formen, die den meisten Menschen nicht bewusst sind, bzw. von ihnen nicht als Gewalt wahrgenommen werden. Zusätzlich zu Faths Definition zähle ich daher viele Formen von Diskriminierung, kultureller und struktureller Gewalt dazu.

3 Gewalt gegen Menschen mit Behinderung in Deutschland

In diesem Kapitel möchte ich die beiden ersten Kapitel miteinander verknüpfen und aktuelle Ergebnisse zu Gewaltwiderfahrnissen von Menschen mit Behinderungen zusammenfassen. Dabei werde ich zunächst auf zwei aktuelle Studien eingehen, die die Lebenssituationen und Belastungen von Frauen bzw. Männern mit Behinderungen in Deutschland untersucht haben. Aus diesen beiden Studien werde ich die wichtigsten Ergebnisse zur körperlichen, sexuellen und psychischen Gewalt gegen Männer und Frauen mit Behinderungen zusammenfassen, bevor ich im Unterkapitel 1.3 einen sehr kurzen Überblick über die rechtlichen Grundlagen zum Schutz von Menschen mit Behinderungen geben werde.

Im November 2011 wurde die Studie zur „Lebenssituation und Belastungen von Frauen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen in Deutschland“ veröffentlicht. Sie ist die

erste repräsentative Studie, die nicht nur Lebenssituation und Belastungen, sondern auch Gewalterfahrungen und Diskriminierung von Frauen mit Behinderungen untersucht. Befragt wurden 1561 Frauen über ihre Erfahrungen in Kindheit, Jugend und Erwachsenenalter, die sowohl in Privathaushalten, als auch in Einrichtungen leben. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gab diese Studie einem Forscherteam der Universität Bielefeld in Auftrag. (vgl. SCHRÖTTLE 2013, S.9) Dasselbe Forscherteam wurde vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales beauftragt, eine vergleichbare Befragung bei Männern mit Beeinträchtigungen durchzuführen. Diese begrenzt sich jedoch auf ca. 200 betroffene Männer, welche in Privathaushalten leben. Zudem wurden keine Männer mit Lernschwierigkeiten oder Hörbehinderungen befragt. Eine Erweiterung der Forschung wird vom Forscherteam dringend empfohlen. (vgl. JUNGnitz 22.11.2013, S.6-7)

Aufgrund der geschlechtlichen Trennung der beiden Studien stellt sich für mich die Frage, ob Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen ein Genderthema ist. Die „Männer-Studie“ gibt hierauf eine Antwort: Die Größenordnung an Gewaltbetroffenheit ist bei Männern und Frauen in etwa gleich. Lediglich die Form und der Kontext sind verschieden. Während Frauen häufiger sexualisierte Gewalt, und diese vor allem in Paarbeziehungen bzw. im häuslichen Umfeld erfahren, sehen sich Männer eher physischer Gewalt in der Öffentlichkeit ausgesetzt. Hinzu kommt, dass Männer von der Gesellschaft häufiger als Gewalttäter und weniger als -Opfer wahrgenommen werden und dass die Gewaltforschung durch die Frauenbewegung angestoßen wurde, somit Männer als Opfer erst sehr spät betrachtet wurden. (vgl. JUNGnitz 22.11.2013, S.21-22)

Generell sind im Erwachsenenalter Männer und Frauen mit Behinderungen häufiger von körperlicher und psychischer Gewalt betroffen als Frauen und Männer der Durchschnittsbevölkerung. Frauen mit Behinderungen erleben mit 62% weniger physische Gewalt als Männer mit Behinderungen (71%). Betrachtet man hingegen die Betroffenheit von psychischer Gewalt, wird erkennbar, dass Frauen mit Behinderungen mit 77% dieser deutlich häufiger ausgesetzt sind als erwachsene Männer mit Behinderungen (65%). Anders verhält sich dies in Kindheit und Jugend der Menschen mit Behinderungen. Während Frauen mit Beeinträchtigungen in Kindheit und Jugend zu 53% psychische Gewalt durch Erwachsene aus dem näheren Umfeld erfahren, liegt dieser Anteil bei Männern mit Behinderungen lediglich bei 48%. Männer der Durchschnittsbevölkerung erfahren dies mit 72% eklatant häufiger als Männer mit Behinderungen bzw. Frauen mit und ohne Behinderungen. Das Risiko körperliche Gewalt in Kindheit und Jugend zu erfahren ist für alle, also für Frauen und Männer mit und ohne Behinderun-

gen sehr hoch. In allen untersuchten Lebensaltern beeinflusst das Geschlecht der betroffenen Personen stark die Widerfahrnisse von sexueller Gewalt. Frauen sind hier weitaus häufiger betroffen als Männer. Frauen berichten häufig von dieser Gewaltform in Paarbeziehungen. Männer hingegen erwähnen äußerst selten Fälle von sexueller Gewalt oder sexueller Belästigung. Es wird vermutet, dass Männer sexuelle Gewalt seltener als Frauen wahrnehmen, da die Häufigkeit der sexuellen Gewalt bei Männern mit Behinderungen steigt, sobald sie über konkrete Handlungen abgefragt wird. (vgl. JUNGnitz 22.11.2013, S.8-16)

3.1 Exkurs: Rechtliche Grundlagen

Die rechtlichen Regelungen zum Schutz von Menschen mit Behinderungen auf globaler, europäischer und nationaler Ebene beinhalten zwei Aspekte. Einerseits haben sie Menschenwürde und Menschenrechte zum Gegenstand, andererseits Leistungen zur Teilhabe und Unterstützung. Dies wird in der Bundesrepublik Deutschland in verschiedenen Gesetzen geregelt. Grundlage dafür ist der 1994 in Kraft getretene Artikelzusatz „Niemand darf aufgrund seiner Behinderung benachteiligt werden.“ (GG Artikel 3, Abs.3) Die Einführung des Gesetzes zur Gleichstellung behinderter Menschen (BGG) 2002 und des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) 2006 sind weitere Schritte zum Schutz und zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen in Deutschland. Während sich die Reichweite des BGG lediglich auf die Pflichten von Ämtern und Behörden bezüglich der Belange von Menschen mit Behinderungen beschränkt, berücksichtigt das AGG Menschen mit verschiedenen diskriminierungsgefährdenden Merkmalen. Solche Merkmale sind beispielsweise Alter, Religionszugehörigkeit oder Geschlecht. Beide Gesetze sollen der Diskriminierung der Zielgruppen entgegen wirken. Die wichtigsten Leistungen zur Teilhabe und zum Nachteilsausgleich von Menschen mit Behinderungen sind im SGB IX und SGB XII 2001 verankert worden. (vgl. Metzler 2011, S.101-108)

Nachdem nun die Grundlagen für den Hauptteil dieser Bachelorthesis geschaffen sind, werde ich im Kapitel vier auf einige subtile Formen von Gewalt eingehen.

4 Subtile Formen von Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen

4.1 Gewaltdefinition

Im Kurzbericht der Studie „Gewalt gegen Männer“ (Deutschland) wird erklärt, dass Gewalt gegen Männer nur zu einem geringen Teil wahrnehmbar ist. Ein Teil, bei dem die Dunkelziffer wahrscheinlich hoch ist, befindet sich im Tabubereich und weicht von der Norm extrem ab. Oft ist sie so schambesetzt, dass nicht darüber berichtet wird, wie z.B. bei sexualisierter Gewalt. Ein anderer Bereich, der nicht wahrgenommen wird, ist zu „typisch männlich“ und gehört so zur Normalität von Männern, dass sie nicht als Gewalt empfunden wird. Dazu gehören beispielsweise handgreifliche Konflikte in der Öffentlichkeit. Die wirklich wahrgenommene Gewalt liegt meist zwischen der tabuisierten und der als für „normal“ gehaltenen Gewalt. (vgl. JUNGnitz u.A. 22.11.2013, S.5) Ähnlich sehe ich dies bei Menschen mit Behinderungen. Zu subtiler Gewalt zähle ich bei ihnen die „normale“ Gewalt. Es sind alltägliche Dinge, wie Treppen ohne barrierefreie Alternative, die von den meisten Menschen nicht als Gewalt wahrgenommen werden, aber Menschen mit Gehbehinderungen an der gesellschaftlichen Teilhabe hindern und ihnen somit ein Menschenrecht verwehren. Nach der Definition von Galtung entspricht dies Gewalt. Nicht sichtbare Diskriminierungen und strukturelle Gewalt, die nicht offensichtlich sind, sind für mich somit die beiden Hauptaspekte von subtiler Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen.

Sowohl viele Männer, als auch ca. 80% der Frauen mit Behinderungen berichten, dass sie bereits direkte Diskriminierung oder strukturelle Gewalt erfahren haben. (vgl. JUNGnitz 22.11.2013, S.8-16) In diesem Kapitel werde ich erläutern, in welchen Bereichen sich Menschen mit Behinderungen diskriminiert fühlen, bzw. in welcher Form ihnen subtile Gewalt widerfährt. Es ist durchaus wahrscheinlich, dass es weitere Situationen und Formen von subtiler Gewalt für diese Zielgruppe gibt, jedoch fehlen hierzu weitere Untersuchungen. Verwenden werde ich die beiden Bielefelder Studien, da sie hierzu sehr strukturiert Daten liefern.

4.2 Subtile Gewalt im öffentlichen Raum und Privathaushalten

Im öffentlichen Raum und in privaten Haushalten erfahren Menschen mit Behinderungen verschiedene Formen von subtiler Gewalt. Wie ich bereits im Vorwort erwähnte, gab es in den 1970er und 1980er Jahren der Behindertenbewegung das provokante Bild des „Musterkrüppelchens“. „Dankbar, lieb, ein bisschen doof und gut zu verwalten“

(KLEE 1976, S.150) sollte es sein. Was die Vertreter der sogenannten „Krüppelbewegung“ damals vermutlich zum Ausdruck bringen wollten, ist heute noch aktuell. Meiner Meinung nach ist es ein Teil des Menschenbildes, das viele Menschen in unserer Gesellschaft über Menschen mit Behinderungen haben. Letztere sind dabei nicht ausgeschlossen. Nicht nur das Fremdbild über Menschen mit Behinderungen, sondern auch das Selbstbild von Menschen mit Behinderungen beinhaltet oftmals das eines (über-)angepassten, immer fröhlichen, in Demut dankbaren, unbedarften und ein bisschen naiven Menschen. Daher ist es kaum verwunderlich, dass TeilnehmerInnen der Bielefelder Studien oftmals erzählten, belästigt, bevormundet oder ignoriert worden zu sein. Menschen in ihrem Umfeld nahmen sie nicht ernst oder verhielten sich grenzüberschreitend, indem sie sie ungefragt duzten, anstarrten oder anfassten. Meine Vermutung ist, dass Unsicherheit und Unwissenheit oft dazu führen, dass Menschen mit Behinderungen angemessene Hilfe verwehrt bleibt und sie entweder zu wenig Hilfe erhalten, oder damit überhäuft werden. (vgl. SCHRÖTTLE U.A. 2013, S.34-55; JUNG NITZ U.A. 22.11.2013, S.126-134)

Strukturelle Gewalt begegnet Menschen mit Beeinträchtigungen beispielsweise in Form von baulichen Barrieren in privaten und öffentlichen Gebäuden, sowie in der Infrastruktur. Auch in der Kommunikation gibt es reichlich Barrieren, da es an Informationen in leichter und Gebärdensprache bzw. Menschen in verschiedenen Berufen (TherapeutInnen, PolizistInnen, BeamtInnen) mangelt, die dieser Sprachen mächtig sind. Daher gestalten sich manchmal Amts- und Behördengänge schwierig. Diskriminierend kann auch die Position des/der BittstellerIn wirken, wenn Menschen mit Behinderungen Leistungen beantragen müssen, wie zum Beispiel einen Schwerbehindertenausweis oder die Finanzierung einer Assistenzkraft. Zusätzlich kommt hier hinzu, dass einige finanzielle Förderungen für Menschen mit Behinderungen einkommensabhängig sind. Somit müssen sie erst ihr eigenes Vermögen und Einkommen aufbrauchen, bevor sie Leistungen erhalten. Die Chance, beispielsweise auf ein eigenes, benötigtes behindertengerechtes Auto zu sparen, bleibt ihnen daher verwehrt. Aufgrund eines geringeren Einkommens reicht dieses den Menschen mit Behinderungen teilweise nicht, um ihren Lebensunterhalt und/oder die durch die Behinderung entstehende Mehrkosten zu bestreiten. (vgl. SCHRÖTTLE U.A. 2013, S.34-55; JUNG NITZ U.A. 22.11.2013, S.126-134)

4.3 Subtile Gewalt in Einrichtungen

Strukturelle Gewalt prägt in der Regel das Leben und Arbeiten in Institutionen wie der Behindertenhilfe. In einer eigenen Wohnung zu leben ist hier noch eine Seltenheit. Ein eigenes (abschließbares) Zimmer oder abschließbare Wasch- und Toilettenräume sind

für einige ein unerfüllter Wunsch. Vielmals herrscht ein sehr strukturierter Tages- und Handlungsablauf vor, der den Alltag der Menschen in Institutionen bestimmt. Dabei ist die eigene Möglichkeit mitzugestalten sehr begrenzt. Besonders schwierig sind derartige Lebensumstände, wenn nicht gewährleistet ist, mitbestimmen zu dürfen wo und mit wem man zusammen wohnt. Eingängig ist folglich die Tatsache, dass sich die befragten Frauen einerseits wünschen, mehr allein sein zu können und andererseits eine tiefgehende Freundschaft bzw. Beziehung oder Partnerschaft vermissen. Auch bei in Privathaushalten lebenden Menschen spielen Isolation und fehlende Vertrauenspersonen teilweise eine Rolle. Meistens lässt das Leben in Einrichtungen wenig bzw. nicht genügend Raum, um am kulturellen und gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können. (vgl. HELLFERICH U.A. 22.11.2013, S.49-52) Goffman nennt diese eingeschränkte Freiheit, starke Reglementierung und strukturelle Gewalt in Einrichtungen auch „totale Institution“. (vgl. GOFFMAN 2008, S.13-25)

In diesem vierten Kapitel versuche ich Formen von subtiler Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen zu erläutern. Es gibt viele weitere Beispiele, die ich an dieser Stelle jedoch nicht benennen werde, da ich im siebten Kapitel speziell meinen Schwerpunkt auf subtile Gewaltformen gegen Studierende mit Behinderungen legen werde. Wie ich eingangs in diesem Kapitel schrieb, ist es aus meiner Sicht ein immer noch weit verbreitetes Menschenbild, sowie Unsicherheit und Unwissenheit, das so viel (subtile) Gewalt gegen Menschen mit Beeinträchtigungen zulässt. Diese Aspekte sind daher die Hauptansatzpunkte, um diese Gewalt zu vermindern oder ganz zu vermeiden. Im folgenden Kapitel gehe ich auf derartige Lösungsansätze ein.

5 Lösungsansätze

Um Gewalt entgegenzuwirken, gibt es bereits viele Aktionen, Methoden, Leitfäden, Konzepte, Maßnahmen und Projekte. In der Jugendarbeit werden Anti-Gewalt- und Konfliktrainings angeboten, Männer- und Frauenhäuser bieten von häuslicher Gewalt bedrohten Frauen, Kindern oder Männern Schutz und Unterstützung und Frauennotruftelefone sind 24 Stunden geschaltet. Menschen mit Behinderungen können an solchen Maßnahmen häufig nicht teilhaben. Es fehlt an barrierefreien Männer- und/oder Frauenhausplätzen, an Informationsangeboten in leichter Sprache oder Kommunikationsmöglichkeiten für hörbehinderte Frauen und Männer, um sich beraten lassen zu können.

Mir scheint, dass erst nach der Bielefelder Studie die Gewaltsituation behinderter Menschen überhaupt erkannt und ein Handlungsbedarf abgeleitet wurde. Bei meinen Literaturrecherchen zum Thema fand ich einige Lösungsansätze. Welche sich allerdings auf hauptsächlich personale, körperliche oder sexuelle Gewalt beziehen. Auch die Zielgruppe wurde stark eingeschränkt. Frauen mit Mehrfachbehinderungen und/oder geistigen Behinderungen standen im Blickfeld der meisten AutorInnen. Viele beschränkten sich dabei auf Frauen, deren Lebenswelt vom Alltag in Institutionen geprägt ist. Vermutlich sah man bei Männern mit Behinderung und Menschen, die nicht stationär untergebracht sind, keinen Handlungsbedarf. Daher war die gefundene wissenschaftliche Literatur für dieses Kapitel fast gänzlich unbrauchbar.

Glücklicherweise lernte ich letzten Sommer Britta Schade, eine Beraterin im Zentrum selbstbestimmt Leben Stuttgart, kennen. Sie erklärte sich bereit, mir in einem Expertinneninterview ihre Erfahrungen und Lösungsideen zu schildern. Ihre Fachlichkeit als Diplom Psychologin, ihre eigene Betroffenheit als Frau mit Behinderung und ihre langjährigen Recherchen zu und Beschäftigung mit dem Thema Gewalt und Behinderung zeichnen sie besonders als Expertin aus. In Beratungsgesprächen wird sie immer wieder mit dem Thema Gewalt konfrontiert. (vgl. SCHADE 2013, Anhang S.VIII) Dieses Expertinneninterview bildet die Basis für dieses Kapitel. Das erste Unterkapitel bietet einen kurzen Exkurs zum Thema Leitfragen- und Experteninterview.

Ergänzen werde ich diesen Abschnitt mit einigen Tätigkeiten und Projekten von Frauenorganisationen, die ich im Internet gefunden habe. Bemerkenswert ist auch hier, dass viele Maßnahmen häufig erst nach der Veröffentlichung der Bielefelder Studie ins Leben gerufen wurden. Männer- oder „geschlechtsneutrale“ Organisationen fand ich trotz expliziter Suche danach nicht.

Als dritte Quelle dient mir in diesem Kapitel das „Rahmenkonzept Gewaltprävention - Grundsätze und Hilfen zum Umgang mit Gewaltereignissen und freiheitseinschränkenden Maßnahmen in den Einrichtungen und Diensten der BruderhausDiakonie“. Zudem gibt die Bielefelder Studie einige ergänzende Ausblicke.

In diesem Kapitel werde ich einen kurzen Exkurs über Vor- und Nachteile des Experteninterviews vornehmen und im weiteren Verlauf Handlungsmöglichkeiten gegen Gewalt auf verschiedenen Ebenen aufzeigen. Diese Ebenen sind im Einzelnen:

- Politische Ebene
- Institutionelle Ebene (Wohlfahrtsverbände)

- Andere (öffentliche) Einrichtungen
- Gesamtgesellschaftlich und jede/r Einzelne
- Menschen mit Behinderung selbst

5.1 Exkurs: Das Experteninterview

Im Rahmen meiner Bachelor-Thesis führte ich mit Britta Schade vom Zentrum selbstbestimmt Leben Stuttgart ein Interview durch. Dieses fungiert in diesem Fall überwiegend als Ideensammlung, um Wege zu finden, wie subtiler Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen begegnet werden kann.

Das Experteninterview ist eine mündliche Befragung und gehört zu den persönlichen Umfragen. Diese werden manchmal auch als face-to-face-Interviews bezeichnet. Die meist genutzte Form des mündlichen Interviews ist das Hausinterview. Dabei treffen ein oder zwei InterviewerInnen ein oder mehrere Befragte in dessen/deren Privatwohnung, an dessen/deren Arbeitsplatz oder an einem beliebigen verabredungspunkt. (vgl. SCHOLL 2003, S.31-41)

Das Gespräch von Angesicht zu Angesicht bringt einige positive Aspekte mit sich. So kann die Motivation, Fragen zu beantworten und die Einwilligungsbereitschaft bei der Umfrage teilzunehmen, in einem persönlichen Gespräch steigen. Bei unverständlichen Fragestellungen kann die/der Befragte eine Erklärung der Fragestellung einfordern oder Rückfragen stellen. Sollte die Antwort der/des Interviewten nicht ausgiebig genug sein, oder nicht das beantworten, was vom Interviewer oder der Interviewerin genau beabsichtigt war, kann diese/r nochmals gezielt nachhaken oder die Frage in einer anderen Weise stellen. (vgl. SCHOLL 2003, S.31-41)

Nachteilig ist bei einem persönlichen Interview, dass die/der Befragte bei heiklen Themen nur zögerlich, andeutungsweise und unaufrichtig antwortet, da ihr/ihm die Wahrheit unangenehm ist, und somit vermeintlich normgerechte Antworten liefert, um bei der/dem BefragerIn positiv zu wirken. (vgl. SCHOLL 2003, S.31-41)

Bei einem Leitfaden- bzw. ExpertInneninterview werden einige strukturierte Fragen gestellt, aber keine Antwortmöglichkeiten vorgegeben. Ein Leitfragenkatalog gibt Themen und Fragen vor. Allerdings hängt es von/vom der Interviewenden ab, ob alle Fragen und in welcher Reihenfolge diese gestellt werden. InterviewerInnen machen dies von den Antworten der Befragten abhängig, da bei sehr offenen Fragen beispielsweise andere Fragen bereits früher beantwortet werden können. Der Katalog kann ge-

sprächsstrukturierend eingesetzt werden, wenn dieser viele differenzierte Fragen enthält. Besteht er jedoch nur aus wenigen Fragen dient er eher als Anhaltspunkt für die InterviewerInnen. (vgl. SCHOLL 2003, S.66-71) Da es mir auf möglichst viele inhaltliche Aspekte ankam, beschränkte ich mich auf wenige Fragen, die mir als Gedächtnishilfe dienten.

Besonders wichtig ist bei ExpertInneninterviews das Schweigen bzw. die Pausen der/des InterviewerIn/Interviewers. Um ausführliche und tiefgehende Antworten zu bekommen, ist es wichtig Pausen nicht mit weiteren Fragen zu füllen, sondern auszuhalten und abzuwarten, damit der/dem Befragten genügend Zeit zur Reflexion und für gründliche Antworten bleibt. (vgl. SCHOLL 2003, S.66-71)

Über die Kompetenzen, die ein/e Interviewende/r mitbringen sollte, schreibt Scholl folgendes: „Seine Interpretationsfähigkeit ist nicht erst für die Auswertung, sondern bereits während des Interviews wichtig, um geeignete Nachfragen stellen zu können. Ein guter Interviewer ist sowohl Experte für das Sachthema des Interviews als auch für menschliche Interaktion schlechthin. Dabei muss er einfühlsam und offen sein, aber auch kritisch, um geeignete Nachfragen stellen zu können. Sein Erinnerungsvermögen muss ausreichen, um keine Fragen doppelt zu stellen und flexibel Fragen umzustellen oder auszulassen, wenn sie schon durch die Antwort auf andere Fragen mit beantwortet sind. Außerdem muss er das Gespräch in die vorgegebenen thematischen Bahnen zurückführen, wenn der Befragte allzu sehr abschweift.“ (SCHOLL 2003, S.66-71)

Um die Daten des Interviews zu sichern, wird häufig eine Audioaufnahme des Interviews gemacht. „Für die Auswertung ist es sinnvoll, aber nicht zwingend, diese Aufnahme zu transkribieren.“ (SCHOLL 2003, S.66-71) Das Gespräch zwischen Britta Schade und mir zeichnete ich auf ein digitales Diktiergerät auf. Bei der Verschriftlichung fertigte ich keine komplette Transkription an, sondern fasste die Antworten in Stichpunkten zusammen. Diese Zusammenfassung ist im Anhang dieser Arbeit zu finden.

5.2 Politische Ebene

Auf der politischen Handlungsebene fand ich im Internet die meisten Aktionen und Forderungen. Britta Schade vom Zentrum selbstbestimmt Leben Stuttgart sieht auf politischer Ebene viel Handlungsbedarf zum Abbau subtiler Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen. Ihrer Meinung nach kann dies durch die Einhaltung und Umsetzung der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen geschehen. Sie denkt,

dass hierbei Bewusstseinsbildung für ein anderes Menschenbild sehr wichtig ist. Gesetze, findet sie, sollten geschaffen oder so verändert werden, dass öffentlich Gefördertes, wie zum Beispiel Beratungsstellen, nur dann Fördergelder erhält, wenn sie barrierefrei sind. In Frankreich, erklärte sie mir, sei beispielsweise ein Gesetz erlassen worden, welches besagt, dass alle öffentlichen Gebäude barrierefrei sein müssen. Da bei Nichterfüllung bis zu einem bestimmten Zeitpunkt eine Strafgeldzahlung drohe, wären vielerorts Holzrampen als Notbehelf angebracht worden. Andererseits gibt es viele Projekte und Maßnahmen, durch deren (finanzielle) Förderung subtile Gewalt verringert werden könnte. Frau Schade denkt unter anderem dabei an mehr Jobcoachs, die Menschen mit Behinderungen bei der Eingliederung ins Arbeitsleben unterstützen oder an die Förderung von KünstlerInnen mit Behinderungen. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Ermöglichung von Peer-Counseling, also die Beratung von Betroffenen für Betroffene. Solche Peer-Groups sind auch häufig wiederum politisch aktiv und setzen sich nach dem Motto „Nichts über uns, ohne uns.“ für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in allen Prozessen der Gesellschaft ein und beteiligen sich an politischen Entscheidungsprozessen. (vgl. Schade 2013, Anhang S.X-XI)

Eine solche Peer-Group ist Weibernetz e.V., eine politische Interessenvertretung behinderter Frauen. Die „Mitfrauen“ dieses Vereins setzten sich auf verschiedene Art und Weise auf politischer Ebene für die Belange behinderter Frauen und teilweise auch für Männer mit Beeinträchtigungen ein. Für die Koalitionsverhandlungen der jetzigen Regierung erstellten sie ein Positionspapier, in dem sie ausdrücklich Schutz vor Gewalt fordern. Außerdem fordern sie, dass erstens Frauenbeauftragte in Einrichtungen der Behindertenhilfe gesetzlich verankert werden, zweitens strukturelle Gewalt in der Behindertenhilfe abgebaut wird und drittens die flächendeckend einheitliche Förderung von Frauenhäusern und Beratungsstellen, sodass diese barrierefrei werden können. Zur Bundestagswahl erstellten sie Wahlprüfsteine, damit Wählerinnen und Wähler die Antworten verschiedener Parteien zu den behindertenspezifischen Themen vergleichen konnten. Weiter begutachteten sie Berichte der Regierung kritisch. So bemängeln sie, dass der vierte Armuts- und Reichtumsbericht zwar weiterhin auf die Situation behinderter Menschen eingeht, jedoch in diesem Bereich nicht mehr genau zwischen den Geschlechtern unterscheidet, obwohl im dritten Bericht deutliche Unterschiede erkennbar waren. (vgl. WEIBERNETZ E.V. 03.01.2014) Eine Ergänzung ist die Checkliste für frauenspezifische Aspekte in landesweiten oder kommunalen Aktionsplänen zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention. Diese Checkliste ist gedacht als Arbeitshilfe für InteressenvertreterInnen in den Ländern und Kommunen und bietet Ideen und

Grundsätze zum Schutz vor Diskriminierung von Frauen (und Männern) mit Behinderungen. (vgl. WEIBERNETZ E.V. 11.12.2013)

Die Lösungsansätze zum politischen Engagement verschiedener Interessengruppen finde ich sehr gut und sie überzeugen mich, dass dadurch die Politik und Gesellschaft auf die subtile Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen aufmerksam und dagegen aktiv werden. Wichtig wäre aus meiner Sicht, dass sich auch Männer mit Behinderung gegen Gewalt gegen Männer mit Behinderung einsetzen. Diese sind leider vermutlich nur vereinzelt in geschlechterübergreifenden Gruppen, wie der Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland e.V., die sich in jüngster Zeit beispielsweise für ein neues Teilhabegesetz und ein einkommensunabhängiges Persönliches Budget einsetzt. (vgl. ISL E.V. 06.01.2014)

5.3 Institutionelle Ebene (Wohlfahrtsverbände)

Mit der Checkliste zum Erstellen eines Leitfadens zum Umgang mit (sexualisierter) Gewalt für Einrichtungen der Behindertenhilfe, sowie bei ambulanten und teilstationären Diensten und Einrichtungen, möchte der Verein Weibernetz verschiedenen Institutionen eine Basis bieten, um über Präventions- und Interventionsmaßnahmen in ihrer Einrichtung zu diskutieren und in Folge dessen diese zu installieren. Sie bieten mit dieser Prüfliste verschiedene Vorgehensweisen an, die Einrichtungen für die Erstellung von Gewaltpräventionsleitfäden nutzen können. Für die Vermeidung von subtiler Gewalt fordern sie, dass auf Wunsch eigene Zimmer angeboten werden und Pflege geschlechtergleich durchgeführt wird. Des Weiteren fordern sie abschließbare Waschräume, die Förderung von (sexueller) Selbstbestimmung und der Teilhabe an der Gesellschaft. (vgl. WEIBERNETZ E.V. 11.12.2013, S.4)

Die BruderhausDiakonie hat mit ihrem ausführlichen Rahmenkonzept Gewaltprävention bereits Grundsätze und Hilfen zum Umgang mit Gewalt festgelegt und nennt strukturelle Grundvoraussetzungen, damit Gewalt in ihrer Einrichtung verhindert werden kann. Es werden im Bezug auf strukturelle Gewalt Punkte genannt wie bauliche und räumliche Gestaltung, organisatorische Rahmenbedingungen, die personelle Ausstattung, Schlüsselprozesse des Alltagslebens, Sensibilisierung und Qualifizierung von Heimbeiräten, Beschäftigtenvertretungen, Vertrauensmitarbeitenden, sowie klar geregeltes, transparentes und niedrigschwelliges Beschwerdewesen. (BRUDERHAUSDIAKONIE 2012, S.25-29) Die Konkretisierung dieser Stichpunkte ist, im Gegensatz zu den Forderungen des Vereins Weibernetz, meiner Ansicht nach sehr vage formuliert, so dass bei der Umsetzung viel Spielraum bleibt. Verwendet werden bei den Erläuterun-

gen zu „organisatorische Rahmenbedingungen“ beispielsweise Formulierungen wie „ausreichende Kommunikations- und Reflexionsmöglichkeiten und bei „Schlüsselprozessen des Alltags“ Begriffe wie „Grundbedürfnisse und Abhängigkeiten der KlientInnen“. Garantiert wird von der BruderhausDiakonie, dass diese Leitlinien in den verschiedenen Arbeitsbereichen der Einrichtung umgesetzt, präzisiert und in das Qualitätsmanagement eingearbeitet werden. (vgl. BRUDERHAUSDIAKONIE 2012, S.37)

Wichtig ist es, so Britta Schade, dass Selbstvertretungen der KlientInnen eingerichtet und extern von unabhängiger Seite unterstützt, begleitet und geschult werden. Solche Heimbeiräte, Frauen- oder Gleichstellungsbeauftragte sind notwendig, damit sich das Bewusstsein sowohl bei Mitarbeitenden als auch bei Angehörigen und den KlientInnen selbst verändert und die Menschen als selbstbestimmt wahrgenommen werden. (vgl. SCHADE, 2013, Anhang S.XI) Die BruderhausDiakonie möchte Mitarbeitende, Heimbeiräte, sowie Angehörige und Kooperationspartner für das Thema Gewalt sensibilisieren und qualifizieren. Darüber, ob dies intern oder extern geschehen soll, wird im Rahmenkonzept keine Aussage getroffen. Auch Weibernetz und die staatliche Koordinierungsstelle nach Art. 33 UN-BRK fordern in ihrer Checkliste, bzw. in einem Positionspapier Frauenbeauftragte, deren Amt von Frauen mit Behinderungen selbst ausgeführt wird. In Kooperation mit Mensch Zuerst, einem Verein von und für Menschen mit Lernschwierigkeiten, führt Weibernetz e.V. ein Projekt zur Ausbildung von Trainerinnen für Frauenbeauftragte durch. Die Koordinierungsstelle fordert zusätzlich auch Männerbeauftragte. (vgl. WEIBERNETZ E.V. und STAATLICHE KOORDINIERUNGSSTELLE NACH ART. 33 UN-BRK 11.12.2013)

Lobenswert an dem Rahmenkonzept der BruderhausDiakonie ist grundsätzlich, dass sich KlientInnen und MitarbeiterInnen aus allen Ebenen sehr viele ausführliche Gedanken zum Thema gemacht haben und vermutlich auch viel Mühe investiert haben, Leitlinien so zu formulieren, dass sie auf alle Bereiche übertragbar und realistisch umsetzbar sind. Bleibt zu hoffen, dass die zielgruppenorientierten Leitlinien in ihren Formulierungen inzwischen spezifischer und überprüfbarer geworden sind.

Es ist die Aufgabe der Einrichtungen selbst, zu überlegen, wie sie Strukturen so umgestalten oder auflösen, dass die dort wohnenden und arbeitenden Menschen mit Behinderungen nach ihren eigenen Wünschen und selbstbestimmt leben können. Fördergelder sollten nur die Einrichtungen bekommen, die inklusive Modelle umsetzen und sich dabei von kompetenten Fachleuten beraten lassen, damit alle die Chance haben, inklusiv zu leben, aber nicht dazu gezwungen werden. Hierzu bedarf es eines grundle-

genden Umdenkens. KlientInnen müssen zur Mitbestimmung befähigt werden. Dies wiederum setzt kreative Lösungsansätze voraus, wie Menschen, die nicht sprechen können, dennoch an Entscheidungen beteiligt werden können.

Alle Maßnahmen zum Abbau struktureller Gewalt sollen in den Leistungsvereinbarungen zwischen Kostenträgern und Leistungserbringern vereinbart werden. (vgl. STAATLICHE KOORDINIERUNGSSTELLE NACH ART. 33 UN-BRK 11.12.2013)

5.4 Weitere (öffentliche) Einrichtungen

Viele andere öffentliche Einrichtungen, wie z.B. Ämter, Behörden, Kinos, Beratungsstellen oder Bildungseinrichtungen haben verschiedenste Hürden, die Menschen mit Behinderungen an der Teilhabe ihrer Angebote hindern. Abgesehen von den vielen baulichen Barrieren, die abgebaut oder möglichst gleich von vorne herein vermieden werden sollten, müsste es mehr bzw. geregeltere Informations- und Kommunikationshilfen geben. Dazu gehören beispielsweise Formulare in Groß- oder Brailleschrift, verschiedene Dokumente in Audioform und in leichter Sprache, sowie Gebärdendolmetscher, die zum Beispiel bei Behördengängen zur Verfügung gestellt werden. Bei Therapie- und Beratungsangeboten ist es aufgrund der Schweigepflicht und Gewährleistung der Anonymität sehr relevant, dass BeraterInnen und TherapeutInnen selbst in Gebärdensprache oder leichter Sprache kommunizieren können. Prinzipiell werden mehr Therapieplätze und Beratungsstellen benötigt, die sich auf Belange, Lebenssituationen und Gewalterfahrungen von Menschen mit Behinderungen spezialisieren, besonders darauf eingehen und damit umgehen können. (vgl. STAATLICHE KOORDINIERUNGSSTELLE NACH ART. 33 UN-BRK 11.12.2013)

Allgemein muss ein umfassendes Bewusstsein für Barrierefreiheit geschaffen werden. Das bedeutet unter anderem eine beharrliche Sensibilisierung von Mitarbeitenden zum Thema Behinderung, damit Menschen mit Behinderungen eine menschenwürdige Behandlung erfahren. Zudem meint Britta Schade, dass Menschen mit Behinderungen eine ausführliche Beratung über ihre Rechte bekommen sollten. (vgl. SCHADE 2013, Anhang S.XI)

5.5 Gesamtgesellschaftlich und jede/r Einzelne

Gesamtgesellschaftlich betrachtet denkt Britta Schade, dass durch Sensibilisierung viel erreicht werden kann, um subtile Gewalt abzubauen. Eine solche Sensibilisierung könnte ganz „unauffällig“ geschehen, in dem zum Beispiel Menschen mit Behinderungen mehr an Kunst und Kultur teilhaben könnten und würden. Exemplarisch, indem

mehr SchauspielerInnen mit Behinderungen im Fernsehen zu sehen wären. (vgl. SCHADE 2013, Anhang S:XI-XII)

Auf Menschen mit Behinderungen kann auf verschiedene Weise aufmerksam gemacht werden. Zum einen ist es gut, wenn Menschen mit Behinderungen in die Öffentlichkeit treten, indem sie in der Politik mitwirken oder die Positionen von BehindertenvertreterInnen einnehmen und Präsenz zeigen. Für solche Ämter ist nicht nur die fachliche Kompetenz gefragt, sondern auch die Sicht der Betroffenen selbst. Andererseits können auch gezielte Aktionen zur Förderung der Sensibilität gegenüber Menschen mit Behinderungen wirksam sein. Ein Beispiel aus der Schweiz: „Anlässlich des internationalen Tages der Menschen mit Behinderung führte Pro Infirmis eine Aktion an der Zürcher Bahnhofstrasse durch. Unter dem Motto "Wer ist schon perfekt? Kommen Sie näher." regte Pro Infirmis zum Nachdenken über die Akzeptanz von Menschen mit Behinderung an.“ (MILES-PAUL 05.01.2014) Bekannte Persönlichkeiten mit Behinderungen wurden als Schaufensterpuppen modelliert und schmückten ein Schaufenster. Weitere öffentlichkeitswirksame Maßnahmen sind beispielsweise entsprechende Vorträge, die weitere Umsetzung von Inklusion in Schulen, Schaffung von Berührungspunkten in der Freizeit oder anderweitige Begegnungsmöglichkeiten von Menschen mit und ohne Behinderungen. (vgl. SCHADE 2013, Anhang S.XI-XII) Diese Aussage kann ich bestätigen. Je öfter ich an etwas teilhaben wollte, desto „normaler“ wurde es und umso selbstverständlicher ist es, dass berücksichtigt wird, dass Menschen mit Behinderungen auch teilhaben können. Besonders deutlich wurde mir das vor Augen geführt, als in meiner Heimatstadt Schorndorf der Verein „Barrierefreies Schorndorf“ gegründet und dessen Mitglieder aktiv wurden. Eigentlich war das Ziel, mit gesammelten Spenden bauliche Barrieren in der Stadt abzubauen. Spenden wurden unter anderem durch Öffentlichkeitsarbeit und Marktständen auf dem Wochenmarkt mit Gebasteltem und Kuchenverkauf gesammelt. Diese Aktionen brachten nicht nur genügend Geld ein, um den Bau eines Aufzuges in der Stadtbücherei zu unterstützen, sondern hatten den Nebeneffekt, dass die BürgerInnen inklusive des Gemeinderats und des Baubürgermeisteramtes für die Belange behinderter Menschen sensibilisiert wurden. Heute gibt es diesen Verein längst nicht mehr, denn die Stadt achtet von sich aus bei Neu- oder Umbauten auf Barrierefreiheit.

5.6 Menschen mit Behinderungen

Im Laufe ihrer Sozialisation werden Erfahrungen mit subtiler Gewalt für Menschen mit Behinderungen zur Normalität. Deshalb sieht Britta Schade bei diesen Menschen den Bedarf, ein Bewusstsein gegenüber subtiler Gewalt zu schaffen.

Unabhängige Beratungsstellen und Schulungen müssen Aufklärungsarbeit über Rechte leisten, die diese Menschen haben. Durch Beratung und Begleitung können Fragen geklärt werden wie „Was will ich?“ bzw. Empowerment ermöglicht werden, sodass eigene Fähigkeiten aufgespürt werden können und die Menschen mit Behinderungen sich als Experten für ihre Belange wahrnehmen, damit sie sich ihre Selbstvertretung überhaupt zutrauen. Selbstvertrauen kann auch durch verschiedene Formen von Selbstbewusstseinsstraining wie Karate, Theater spielen oder auch in therapeutischen Settings gefördert werden. (vgl. SCHADE 2013, Anhang S.XII)

6 Handlungsmöglichkeiten der Sozialen Arbeit

„Soziale Arbeit versteht sich als Menschenrechts-Profession. Sie handelt auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse und entsprechend begründbarer Methoden.“ (DEUTSCHER BERUFSVERBAND FÜR SOZIALE ARBEIT E.V. 24.12.2013) Engagiert sich Soziale Arbeit gegen Gewalt, so setzt sie sich meiner Meinung nach für die Umsetzung und Einhaltung von Menschenrechten ein. Bislang gibt es nur wenige Untersuchungen zur Gewalt an Menschen mit Behinderungen. Da aber wissenschaftliche Erkenntnisse die Grundlage für die Handlungen der Sozialen Arbeit sind, sehe ich als dringende Aufgabe dieser Profession, kontinuierlich und tiefergehend im Bereich Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen zu forschen. Nicht außer Acht gelassen werden darf der unscheinbare aber überall vorherrschende Bereich der subtilen Gewalt. Gleichzeitig sollten die Forschungen geschlechterspezifisch betrieben werden, um den bereits ange deuteten Unterschieden in der Gewaltform gerecht zu werden. Über Erkenntnisse aus der Gewaltforschung im Bereich Behinderung müssen Beratungsstellen, Selbsthilfegruppen, sowie sämtliche Berufsgruppen, die mit der Zielgruppe in Berührung kommen informiert werden. Bereits während der Ausbildung oder dem Studium sollte genügend Raum geboten werden, um über subtile Formen von Gewalt, also struktureller Gewalt und Diskriminierungsformen, reflektieren zu können. (vgl. STAATLICHE KOORDINIERUNGSSTELLE NACH ART. 33 UN-BRK 11.12.2013) Ein besonderes Augenmerk muss dabei meiner Ansicht nach auf die Reflexion der eigenen Haltung und Handlungen gelegt werden. Solche selbstkritischen Betrachtungsweisen sollten möglichst frühzeitig eingeübt werden. Britta Schade schlägt hierfür im Studium der Sozialen Arbeit Bewusstseinsbildung durch Selbsterfahrung und gut angeleitete Praktika mit Begleitung und Supervision durch die Hochschule vor.

„Die Profession Soziale Arbeit hilft der Gesellschaft, indem sie unmittelbar den sozialen Zusammenhalt fördert, darüber hinaus gesellschaftliche Veränderungsbedarfe anmahnt, zu deren Umsetzung beiträgt und Teilhabe aller BürgerInnen ermöglicht und unterstützt.“ (DEUTSCHER BERUFSVERBAND FÜR SOZIALE ARBEIT E.V. 24.12.2013) Dieser Teil der Definition von Sozialer Arbeit beinhaltet für mich das politische Engagement von SozialarbeiterInnen und SozialpädagogInnen, sich für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen einzusetzen. Dies bedeutet aus meiner Sicht gemeinwesenorientierte und individuelle Arbeit mit Menschen mit Behinderungen und deren Umfeld.

Die wohl häufigsten Bereiche, in denen Professionelle der Sozialen Arbeit mit Menschen mit Behinderungen arbeiten, sind in Einrichtungen der Behindertenhilfe. Für Britta Schade ist klar, dass hier eine reflektierte Haltung und reflektiertes Handeln unabdingbar sind. MitarbeiterInnen solcher Einrichtungen müssen das Bewusstsein bekommen, dass sie mit den Menschen und nicht für die Menschen arbeiten. Diese Haltung bewirkt automatisch ein stärkeres Selbstbewusstsein und somit Empowerment der KlientInnen. (vgl. SCHADE 2013, Anhang S.XII) Das reflektierte Handeln ist eine Grundposition des Rahmenkonzeptes Gewaltprävention der BruderhausDiakonie. Wie ein roter Faden zieht sich diese Grundhaltung durch den gesamten Leitfaden. (vgl. BruderhausDiakonie 2012) Reflexion finde ich besonders wichtig, da dies prozessorientiert ist und Weiterentwicklungen möglich sind. Starre Regelungen, Ge- und Verbote würden Prozessentwicklungen verhindern.

„Im Hinblick auf den Forschungsstand zum männlichem Geschlecht und Behinderung kann nur festgestellt werden: Es gibt eigentlich keinen!“ (KÖBSELL 11.12.2013, S.5) Angesichts dessen, dass die aktuelle Haushaltsbefragung zur Lebenssituation von Männern mit Behinderungen auch ein erhöhtes Gewaltisiko festgestellt hat, ist es erforderlich, dass auch die Soziale Arbeit auf diese Zielgruppe bezüglich Gewalt eingeht.

Bei allen Maßnahmen der Sozialen Arbeit, um Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen entgegen zu treten, ist es außerordentlich zentral, dass die Zielgruppe selbst ermächtigt wird, sich für ihre eigenen Belange einzusetzen. Gerade subtile Gewalt ist häufig die Folge von Strukturen, die Soziale Arbeit aufgebaut hat. Menschen mit Behinderungen haben zwar keine besondere Eigenverpflichtung sich gegen Gewalt einzusetzen (vgl. SCHADE 2013, Anhang S.XII), jedoch müssen sie in alle „Anti-Gewalt-Prozesse“ mit eingebunden werden, da sie selbst ExpertInnen in eigener Sache sind.

7 Subtile Gewalt gegen Studierende mit Behinderungen

In den vorangegangenen Kapiteln zeigte ich auf, welche Formen subtiler Gewalt in Deutschland vorherrschen und welche Handlungsmöglichkeiten es zu deren Verminderung, Vermeidung und Bekämpfung gibt. Den Blick lenkte ich dabei sowohl auf Menschen mit Behinderungen, deren Lebenswelten sich im Rahmen institutioneller Kontexte befinden, sowie auf Betroffene, deren Leben sich im privaten und öffentlichen Raum abspielt. Dabei erörtere ich, welche Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Gewalt auf verschiedenen Ebenen ergriffen werden können und müssen. Ein besonderes Augenmerk legte ich auf die Rolle der Sozialen Arbeit als Menschenrechtsprofession.

Bevor ich nun ein endgültiges Fazit ziehe und in einer Reflexion meine eigene Position beziehe, möchte ich als Studentin der Sozialen Arbeit noch auf eine ganz spezielle Zielgruppe hinweisen, zu der ich mich selbst zählen darf. Gemeint sind hier die Studierenden mit Behinderungen, bzw. „Studierende mit studienerschwerenden gesundheitlichen Beeinträchtigungen“, wie in einer Sondererhebung des Deutschen Studentenwerks genannt. (vgl. UNGER u.a. 11.12.2013, S.3) Dies ist mir wichtig, da ich zum einen selbst (noch) zu diesem Personenkreis zähle und daher aus eigener Betroffenheit auf die subtile Gewalt im Studium aufmerksam machen möchte. Zum anderen ist es mir ein großes Anliegen, das Thema subtile Gewalt nicht nur abstrakt und praxisfern zu bearbeiten. Vielmehr möchte ich an einem konkreten Beispiel die Formen subtiler Gewalt aufspüren und verdeutlichen, welche Maßnahmen getroffen und/oder gefordert werden können. Da der Personenkreis der Studierenden mit Behinderungen selten in Verbindung mit Gewalt gebracht wird, möchte ich hier die Initiative ergreifen und mir dieses Feld genauer ansehen und werde wie folgt vorgehen:

Zu Beginn erläutere ich in einem allgemeinen Teil die subtilen Formen von Gewalt gegen Studierende. Das Kapitel 8.2 befasst sich mit den Anforderungen an eine „Hochschule für alle“. In den beiden darauffolgenden Kapiteln gehe ich auf die konkrete Situation an der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg (EH) ein. Nachdem ich mich im dritten Unterkapitel mit den (noch) vorhandenen Barrieren an der EH beschäftigt habe, folgen im Anschluss einige Überlegungen und Ideen, wie die Situation von Studierenden mit Behinderungen und chronischen Krankheiten an der EH verbessert werden könnte und welche Maßnahmen ich für realistisch halte. Im Fazit dieses Kapitels werde ich kurz resümieren, inwieweit dieses Kapitel zur Beantwortung meiner Fragestellung beiträgt und welche Folgen sich für die Hochschule daraus ergeben könnten.

7.1 Subtile Gewalt im Kontext Studium und Behinderung allgemein

Wie bei meinen allgemeinen Recherchen, ist die Sammlung an gefundener Literatur sehr gering. Die wichtigste Quelle, die ich hier verwenden möchte, ist die Datenerhebung „beeinträchtigt studieren“ zur Situation Studierender mit Behinderung und chronischer Krankheit 2011. Diese erste repräsentative Studie ihrer Art in Deutschland wurde vom Deutschen Studentenwerk in Auftrag gegeben, vom Bundesministerium für Bildung und Forschung finanziert und vom Institut für Höhere Studien durchgeführt. (vgl. UNGER u.a. 11.12.2013, S.3)

Weiter fand ich einen Vortrag von Frau Dr. Köbsell und Frau Maskos, den sie auf der Tagung „Uni-Vision 2020 – Chancengleichheit ist barrierefrei!“ hielten und einige weitere Informationen auf den Internetseiten der Bundesarbeitsgemeinschaft Behinderung und Studium e.V. und der Informations- und Beratungsstelle Studium und Behinderung des Deutschen Studentenwerks.

In dem Ergebnisbericht der Studie „beeinträchtigt studieren“ wird nicht explizit von „Gewalt“ oder struktureller Gewalt gesprochen. Dennoch halte ich sie für sehr geeignet, um subtile Gewalt im Alltag behinderter Studierender aufzuzeigen. An der Online-Befragung des Studentenwerks nahmen deutschlandweit ca. 16.000 Studierende von ca. 160 staatlichen und staatlich anerkannten Hochschulen teil. Der Fragebogen war an Studierende mit gesundheitlichen Studienbeeinträchtigungen gerichtet, wurde allerdings an ein Drittel aller in Deutschland Studierenden versendet, da es keine gesonderte Datenbank für diesen speziellen Personenkreis gibt. So wurden Studierende über die internen Hochschulinformationssysteme benachrichtigt. Studierende der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg wurden dabei auch berücksichtigt. Ich selbst erhielt im Sommersemester 2011 ebenfalls eine Einladung via E-Mail über den Hochschul-Mail-Account und beantwortete die Fragen online. Die Befragung habe ich als sehr ausführlich und detailliert in Erinnerung. Für die Definition von Behinderung wurde § 2 Abs. 1 Sozialgesetzbuch IX zugrundegelegt. (vgl. UNGER u.a. 11.12.2013, S.11-12)

Der Vortrag „Behinderte Frauen im Kontext lebenslangen Lernens“ bezieht sich, wie der Titel bereits sagt, lediglich auf behinderte Studentinnen. Die beiden Frauen begründen dies damit, dass auch sie bei der Suche nach passender Literatur oder Studien nur dürftige Ergebnisse erzielt haben. Neben der Studie zur „Lebenssituation und Belastungen von Frauen mit Behinderungen“ und einigen etwas älteren Studien nen-

nen sie Gespräche mit behinderten Frauen und BeraterInnen für behinderte Studierende als Basis ihrer Aussagen. (vgl. KÖBSELL/MASKOS 11.12.2013)

Allerdings betonen sie, dass beeinträchtigungsbedingte Hindernisse im Bereich Studium mehr ins Gewicht fallen, als geschlechterspezifische Diskriminierung. (vgl. KÖBSELL/MASKOS 11.12.2013)

7.1.1 Studienwahl, Hochschulzulassung und Nachteilsausgleiche

Bereits bei der Studiengangswahl spielte bei ca. zwei Drittel der 2011 befragten Studierenden mit Behinderungen und chronischen Krankheiten ihre Beeinträchtigung eine Rolle. „Studierende, deren Beeinträchtigung einen sehr oder eher starken Einfluss auf die Wahl ihres derzeitigen Studiums hatte, belegten überdurchschnittlich häufig ein Fach aus dem Bereich Sozialwesen/ Sozialwissenschaften (29%), Psychologie (27%), Pädagogik/ Erziehungswissenschaften (28%) oder Sprach- und Kulturwissenschaften (27%)“ (UNGER U.A. 11.12.2013, S.63-64) Die TeilnehmerInnen, die nicht in ihrem Wunschstudienfach studieren, geben als Hauptgründe keine Berücksichtigung der Beeinträchtigung beim Zulassungsverfahren, fehlende Möglichkeiten den Studiengang mit der Beeinträchtigung vereinbaren zu können, sowie schlechte Einstiegschancen in den späteren Beruf an. Auffällig ist, dass Sonderanträge bei der Hochschulzulassung besonders oft von BesitzerInnen von (Schwer-)behindertenausweisen gestellt wurden. Studierende, die über einen solchen Ausweis verfügen, haben offensichtliche Behinderungen, wie Hör-, Seh-, Körper- oder Sprechbeeinträchtigungen.

Studierende mit nicht sichtbaren Behinderungen stellten nahezu keine Härtefallanträge. (vgl. UNGER U.A. 11.12.2013, S.63-64) Ich vermute, dass für diese Menschen der Nachweis ihrer Behinderung ungleich schwieriger ist und einige Hochschulen als Nachweis ausschließlich einen amtlich festgestellten Grad der Behinderung akzeptieren. Von den AntragstellerInnen gaben ca. 40% an, dass sie Schwierigkeiten mit dem Verfahren hatten, und nannten als Hauptgründe Unklarheiten und Intransparenz bei der Antragsstellung. (vgl. UNGER U.A. 11.12.2013, S.63-64) Diese Tatsache legt für mich nahe, dass die Studienbewerbung für Studierwillige mit nicht sichtbaren Beeinträchtigungen, beispielsweise psychischen Behinderungen oder Teilleistungsstörungen, nicht bewältigbar ist.

Wurde die Hürde des Zulassungsverfahrens genommen, beginnt für viele Studierende mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen eine weitere bürokratische Prozedur. Für beispielsweise Wiederholungen, bzw. Verschiebungen von Prüfungen oder

Zeitverlängerung bei Prüfungsabgabefristen werden Nachteilsausgleiche beantragt. Davon werden ca. ein Drittel nicht bewilligt. Gründe für Ablehnungen der Nachteilsausgleiche wurden wie folgt benannt:

- Fehlende Bereitschaft, die Lehrroutine zu ändern
- Unvereinbarkeit mit der Studienprüfungsordnung
- Beeinträchtigung wird nicht als Begründung für Nachteilsausgleich anerkannt
- Nachteilsausgleiche werden als Bevorzugung gesehen, bzw. Ersatzleistungen gelten als nicht gleichwertig
- Technische und organisatorische Probleme
- Begründung für die Anträge nicht ausreichend
- Fehlende Nachweise der Studierenden

Die meisten Studierenden, deren Antrag auf Nachteilsausgleiche nicht bewilligt wurde, haben eine Sprech- und Hörbehinderung oder Teilleistungsstörung. (vgl. UNGER U.A. 11.12.2013, S.159-160) Dies bestätigt die Vermutung von Köbsell und Maskos, dass Studierende mit nicht sichtbaren Beeinträchtigungen besonders hart um ihre Nachteilsausgleiche kämpfen müssen und zuweilen auch als SimulantInnen verdächtigt werden. (vgl. KÖBSELL/MASKOS 11.12.2013)

70% der Studierenden mit studienbeeinträchtigenden Behinderungen haben keinen Antrag auf Nachteilsausgleich gestellt, da sie von dieser Möglichkeit nichts wussten. JedeR Dritte der Studierenden möchte kein „Outing“ der Behinderung und stellt daher ebenfalls keinen Antrag. (vgl. UNGER U.A. 11.12.2013, S.159-160)

7.1.2 Dienstleistungen und physische Barrieren

Studierende mit gesundheitlich bedingten Studienbeeinträchtigungen haben häufig besondere Anforderungen an Architektur und Erreichbarkeit der Hochschul- und Studentenwerksgebäuden. Diese subtile Form von Gewalt ist wahrscheinlich die sichtbarste. Die TeilnehmerInnen der Studie gaben an, dass die Gebäude zu 46% nur teilweise und zu 26% nicht barrierefreien Anforderungen entsprechen. Am häufigsten wurden fehlende Behindertenparkplätze, nicht genügend barrierefreier Nahverkehr, unzureichende Belüftung, schlechte Seh- und Beleuchtungsverhältnisse, sowie eine unbefriedigende Akustik bemängelt. Unabhängig von der Art der Beeinträchtigung benötigt jedeR Vierte der befragten Studierenden Ruhe- und Rückzugsmöglichkeiten. Für einige von ihnen müssen diese mit Liegemöglichkeiten versehen sein. Solche Räume stehen den Betroffenen zu 77% nicht ausreichend und nur zu 2% ausreichend zur Verfügung. (vgl. UNGER U.A. 11.12.2013, S.121)

Beeinträchtigungsbedingt sind einige der befragten Studierenden auf individuelle Dienstleistungen wie speziell zubereitete Gerichte in der Mensa/Cafeteria, Kommunikations- und StudienassistentInnen oder psychologische Beratungsstellen angewiesen. Diese Dienstleistungen stehen in vielen Fällen nicht ausreichend zur Verfügung. (vgl. UNGER U.A. 11.12.2013, S.121)

7.1.3 Lehre, Prüfungssituationen und Studienorganisation

Bei der Studienorganisation, sowie bei Prüfungs- und Lehrsituationen geben 88% der StudienteilnehmerInnen 2011 Schwierigkeiten mit zeitlichen und formalen Rahmenbedingungen an. Solche Vorgaben können exemplarisch sein: Präsenzpfllichten, Gestaltung von Lehrveranstaltungen, fehlendes Lehr- und Lernmaterial, hohe Prüfungsdichte, keine Möglichkeiten einzelne Semester zu entzerren, keine Wiederholungs- oder Verschiebungsmöglichkeiten von Leistungsnachweisen und Prüfungen, Länge von Unterrichtseinheiten, begrenzte Prüfungsdauer, Teilnahmebeschränkungen, starre Reihenfolge von Studienabschnitten oder Wiedereinstieg nach längeren beeinträchtigungsbedingten Pausen. (vgl. UNGER U.A. 11.12.2013, S.145-146)

Studentinnen und Studenten mit gesundheitlichen studienerschwerenden Beeinträchtigungen benötigen meist mehr Zeit, um ihr Studium abschließen zu können. Eine Überschreitung der Regelstudienzeit bringt häufig finanzielle Nachteile mit sich, da u.a. BAföG-Zahlungen selten über die Regelstudienzeit hinaus bewilligt werden. (vgl. UNGER U.A. und KÖBSELL/MASKOS 11.12.2013)

7.1.4 Finanzielle Benachteiligung

Finanzielle Gewalt ist auch für Studierende mit Beeinträchtigungen ein Thema, welches ihre Lebenssituation besonders beeinflusst. Die Studie „beeinträchtigt studieren“ ergab, dass 71% der Studierenden mit Behinderungen oder chronischen Erkrankungen beeinträchtigungsbedingte Mehrkosten einplanen müssen. Diese entstehen durch nicht-studienbezogene Zusatzkosten, wie beispielsweise Ernährung, Arzt- oder Therapiekosten und studienbezogene Mehraufwendungen, wie technische Hilfsmittel, spezielle Lehrmaterialien oder Studienassistenzen. Besonders erschwerend wirkt, dass bei einigen der Studierenden, die Zusatzkosten aufgrund ihrer Beeinträchtigung haben, diese nicht, oder nicht genug gedeckt sind. Gründe hierfür sind häufig struktureller Art. So können sie oftmals wegen ihrer Beeinträchtigung nicht zusätzlich zum Studium arbeiten, Krankenkassen und Eingliederungshilfe erstatten nicht ausreichend anfallende Mehrkosten und die finanzielle Unterstützung durch Familie, Partner und BAföG reichen nicht für den notwendigen Lebensunterhalt aus. Nur ein sehr kleiner Bruchteil der

Studierenden, die angeben, beeinträchtigungsbedingte Mehrkosten zu haben, bezieht Eingliederungshilfe in Form von Studienhilfe. Mindestens jeder zweite Antrag auf Eingliederungshilfe, wie Kosten für Gebärdens-/Schriftdolmetscher oder Studienassistenten, wurde abgelehnt. (vgl. UNGER U.A. 11.12.2013, S.199). Das Ausbleiben der BAföG-Leistungen bei Überschreitung der Regelstudienzeit bringt viele behinderte und chronisch kranke Studierende in finanzielle Schwierigkeiten. (vgl. KÖBSELL/MASKOS 11.12.2013) Wie die Erhebung von 2011 feststellte, studieren beeinträchtigte Studierende durchschnittlich länger als nicht beeinträchtigte.

7.1.5 Auslandsaufenthalte und Praktika

Die Evaluation des Deutschen Studentenwerks hat ergeben, dass Rahmenbedingungen von Berufspraktika, Auslandsaufenthalten, Exkursionen und Laborpraktika den TeilnehmerInnen der Studie besonders große Schwierigkeiten bereiten. (vgl. UNGER U.A. 11.12.2013, S.145-146) Köbsell und Maskos fanden heraus, dass Auslandsaufenthalte von Studierenden mit Behinderungen nur selten durchgeführt werden. Aus Angst, die Herausforderungen des Auslandssemesters nicht bewältigen zu können, vermeiden sie trotz Wunsch, solche Semester im Ausland. „Damit haben sie zumindest in den Berufen, in denen Auslandserfahrungen verlangt werden, eindeutige Nachteile gegenüber ihren nichtbehinderten Mitbewerber/innen“. (KÖBSELL/MASKOS 11.12.2013)

7.1.6 Information und Beratung

Folgende Beratungs- und Informationsangebote stehen Beeinträchtigten (teilweise) zur Verfügung:

- BeraterInnen oder Beauftragte für die Belange behinderter oder chronisch kranker Studierender der Hochschulen
- Spezielle Beratungsstellen für Betroffene durch Studentenwerke
- Beratung durch andere Studierende (z.B. AStA, oder autonome Beratungsstellen von Studierenden mit Behinderungen und chronischen Krankheiten)
- Psychologische Beratungsstellen der Studentenwerke und Hochschulen

Nur jedeR Vierte der 2011 Befragten nahm mindestens eins dieser Beratungsangebote in Anspruch. Die meisten von Ihnen wandten sich an eine psychologische Beratungsstelle. Drei von vier Studierenden meinen keine Beratung zu benötigen, fühlen sich von den vorhandenen Angeboten nicht angesprochen oder möchten ihre Behinderung nicht preisgeben. Mindestens die Hälfte der Nutzer beurteilt die erhaltene Beratung als hilfreich. Gründe für eine negative Bewertung sind hauptsächlich, dass die Internetinformationen die individuelle Behinderung nicht beachten und dass ihre individuelle Situa-

tion bei der Beratung nicht genügend aufgegriffen wurde. (vgl. UNGER U.A. 11.12.2013, S.91-92)

7.2 Anforderungen an eine „Hochschule für alle“

Im Folgenden werde ich aufzählen, welche Forderungen ich bzgl. einer Hochschule für alle gefunden habe, die ich als Maßnahme gegen subtile Gewalt gegen Studierende mit Behinderung sehe.

„Hochschule für alle“ bedeutet in dieser Arbeit eine Hochschule für alle diejenigen, die bereits eine Hochschulzulassung erworben haben. Es wäre sicherlich hoch interessant, die Bedingungen an einer Hochschule zu erörtern, an der auch Menschen mit Lernschwierigkeiten studieren können. Im deutschen Sprachraum fand ich keine derartige Hochschule. Die Bar-Ilan-Universität in Israel ermöglicht Menschen mit Down-Syndrom als GasthörerInnen mit Prüfungsoptionen an regulären Seminaren und Vorlesungen von Bachelorstudien teilzunehmen. Begleitet werden sie dabei jeweils von MentorInnen des Masterstudiengangs Sonderpädagogik. (vgl. BOTSCHAFT DES STAATES ISRAEL IN BERLIN 13.01.2014) Ein solches Projekt auch an Hochschulen in anderen Ländern, sowie in Deutschland durchzuführen und bei Erfolg zu etablieren, ist sicher eine spannende Aufgabe. Die Bedingungen für eine Hochschule zu erörtern, an der auch Studierende mit geistiger Behinderung willkommen sind, würde jedoch den Rahmen dieser Arbeit sprengen.

7.2.1 Übergang Schule-Studium/Beruf

Beginnen möchte ich mit einer Forderung, die bereits in der Schule ansetzt und alle Behinderungsarten betrifft. Köbsell und Maskos fordern eine bessere Beratung bei der Berufswahl der SchülerInnen durch LehrerInnen. Diese sollen sich mit dem Themenkomplex „Studium mit Behinderung“ mehr beschäftigen, sodass sie ihre SchülerInnen mit Behinderungen hinsichtlich der Karriereaussichten, Arbeitsplatzsicherheit und Fächerwünsche gut begleiten oder an die richtigen Beratungsstellen verweisen können. (vgl. KÖBSELL/MASKOS 11.12.2013) Dies finde ich besonders wichtig für LehrerInnen an sogenannten Regelschulen, da diese oftmals in diesem Bereich keine besonderen Schulungen bekommen. Diesen Aspekt möchte ich um den Punkt ergänzen, dass ich der Meinung bin, dass auch BeraterInnen, zum Beispiel BerufsberaterInnen für Menschen mit Behinderungen der Agentur für Arbeit besonders geschult werden, um dieser Zielgruppe inklusive Berufswege aufzeigen zu können. Während meines praktischen Studiensemesters bei einem Integrationsfachdienst und in verschiedenen Gesprächen mit behinderten Menschen ist mir aufgefallen, dass diese BeraterInnen ihre KlientInnen

häufig zu einer Berufsfindung und Arbeitserprobung in eine entsprechende Einrichtung der beruflichen Rehabilitation schicken, da sie selbst überfragt sind. Diese Rehaeinrichtungen, wie beispielsweise Berufsbildungs- oder –förderungswerke, empfehlen dann oft eine Ausbildung oder ein Studium, welches in ihrer Einrichtung absolviert werden kann. Andere Berufe oder Studiengänge werden erst gar nicht getestet oder angeboten. Somit halte ich es für wichtig, den ÜbergängerInnen von der Schule ins Berufsleben zu signalisieren, dass sie selbst die Wahl zwischen verschiedenen Berufswegen haben und sie darüber informiert werden, welche Wege in- und außerhalb beruflicher Rehabilitationseinrichtungen möglich sind und vor allem, dass sie nicht stigmatisiert und entmutigt, sondern darin bestärkt werden zu studieren.

7.2.2 Wohnen und Infrastruktur

Ein Gebiet, das nicht die Hochschule direkt betrifft, worauf sie aber durch Mitwirkung in verschiedenen Gremien einen gewissen Einfluss hat, sind die Wohnmöglichkeiten und die Infrastruktur. Aus meiner Sicht sollte dies immer in Kooperation mit dem jeweils zuständigen Studentenwerk geschehen. Im Bereich Wohnen geht es nicht nur um bauliche Anpassung für mobilitätseingeschränkte Menschen, sondern auch um nutzbares Mobiliar, die Möglichkeit Assistenzkräfte in Anspruch zu nehmen (Zweitschlüssel für Wohnung/Wohnheimzimmer) oder die Erlaubnis, einen Blindenführhund mitzubringen.

Für viele Studierende mit Behinderungen ist aufgrund ihrer Mobilitätseinschränkung die räumliche Nähe vom Wohnort zum Studienort wichtig. Hierzu gehört zudem die gute Erreichbarkeit von Ärzten, Einkaufsmöglichkeiten und Therapiezentren, also eine gut ausgebaute soziale Infrastruktur. Um die subtile Gewalt an Hochschulstandorten zu verringern, muss zudem auf ein barrierefreies öffentliches Verkehrsnetz geachtet werden. Offensichtlich werden dabei Rampen/Hebebühnen an Bussen, Bahnen und Haltestationen benötigt. Weniger sichtbar aber genauso wichtig ist die Ansage der Haltestationen und Fahrplanänderungen für sehbehinderte und blinde Menschen, sowie die schriftliche Weitergabe dieser Informationen über gut lesbare Anzeigetafeln für hörbehinderte und gehörlose Menschen.

7.2.3 Verpflegung

Abgesehen davon, dass Mensen für Rollstuhlfahrende gut erreichbar und geräumig sein sollten, wäre es wünschenswert, dass dort die spezifischen Bedürfnisse für Studierende und auch Mitarbeitende mit Allergien und Lebensmittelunverträglichkeiten berücksichtigt werden. Teilnehmende der Studie des Studentenwerks weisen darauf hin, dass ihnen bereits eine Kennzeichnung der verschiedenen Speisen mit den In-

haltsstoffen weiterhelfen würde. Andere wünschen sich eine solche Beschilderung auch an Getränke- und Snackautomaten der Hochschule. Teilweise wird ein Angebot an Gerichten gefordert, welche ohne bestimmte Inhaltsstoffe, wie z.B. Gluten oder Laktose zubereitet werden. (vgl. UNGER U.A. 11.12.2013, S.241)

7.2.4 Information und Kommunikation

Grundvoraussetzung einer Hochschule, damit sich Menschen mit Behinderung willkommen fühlen und nicht diskriminiert werden, sind barrierefreie Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten. Dazu gehört unter anderem ein barrierefreier Webauftritt. (vgl. KÖBSELL/MASKOS 11.12.2013) Das bedeutet, die Homepage sollte für Vorlesesoftware, sogenannten Screenreadern, lesbar sein. Spezielle Informationen zum Thema Studium und Behinderung müssen gut auffindbar sein, Bilder und Fotos eine Bildbeschreibung besitzen und Imagefilme mit Untertiteln oder Gebärdensprache für Hörbehinderte, sowie eine Audiodeskription für sehbehinderte und blinde Interessierte versehen sein.

In den Bereich Information fallen auch barrierefreie Skripte, Reader und andere Lehrmaterialien und der Zugang zu Lernplattformen. Dies kann unter anderem durch einen hochschulinternen Umsetzungsdienst geschaffen werden. „An der Universität Dortmund gibt es beispielsweise das „Leuchtturmprojekt“. Dort können die Studienunterlagen sowohl vom Lehrpersonal, als auch von den an der Universität studierenden Sehbeeinträchtigten abgegeben werden. Die Unterlagen werden dann in die für die beeinträchtigten Studierenden geeignete Form z.B. Großschrift, Blindenschrift oder in elektronische Form „übersetzt“.“ (vgl. SCHABBERGER/BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT BEHINDERUNG UND STUDIUM E.V. 11.12.2013) In der heutigen Zeit muss dies häufig nicht mehr von Hand geschehen, sondern kann bei gescannten Schriften mithilfe eines speziellen Computerprogramms umgewandelt werden. Für hörbeeinträchtige und gehörlose Studierende ist oft die Bereitschaft Lehrender, Kopien der Vorträge zu erlauben, wichtig, da nicht gleichzeitig mitgeschrieben und von den Lippen abgelesen werden kann.

Prinzipiell wünschen sich die TeilnehmerInnen der Studie „beeinträchtigt studieren“ mehr Informationsmaterial zu Nachteilsausgleichen, Beratungsangeboten, Finanzierungserleichterungen bei beeinträchtigungsbedingten Mehrbedarfen und den Umgang mit Prüfungsämtern und Lehrpersonal. (vgl. UNGER U.A. 11.12.2013, S. 226-229)

7.2.5 Prüfungs- und Studiengestaltung

Eine der wichtigsten und grundsätzlichen Fragen von Studienanfängern, insbesondere derer mit Behinderungen, ist die nach Prüfungsbedingungen der Hochschule, bzw. des Studiengangs. „Viele der beteiligten Studierenden wünschen sich, eine flexiblere Studien- und Prüfungsgestaltung, wodurch sich ihr Studium maßgeblich erleichtern könnte.“ (UNGER U.A. 11.12.2013, S.242-243) Nachteilsausgleiche wirken oftmals erleichternd und können ganz unterschiedlicher Art sein. Bei Klausuren wird bei unterschiedlichen Behinderungsarten häufig eine Zeitverlängerung oder die Erlaubnis einer Assistenzkraft beantragt. Sehbehinderte und blinde Studierende sind oftmals zusätzlich auf Hilfsmittel, wie Lupen, Laptop mit Braillezeile, Vergrößerungssoftware und/oder Sprachausgabe, sowie Prüfungsaufgaben in Brailleschrift, Großdruck oder in digitaler Form angewiesen. Bei Hausarbeiten und Referaten kann eine Verlängerung der Vorbereitungszeit nur wenig ausreichen, da die Anzahl der Prüfungen pro Semester trotzdem gleich bleibt. (vgl. UNGER U.A. 11.12.2013, S.235-237) Abhilfe können hier vermutlich nur Zusatzsemester schaffen, sodass die Dichte der Prüfungen entzerrt werden kann. Dadurch erschwert sich jedoch wiederum die Studienfinanzierung, da BAföG-Zahlungen an die Regelstudienzeit gebunden sind.

Manche Prüfungsformen sind jedoch nicht durch mehr Zeit oder Hilfsmittel kompensierbar. In solchen Fällen sollte die Prüfung in einer anderen Form abgelegt werden können. Klausuren müssen daher manchmal für sehbehinderte und blinde Studierende in mündlicher Form abgelegt werden können. Für sprechbehinderte Studierende ist es hingegen teilweise unausweichlich, mündliche Prüfungen durch Klausuren zu ersetzen. (vgl. SCHABBERGER/BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT BEHINDERUNG UND STUDIUM E.V. 11.12.2013). Kurze Bearbeitungszeiten der Prüfungsämter von Nachteilsausgleichen sind selbstverständlich wesentlich, damit sich die Studienzeit nicht weiter verlängert und sich Studierende auf die Prüfungssituation einstellen können.

7.2.6 Gebäude, Wege und Räume

Köbsell und Maskos fordern in ihrem Vortrag „Zugänglichkeit ohne „Sonderwege“ über einsame Rampen, dunkle Tiefgaragen o.ä.“ (11.12.2013) Sie sehen hier die Verantwortung bei den Beauftragten für die Belange behinderter Menschen, Gebäude, Wege und Räume zu testen und gegebenenfalls bauliche Maßnahmen zu fordern. Meiner Meinung nach sollte dies nicht nur die alleinige Aufgabe der/des Beauftragten sein. Am effektivsten sehe ich die gemeinsame Begehung der Hochschulbauten von Beauftragter/m und VertreterInnen von Studierenden mit verschiedenen Behinderungsformen. So können gleichzeitig Bedürfnisse verschiedener Behinderungsformen berücksichtigt

werden. Wichtig ist es, nicht nur „offensichtliche Barrieren“ wie genügend behindertengerechte Toiletten, Treppen oder verschlossene Türen zu beachten. So kann es sein, dass AllergikerInnen eine spezielle Belüftung oder psychisch behinderte Studierende geräumige Vorlesungssäle mit zu öffnenden Fenstern brauchen. Bei der Beseitigung von physischen Barrieren gibt es durch unterschiedliche Behinderungsformen verschiedene, teilweise widersprüchliche Anforderungen. Wünschen sich hörbehinderte Studierende beispielsweise Teppichböden in den Veranstaltungsräumen, um die Akustik zu verbessern, wünschen sich Studierende mit einer Hausstauballergie gerade weniger Teppichböden in den Räumlichkeiten der Hochschule. (vgl. UNGER U.A. 11.12.2013, S. 240) Bei den Personengruppen mit einer Sehbehinderung bzw. Gehbehinderung gibt es ein ähnliches Dilemma. RollstuhlfahrerInnen und Menschen mit Gehbeeinträchtigungen wünschen sich möglichst keine Stufen bzw. Bordsteinkanten. Sehbehinderte und blinde Menschen hingegen nutzen genau solche Kanten zur besseren Orientierung. In diesem Fall müssen meiner Ansicht nach beide „Parteien“ in bauliche Planungen mit einbezogen und Kompromisse gefunden werden. Eine Besichtigung einer anderen Hochschule oder Einrichtung, die dieses Problem bereits gelöst hat, könnte sicherlich neue Impulse geben und Lösungen erzielen, die für alle zufriedenstellend sind.

7.2.7 Ruheräume /-zeiten

Manche Beeinträchtigungsarten, z.B. Stoffwechselerkrankungen erfordern regelmäßige Ruhe- oder Liegezeiten. Ruheräume mit Liegen (höhenverstellbar bzw. in verschiedenen Höhen) sind daher wünschenswert. Diese Räume können zusätzlich zur Medikamenteneinnahme oder Verbandswechsel genutzt werden. (vgl. SCHABBERGER /BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT BEHINDERUNG UND STUDIUM E.V. 11.12.2013) Bei der Einrichtung solcher Räume sollte unbedingt darauf geachtet werden, dass sie sich in „ruhigeren Ecken“ der Hochschule befinden, also weder in der Nähe von Mensen, noch in der Nähe von Foyers oder Aufenthaltsräumen. (vgl. UNGER U.A. 11.12.2013, S.240)

7.2.8 Hilfsmittel

Hilfsmittel für das Studium sind bei einigen Behinderungsformen unerlässlich. Hierbei muss, wie ich finde, unterschieden werden zwischen individuell angepassten und allgemein nutzbaren Geräten. Individuell angepasste Geräte müssen meiner Meinung nach von den Studierenden selbst organisiert werden. Schaßberger erwähnt die Möglichkeit eines Hilfsmittelpools an der Hochschule. Einige Universitäten haben solche Stellen eingerichtet, bei denen Hilfsmittel wie Bildschirmlesegeräte, Lupen, Aufnahme-geräte, Laptops mit entsprechender Software, sprechende Taschenrechner oder ähnli-

ches ausgeliehen werden können. (vgl. SCHAßBERGER/BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT BEHINDERUNG UND STUDIUM E.V. 11.12.2013) Die Option, an der Hochschule fest installierte Hilfsmittel anzubieten, habe ich in der Literatur nicht gefunden. Dennoch finde ich dies einen nennenswerten Aspekt, der zum Beispiel in der Hochschulbibliothek in Form von Bildschirmlesegeräten gut umgesetzt werden kann. Ob ein Hilfsmittelpool in der heutigen Zeit noch sinnvoll ist, sollte im Einzelnen geklärt werden, da viele der Geräte regelmäßige Pflege und Wartungen brauchen und sehr schnell veralten können.

7.2.9 Orientierungshilfe für sehbehinderte und blinde Studierende

Um sehbehinderten und blinden Studierenden die Orientierung an der Hochschule und Universität zu erleichtern, gibt es verschiedene Unterstützungsmöglichkeiten. Am Boden können beispielsweise Blindenleitsysteme angebracht und Räume überdies mit Brailleschrift beschriftet werden. Schaßberger fügt hinzu, dass Orientierung ferner durch weitere Merkmale wie Geräusche, zum Beispiel durch einen plätschernden Brunnen oder Gerüche durch verschiedene Pflanzen gegeben werden kann. Unberücksichtigt lässt sie hierbei jedoch Menschen mit Allergiekrankheiten, die auf solche Pflanzen negativ reagieren könnten. (vgl. SCHAßBERGER/BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT BEHINDERUNG UND STUDIUM E.V. 11.12.2013) Die besondere Orientierungshilfe der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg, nämlich einen Audioguide, erläutere ich im Kapitel 7.4 näher. Ferner kann ich mir Orientierungshilfen in Form von Patenschaften oder Tutorien gleich zu Beginn des Studiums gut vorstellen. Darauf werde ich weiter unten unter der Überschrift „Tutorien“ näher eingehen.

7.2.10 Beratung und Coaching

Wie die Studie „beeinträchtigt studieren“ zeigte, gibt es seitens behinderter und chronisch kranker Studierender einen relativ großen Beratungsbedarf, der trotz verschiedener Beratungsangebote nur teilweise gedeckt wird. TeilnehmerInnen dieser Studie machten verschiedene Vorschläge, wie Beratungsangebote verbessert werden könnten. So wird beispielsweise vorgeschlagen, dass zu Beginn des Studiums von Fachkräften darüber informiert wird, wie das Studium mit Beeinträchtigung erleichtert werden kann, wie Nachteilsausgleiche beantragt werden können und wo es Beratungsmöglichkeiten gibt. Weiter wird vorgeschlagen, Arbeitsgruppen, bestehend aus betroffenen Studierenden zu bilden, die auf Verbesserungsmöglichkeiten aufmerksam machen. Weiter wünschen sich Andere beeinträchtigungsspezifische Arbeitsgruppen, in denen Strategien zur Bewältigung studienbedingter Probleme erarbeitet werden können, in denen sich Studierende mit anderen Studierenden in ähnlichen Situationen austauschen können und von fachlicher Seite beraten werden. Als Beispiel wird hier

eine Legasthenie-Gruppe genannt, die sich über Vermeidungsstrategien von Rechtsschreibfehlern austauschen kann. (vgl. UNGER U.A. 11.12.2013, S.238-240) Unabkömmlich ist die Beratungsmöglichkeit durch Professionelle, wie zum Beispiel Beauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderungen, sowie durch Betroffene selbst in Form von Peer-Counseling. Themen der Beratung könnten beispielsweise sein:

- Finanzierungsmöglichkeiten des Studiums
- Beschaffung und Finanzierung von persönlicher Assistenz
- Bewältigung des Studienalltags
- Beantragung von Nachteilsausgleichen
- Umgang mit Diskriminierung
- Rechtliche Aspekte
- Umgang mit Behinderung
- Wie spreche ich meine Behinderung im Studium an?
- Psychologische Beratung (vgl. KÖBSELL/MASKOS 11.12.2013)

Die Möglichkeit der Beratung allein reicht aber bei weitem nicht aus. Das Angebot muss auf verschiedene Arten publik gemacht werden. Oftmals fühlen sich Studierende mit psychischen Behinderungen, Teilleistungsstörungen oder chronischen Erkrankungen von den Angeboten nicht angesprochen und wissen nicht, dass sie ebenfalls beraten werden. Hier gilt es, die betroffenen Studierenden selbst zu sensibilisieren und die Informationen zum Beratungsangebot auch für Studierende mit nicht sichtbaren Behinderungen attraktiv zu gestalten. (vgl. UNGER U.A. 11.12.2013, S.226-229)

7.2.11 Praktika und Ausland

Erfordert ein Studium bestimmte Praktika oder Auslandsaufenthalte, so stellt dies eine besondere Herausforderung für Studierende mit Behinderung dar. Es muss beispielsweise geklärt werden, ob im Ausland oder am Praktikumsplatz benötigte Hilfsmittel bereitstehen, oder diese, wie auch Blindenführhunde mitgebracht werden dürfen. Zudem muss geklärt werden, ob Sozialleistungen wie persönliches Budget oder Pflegegeld in dieser Zeit weiter gesichert sind und wie in dieser Zeit Assistenz und Pflege zuverlässig gewährleistet werden kann. Eine „intensive Unterstützung bei Planung und Durchführung von Auslandsaufenthalten (Praktika, Auslandssemester)“ (KÖBSELL/MASKOS 11.12.2013) ist sicherlich hilfreich. (vgl. SCHAßBERGER/BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT BEHINDERUNG UND STUDIUM E.V. 11.12.2013). Begünstigen könnte die Beratungsarbeit der Mitarbeitenden von Praxisämtern, Auslandsbüros oder International Offices und der/des Behindertenbeauftragten deren interne Vernetzung, sowie ein externer Austausch mit anderen Hochschulen.

7.2.12 Finanzen

Verschiedene Quellen sprechen an, dass es die Möglichkeit für Studierende mit Behinderungen und chronischen Krankheiten geben sollte, BAföG auch jenseits der Regelstudienzeit beziehen zu können. Dies ist dringend notwendig, da für viele Studierende mit Behinderung die Doppelbelastung von Studium und Arbeiten eine zu hohe Belastung und somit eine Studiengefährdung darstellt.

Wie bei Menschen mit Behinderungen im Arbeitsleben würde auch Studierenden mit Behinderung ein einkommensunabhängiges persönliches Budget zugutekommen und zum erfolgreichen Abschluss des Studiums beitragen. (vgl. KÖBSELL/MASKOS 11.12.2013)

7.2.13 Tutorien

Um Chancengleichheit herzustellen, eignen sich Tutorien in vielerlei Hinsicht. So könnten sie beispielsweise eingerichtet werden, um bei der Einrichtung von Assistenzen mitzuwirken oder um „Nachhilfe“ zu geben in Bereichen, in denen Studierende mit Behinderung besonders benachteiligt sind. Bereiche für ein solches Tutorium könnten Computerkurse, für Studierende sein, die eine Sehbehinderung haben, bzw. solche, die durch die Nutzung einer speziellen Maus nicht mitkommen. (vgl. SCHAßBERGER/BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT BEHINDERUNG UND STUDIUM E.V. 11.12.2013)

An der Universität Potsdam ist seit Sommer 2010 ein spezielles Modul in der Ausbildung von ErstsemestertutorInnen fester Bestandteil. Dieses Modul wurde im Rahmen eines Projektes von der Behindertenbeauftragten und einigen Studierenden mit und ohne Behinderung konzipiert, erprobt, durchgeführt, verbessert und evaluiert. „Ziel ist es, die Barrieren in den Köpfen abzubauen.“ (BEIER/BÜRGER 11.12.2013) Das Modul soll TutorInnen befähigen, Erstsemester für das Thema Chancengleichheit für Studierende mit Behinderung zu sensibilisieren. Im Projektbericht wird dazu beschrieben, dass sie zukünftig die Ausbildung bzw. Sensibilisierung auf weitere Zielgruppen der Hochschule ausbauen wollen, so zum Beispiel für Mitarbeitende des Studierendenervices und der Praxis- bzw. Prüfungsämter. Explizit wird darauf hingewiesen, dass das Übertragen des Projekts auf andere Hochschulen erlaubt und sogar erwünscht ist. Bedingungen dafür sind die Analyse der Begebenheiten an der jeweiligen Hochschule wie Barrierefreiheit, Situation der Studierenden mit Behinderung oder bereits vorhandene Qualifizierungskonzepte, in die ein solches Tutorium eingebaut werden könnte. (vgl. BEIER/BÜRGER 11.12.2013) Dies sehe ich als ein positives Projekt an, zunächst Men-

schen im nächsten Umfeld von behinderten Studierenden zu sensibilisieren und in Folge dessen Stigmata abzubauen.

7.2.14 Lehrende und Mitarbeitende der Hochschule

Von Lehrenden bzw. Mitarbeitenden der Hochschule, speziell denen des Prüfungsamtes wünschen sich die Studierenden der Studie mehr Verständnis und „Ernstgenommen werden“. Viele halten es für zwingend, Lehrende und Mitarbeitende zu sensibilisieren und über verschiedene Bedürfnisse behinderter und chronisch kranker Studierender zu informieren. (vgl. UNGER U.A. 11.12.2013, S.242-243)

Helfen könnten bereits vielen Studierenden mit Seh- oder Hörbehinderung Skripte, die vollständig und speziell aufbereitet sind, sowie Audio- und/oder Videomitschnitte der Vorlesungen und Seminare, damit diese besser nachbereitet und bei Versäumnis nachgeholt werden können. (vgl. UNGER U.A. 11.12.2013, S.242-153)

7.2.15 Übergang Studium-Beruf

Viele der oben genannten Handlungsfelder gelten auch für den Übergang vom Studium ins Berufsleben. Mehr Informationen zum Umgang mit Behinderungen in Bewerbungen wünschen sich Studierende, die 2011 an der Studie „beeinträchtigt studieren“ teilgenommen haben. „Die Studierenden stellen sich insbesondere die Fragen, wie sich ihre Beeinträchtigungen auf die spätere Berufsausübung auswirken und welche beruflichen Perspektiven sie trotz Beeinträchtigung entwickeln können.“ (UNGER U.A. 11.12.2013, S.226-229). Köbsell und Maskos schlagen für das Ende des Studiums ein Coaching im Bereich Bewerbungsgespräche bezogen auf selbstbewussten Umgang mit der eigenen Behinderung, sowie „Ermutigung zu wissenschaftlicher Karriere, Förderung von Promotionen und Uni- Anstellungen“ durch Lehrende vor. (vgl. 11.12.2013) Genau wie während des Studiums ist die Umwandlung der einkommensabhängigen in eine einkommensunabhängige Assistenzfinanzierung notwendig. Gerade für Menschen mit Assistenzbedarf und akademischem Abschluss ist der Einstieg in eine dem Studium entsprechende Berufskarriere unattraktiv, da das Einkommen durch die Finanzierung einer Assistenzkraft auf das Grundsicherungsniveau gekürzt wird. (vgl. KÖBSELL/MASKOS 11.12.2013)

7.3 Subtile Gewalt gegen Studierende mit Behinderungen an der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg

Manche nannten es „Jammern auf hohem Niveau“, wenn ich ihnen davon erzählte, dass ich an unserer Hochschule nach subtiler Gewalt suchen und diese in meiner Ar-

beit erläutern möchte. In der Tat überkamen mich Zweifel, ob es wirklich der richtige Weg sei, ausgerechnet die Hochschule zu begutachten, an der ich meine Bachelor-Thesis abgeben werde. Immerhin ist sie eine Hochschule, die soweit barrierefrei ist, dass ich überhaupt dort studieren kann. Aber genau das ist der Grund, warum ich es in diesem Kapitel dennoch wagen will, Verbesserungspotential aufzuspüren. Es geht mir nicht darum, zu skandalisieren und zu zeigen, welche schlimmen Zustände an der Evangelischen Hochschule herrschen, denn diese werde ich höchstwahrscheinlich, selbst bei der gründlichsten Recherche, nicht finden. Vielmehr möchte ich die Hochschule bei ihrem kontinuierlichen Verbesserungsprozess, hin zu einer diversitätsorientierten Hochschule unterstützen, denn ich bin überzeugt davon, dass sie auf einem guten Weg in die richtige Richtung ist.

In diesem Unterkapitel erläutere ich Ressourcen und Defizite der Hochschule in Bezug auf subtile Gewalt, bevor ich dann im Kapitel 8.4 meine Ideen und Verbesserungsvorschläge erläutern werde.

7.3.1 Hochschulzulassung und Nachteilsausgleiche

An unserer Hochschule werden die eingehenden Bewerbungen der StudienbewerberInnen nach einem eigenen Punktesystem bewertet und eine Rangliste der Bewerbungen erstellt. Es gibt für verschiedene soziale Kompetenzen, den Notendurchschnitt des Zulassungszeugnisses und berufliche Tätigkeiten Punkte. Auch für Behinderungserfahrung und studienerschwerende chronische Krankheiten gibt es Zusatzpunkte. Diese müssen durch eine Kopie des Schwerbehindertenausweises oder ein ärztliches Attest nachgewiesen werden. Zusatzpunkte bekommen auch jene, die bereits eine Ausbildung abgeschlossen haben. (vgl. EVANGELISCHE HOCHSCHULE LUDWIGSBURG 31.12.2013)

Diese Regelung kann, wie ich finde, einige Nachteile bei Bewerbungen ausgleichen. Besonders positiv ist zu vermerken, dass als Nachweis nicht nur der Schwerbehindertenausweis vorgelegt werden muss, sondern eine studienerschwerende chronische Krankheit auch durch ein ärztliches Attest nachgewiesen werden kann. Somit ist die Gefahr eingedämmt, dass dieser Nachteilsausgleich hauptsächlich nur Körper-, Seh- und/ oder Hörbehinderten zugutekommt. Meiner Meinung nach ist die Punktevergabe gut und übersichtlich auf der Homepage dargestellt, sodass die Transparenz gewährleistet ist. Auch muss bei Studieninteresse nicht explizit nach Nachteilsausgleichen gesucht werden, denn sie sind bei allen anderen Bewerbungsinformationen vermerkt.

Härtefallanträge können bei der Bewerbung ebenfalls gestellt werden. Dieser Härtefallantrag muss mit der Bewerbung eingereicht werden. „Ein Härtefall liegt nur dann vor, wenn bei Ihnen schwerwiegende gesundheitliche, familiäre oder soziale Gründe vorliegen. Krankheit von Angehörigen, finanzielle Probleme, Alleinerziehung eines Kindes oder die Bindung an den Wohnort gelten nicht als ausreichende Begründungen für einen Härtefallantrag.“ (EVANGELISCHE HOCHSCHULE LUDWIGSBURG 31.12.2013) Pro Studiengang gibt es eine bestimmte Anzahl von Plätzen für Härtefälle. Diese werden gesondert durch eine Härtefallkommission belegt. Diese Härtefallregelung für die nationalen Bachelorstudiengänge sehe ich sehr positiv. Allerdings gibt es beim Studiengang Internationale Soziale Arbeit, sowie sämtlichen Masterstudiengängen keine solchen Plätze. Warum es hier keine Härtefallregelungen gibt, wird auf der Homepage der Hochschule nicht weiter erläutert. Eine genaue Erläuterung oder Beispiele, wann ein Härtefallantrag gestellt werden kann, habe ich nicht gefunden. Ich vermute, dies ist deshalb nicht eindeutig beschrieben, da nicht alle „Sonderfälle“ aufgezählt werden können und die Härtefallkommission sich die Option offen halten möchte, BewerberInnen zuzulassen, die sich in einer Lebenssituation befinden, die bislang noch nicht beachtet oder bedacht wurde. Dennoch finde ich, dass die Informationen nicht ausreichend sind. Ich kann mir vorstellen, dass einige BewerberInnen davor zurückschrecken einen Härtefallantrag zu stellen, da allein bereits das Wort „Härtefall“ abschrecken und stigmatisierend wirken kann.

An der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg können für Prüfungen Nachteilsausgleiche beim Prüfungsamt eingereicht werden. Auf der Internetseite des Prüfungsamtes ist dies unter den Hauptaufgabenbereichen des Prüfungsamtes wie folgt vermerkt: „Genehmigung von Nachteilsausgleich bei Vorliegen einer langfristigen Behinderung“. (EVANGELISCHE HOCHSCHULE LUDWIGSBURG 31.12.2013)

Im Gegensatz zum Zulassungsverfahren ist bei der Regelung zu Nachteilsausgleichen bei Prüfungsleistungen die Zielgruppe anders benannt. So werden hier lediglich einige Behinderungen genannt. Chronische Krankheiten sind nicht aufgeführt. In den Studienprüfungsordnungen ist die Behinderung auf „körperliche Behinderung“ beschränkt. Dort steht in §15 Abs.3, dass das Prüfungsamt befugt ist, nach Anhörung der/des Enthinderungsbeauftragten die Prüfungszeit oder Prüfungsform anzupassen. Allerdings muss die alternative Form der ursprünglichen gleichwertig sein. (vgl. EVANGELISCHE HOCHSCHULE LUDWIGSBURG 31.12.2013)

Aus meiner Sicht beinhaltet diese Regelung sowohl positive als auch negative Aspekte. Grundsätzlich sehe ich dies als Maßnahme, um subtile Gewalt zu verringern. Es wird damit versucht, Chancengleichheit herzustellen und erkannt, dass für Studierende mit Beeinträchtigungen besondere bzw. individuelle Bedingungen geschaffen werden müssen. Durch die allgemeine Formulierung des Paragraphen ist eine Offenheit gegenüber den individuellen Beeinträchtigungen der Studierenden gegeben. Gleichzeitig unterstützt diese Allgemeinhaltung die Abhängigkeit von der Haltung und Einstellung der/des Enthinderungsbeauftragten und der Mitarbeitenden des Prüfungsamtes, sowie der medizinischen Gutachten. Die Kombination aus der begrifflichen Beschränkung der Beeinträchtigungen auf „(körperliche) Behinderung“ und der Sozialisation zum „Musterkrüppelchen“ stellt dennoch eine Barriere dar, Nachteilsausgleiche überhaupt zu beantragen. Es erfordert ein besonderes Maß an Selbstbewusstsein, Mut und Entdeckung der eigenen Grenzen, um eigene Rechte erkennen und einfordern zu können.

7.3.2 Dienstleistungen und physische Barrieren

Seit dem Neubau des A-Gebäudes und dem Umbau des C-Gebäudes, ist die Evangelische Hochschule Ludwigsburg wesentlich barrierefreier geworden. Alle Etagen beider Gebäude sind durch Aufzüge erreichbar. Beide Gebäude sind an den Haupteingängen mit automatischen Türöffnern versehen und mit behindertengerechten Toiletten ausgestattet. Auf dem Hauptparkplatz sind drei Behindertenparkplätze angelegt. Auch die Mensa ist durch einen Aufzug erreichbar. Für sehbehinderte Menschen wurden vor und in den Gebäuden Stufenenden kontrastreich markiert. Die Interessengruppe Studium und Assistenz organisierte für die Bibliothek sowohl einen Buchscanner, als auch ein Vorlesegerät. In den Still-/ Erste-Hilfe-Räumen stehen zur Erholung Liegen zur Verfügung. Die Zielsetzung einer diversityorientierten Hochschule trägt zur Verringerung subtiler Gewalt bei.

Trotz aller Bemühungen, physische Barrieren an unserer Hochschule abzubauen bzw. zu vermeiden, gibt es dennoch unzureichende Gegebenheiten.

- Der C-Bau verfügt lediglich über eine behindertengerechte Toilette, die zusätzlich von augenscheinlich nichtbehinderten Menschen stark frequentiert wird. Hinzu kommt, dass dort vermutlich der einzige Wickeltisch im Gebäude angebracht ist. Dieser wird nach Benutzung nicht immer wieder an die Wand hochgeklappt, sodass unter Umständen für RollstuhlfahrerInnen der Transfer auf die Toilette nicht möglich ist.
- Die dezente Wand- und Fassadengestaltung ist für sehbehinderte Menschen hinderlich.

- Die Beleuchtung im C-Bau Foyer ist vermutlich aus Kostengründen meistens gedimmt. Im Gebäude A ist die Flurbeleuchtung oft komplett ausgeschaltet und die Lichtschalter sind nur schwer zu finden. Vielen sehbehinderten Menschen reicht diese Beleuchtung nicht aus.
- In den Hörsälen H1 und H4 haben RollstuhlfahrerInnen aufgrund der festen Bestuhlung keine Möglichkeit an einem Tisch zu sitzen oder sie können nur in der letzten Reihe, die keine feste Bestuhlung hat, an einen Tisch fahren.
- Seit der Erweiterung des Studiengangsangebotes hat sich die Raumsituation in den Seminarräumen wesentlich verschlechtert. Aufgrund einer erhöhten Tischzahl und einer engeren Bestuhlung finden RollstuhlfahrerInnen nur bedingt Platz. Die Raumenge kann bei psychisch behinderten Studierenden ihre Symptomatik verstärken.
- Einige Notausgänge sind für RollstuhlfahrerInnen und bewegungsbeeinträchtigte Menschen teilweise oder komplett unzugänglich.
- Das Untergeschoss des C-Gebäudes ist noch nicht vollständig barrierefrei. Zu den Schließfächern, der Kleinkinderbetreuung und zu einzelnen Dozierendenbüros gelangt man nur über ein paar Stufen.
- Im Gebäude A gibt es noch einige Türen, die nicht barrierefrei zu öffnen sind. Diese befinden sich zu den Fluren der Büros, vor der Studierendenservicetheke, zur Cafeteria, zum Raum der Stille und in das Notfalltreppenhaus.
- Es gibt keine ausgewiesenen Ruheräume. Studierende, welche Ruhe und Liegezeiten benötigen, müssen auf die Sofas im AStA-Raum, auf die Liegen in den Still- und Erste-Hilferäume oder auf die Sitzbänke im Foyer ausweichen. Die beiden Liegen sind nicht höhenverstellbar, für RollstuhlfahrerInnen daher meistens nicht nutzbar. Ruhe finden ist weder im Foyer, im AStA-Raum, noch im „Allzweckraum“ (Erste-Hilfe-Raum des C-Gebäudes) möglich. Der Erste-Hilfe-Raum im C-Bau ist gleichzeitig der Raum für stillende Mütter, Büro und Postfachraum für Lehrbeauftragte und es befindet sich hier ein Kopierer. Allgemein ist hier festzustellen, dass Minderheiten wie stillende Mütter oder Menschen mit Behinderungen und chronischen Krankheiten häufig zusammengefasst und dadurch diskriminiert werden.
- Bei Schnee- oder starkem Laubfall sind die Wege zwischen den beiden Gebäuden nicht immer oder nicht breit genug geräumt, sodass mobilitätseingeschränkte Menschen nur erschwert ihr Ziel erreichen können.
- Raumänderungen, die auf den Bildschirmen in den Foyers angezeigt werden, können von sehbehinderten Studierenden oftmals nicht gelesen werden.

Weitere studienerschwerende Hindernisse für Studierende mit Behinderungen sind auch im Dienstleistungsbereich festzustellen. Inhaltsstoffe der Gerichte in der Mensa werden nicht gekennzeichnet. Laut telefonischer Auskunft der Mensaleitung ist dies nicht möglich, da die Speisen unter anderem mit Fertigprodukten zubereitet werden und somit Spuren von nicht angegebenen Stoffen enthalten können. Menschen mit Lebensmittelallergien und -unverträglichkeiten müssen sich somit andere Verpflegungsmöglichkeiten erschließen.

7.3.3 Orientierung

Im Sommersemester 2011 wurde im Rahmen eines Praxisprojektes ein Audioguide für sehbehinderte und blinde Studierende erstellt. Dieser Wegweiser hat zum Ziel, dieser Studierendengruppe die Orientierung an der Hochschule zu erleichtern. Diese Hör-CD bedarf einer ständigen Aktualisierung, die zurzeit nicht gewährleistet ist. Ergänzende Orientierungshilfen sind mir an der Hochschule nicht bekannt. Schwierig gestaltet sich im Brandfall die Orientierung für alle Studierende. Umso schwieriger ist die Orientierung im Brandfall für Menschen mit Sehbeeinträchtigung. Sowohl das Notfalltreppenhaus im A-Gebäude, als auch die rund angelegte zweite Etage können im Brandfall zum „Irrgarten“ und somit zur tödlichen Falle werden.

7.3.4 Lehre, Prüfungssituationen und Studienorganisation

Die meisten ProfessorInnen und Lehrbeauftragten gehen an der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg auf die Belange behinderter und chronisch kranker Studierender ein. Bedürfnisse behinderter Studierender werden auch von Mitarbeitenden der Hochschule berücksichtigt. Beispielsweise bekommt man jederzeit in der Bibliothek Hilfestellung beim Finden der gewünschten Literatur. Von verschiedenen Betroffenen habe ich berichtet bekommen, dass sie trotz allen Bemühens eine große Unsicherheit bei den Nichtbehinderten ihnen gegenüber spüren.

Im Gegensatz zu den starren Studienregelungen, welche die TeilnehmerInnen der Studie „beeinträchtigt studieren“ häufig bemängelten, kann der Studienverlauf an der Hochschule flexibler gestaltet und entzerrt werden.

7.3.5 Finanzielle Benachteiligung

Grundsätzlich kann die Hochschule die finanzielle Lage der Studierenden mit Behinderungen nicht beeinflussen. Dennoch werden Studierende bei der Beantragung von Fördergeldern, Eingliederungshilfe oder Stipendien unterstützt.

7.3.6 Wohnen und Nahverkehr

Seit dem Wintersemester 2013/14 bietet das Studienwohnheim der Karlshöhe Ludwigsburg barrierefreie Zimmer in Wohngemeinschaften an. Bereits vor diesem Semester setzte sich der Studienwohnheimleiter sehr dafür ein, Menschen mit Behinderungen ein Leben im Wohnheim zu ermöglichen.

Die regelmäßig verkehrenden Linienbusse sind meist mit funktionierenden Rollstuhlrampen, Lautsprecheransage und digitalen Anzeigetafeln der nächsten Bushaltestellen ausgestattet. Alle Studierenden können somit regelmäßig die Innenstadt und den Ludwigsburger Hauptbahnhof erreichen. Dieser Bahnhof ist mit Aufzügen, Lautsprecheransagen und Anzeigetafeln ausgestattet. Schwierigkeiten bereitet mobilitätseingeschränkten Menschen der Einstieg in S-Bahnen, die beispielsweise die Anbindung an Stuttgart gewährleisten. Eine sehr hohe Schwelle und ein relativ großer Spalt zwischen Bahn und Bahnsteig erschweren den Ein- und Ausstieg. Gehbehinderte Menschen können zwar auf ebenfalls regelmäßig verkehrende und mit Rampen versehene Regionalzüge ausweichen, allerdings muss eine Rampennutzung mindestens drei Tage im Voraus angemeldet werden. Spontane „Reisen“, zum Beispiel in die Württembergische Landesbibliothek, sind somit ausgeschlossen.

7.3.7 Information und Beratung

Die vermutlich überwiegend genutzte Informationsquelle zum Thema Studium und Behinderung ist das Internet. Die interne Hochschulplattform Moodle wird von vielen Dozierenden genutzt um Lehrmaterialien ihren Studierenden zukommen zu lassen. Einerseits wirkt sich dies für Studierende mit Sehbehinderung studien erleichternd aus, da ausgeteilte Unterlagen nicht mehr eingescannt werden müssen und somit viel Zeit gespart werden kann. Andererseits ist dieses Forum mit drei bis vier Spalten sehr unübersichtlich, sodass es von Screen Readern teilweise unverständlich vorgelesen wird.

Ein weiterer Informationspool ist die Homepage der Hochschule. Hier können Auskünfte zum Thema Institute, Beratung, Prüfungsleistungen oder zum praktischen Studiensemester abgerufen werden. Für Studierende und Studieninteressierte mit Behinderungen und chronischen Krankheiten sind besonders die Auskünfte zu Nachteilsausgleichen bei Prüfungen und der Bewerbung, Informationen zu speziellen Beratungsangeboten und die Hinweise zur Interessengruppe Studium und Assistenz wichtig. Die Seiten über den EH-Audioguide, das Praxis- und das Prüfungsamt sind relativ leicht zu finden oder direkt auf der Startseite verlinkt. Beratungsangebote, auf die ich unten genauer eingehen werde, sind nur erschwert zu finden. Bei der Durchsicht der

Homepage musste ich gezielt nach den einzelnen Angeboten suchen. Ohne mein „Insiderwissen“, wäre ich nur durch Zufall auf die verschiedenen Beratungsangebote und die Interessengruppe Studium und Assistenz aufmerksam geworden.

Die Mitarbeiterinnen an der Studierendenservicetheke sind bemüht, StudienanfängerInnen bei Bedarf auf die verschiedenen Beratungsangebote bei der Immatrikulation hinzuweisen. Angewiesen sind die MitarbeiterInnen jedoch darauf, dass sie von einer eventuellen Behinderung oder chronischen Krankheit erfahren. BibliotheksnutzerInnen werden bei ihrer Registrierung von den Bibliothekarinnen auf den Audioguide hingewiesen. Das Institut für Antidiskriminierung und Diversityfragen legt an der Studierendenservicetheke Flyer über ihr Beratungsangebot aus.

An unserer Hochschule gibt es unterschiedliche Beratungsangebote. Themenspezifische Beratung erhält man im Prüfungs- und im Praxisamt, sowie beim Studierendenservice. Beratung von Studierenden, Lehrenden und VerwaltungsmitarbeiterInnen mit Diskriminierungserfahrung bietet das Institut für Antidiskriminierung und Diversityfragen an. Bei psychischen Problemen oder Fragen zu Behinderungen kann man sich an die psychologische Beratung für Studentinnen und Studenten und an die/den Entthinderungsbeauftragte(n) wenden.

In der Interessengruppe Studium und Assistenz treffen sich Studierende mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen gemeinsam mit dem derzeitigen Entthinderungsbeauftragten, um sich über aktuelle Fragen, Themen und Herausforderungen bezüglich Studium und Behinderung oder hochschulrelevante Angelegenheiten auszutauschen.

7.4 Veränderungspotential an der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg

Wie ich im letzten Unterkapitel beschrieb, ist die Evangelische Hochschule Ludwigsburg meiner Meinung nach bezüglich „Behindertenfreundlichkeit“ bereits sehr fortschrittlich. Dies ist aber noch lange kein Grund sich auf dem Erreichten auszuruhen und die positive Entwicklung ins Stocken zu bringen. Die Hochschule befindet sich in einem ständigen Wandel. Nach ihrem Abschluss verlassen die meisten Studierenden die Hochschule, Dozierende und Mitarbeitende verabschieden sich in den Ruhestand oder orientieren sich beruflich um. Neue Studierende, Dozierende und Mitarbeitende bringen neue Impulse und Ideen mit. Sehr leicht kann bei so vielen rasanten Neuerungen bereits Bestehendes in Vergessenheit geraten. Daher halte ich es für sehr wichtig,

regelmäßig über die Existenz und die Arbeit der/des Enthinderungsbeauftragten und der Interessengruppe Studium und Assistenz zu informieren und Verbesserungen prozessorientiert zu gestalten.

Damit diese Thesis nicht nur ein theoretisches Gedankenkonstrukt bleibt, sondern auch einen kleinen praktischen Beitrag zur Verringerung von subtiler Gewalt leistet, habe ich einige Ideen gesammelt und in Form einer Checkliste, sowie verschiedenen Projektskizzen zusammengestellt. Dieses Dokument befindet sich im Anhang dieser Arbeit. Geplant habe ich, diese Zusammenstellung den Studierenden der Interessengruppe Studium und Assistenz, sowie Herrn Professor Jerg, dem Enthinderungsbeauftragten, vorzustellen und zu übergeben. Nachdem wir die Vorschläge diskutiert haben, werde ich die Ideensammlung an die Hochschulleitung weiterreichen. Im Folgenden erläutere ich meine Vorschläge mit dem Titel „Enthinderte Hochschule!“.

Nach einer Einführung und einem kurzen Hinweis auf weiterführende Literatur beginne ich meine Ideensammlung mit einer Checkliste. Hier zähle ich auf, was konkret und teilweise einmalig an der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg verbessert werden könnte/muss. Diese Checkliste ist die Konsequenz aus den Erfahrungen zahlreicher Diskussionen der Interessengruppe Studium und Assistenz, den Unzulänglichkeiten rund um die Hochschule, die uns bei der Erstellung des Audioguides aufgefallen sind und der Durchforstung der Studie „beeinträchtigt studieren“, sowie deren Abgleich mit der Situation an der Evangelischen Hochschule. Meine Forderungen, Wünsche und Vorschläge fasse ich zu verschiedenen Gruppen zusammen. Die Beanstandungen, die auch nicht behinderten Studierenden auffallen, finden sich in den Bereichen Gebäude, Wege und Räume, sowie in der Raumausstattung. Unter diesen Rubriken befinden sich beispielsweise Wünsche wie Türen, die automatisch auf und zu gehen und nicht nur automatisch zufallen, weil diese für mobilitätsbeeinträchtigte Menschen eine Barriere sind. Bei Schnee und starkem Laubfall wünschen sie sich geräumte Wege, Ruhe- und Liegemöglichkeiten oder eine bessere Beleuchtung im Foyer und den Fluren. Unter der Überschrift Homepage und PC-Arbeitsplätze befinden sich Vorschläge, wie eine barrierefreier gestaltete Homepage, Moodleplattform und Computerarbeitsplätze mit Vergrößerungssoftware und Screen Reader. Klare Regelungen im Brandfall fordere ich unter anderem unter dem Titel Orientierung. Um die sich eventuell verändernden Bedarfe festzustellen, schlage ich im letzten Abschnitt der Checkliste eine regelmäßig stattfindende Evaluation der Situation der Studierenden mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen an der Evangelischen Hochschule vor. In der gleichen Passage erwähne ich bereits, dass auch die Begleitungs- und Unterstützungsbedarfe von Dozie-

renden und Mitarbeitenden zum Thema „Studium und Behinderung“ erhoben werden müssten.

Der zweite Teil des Dokuments „Enthinderte Hochschule!“ besteht aus sechs verschiedenen Projektskizzen zu Projektideen für unsere Hochschule, deren Hauptziel die Information und Sensibilisierung verschiedener Zielgruppen der Hochschule zum Thema „Studium und Behinderung“ ist. Hinweise und Anregungen für diese Projekte entnahm ich dem Projektbericht der Universität Potsdam, welcher vom Deutschen Studentenwerk 2003 veröffentlicht wurde.

Mit ihrem Projektbericht animiert das Projektteam „Eine Uni für Alle“ der Universität Potsdam Leserinnen und Leser das gleichnamige Projekt auf die eigenen Hochschulen zu übertragen. Ihr Ziel ist es, „Barrieren in den Köpfen“ der Studierenden ihrer Universität abzubauen. Sie haben ein Konzept entwickelt, Tutorinnen und Tutoren für die Einführung der Erstsemester auszubilden. Das Konzept für dieses Modul wird als ein Baustein in die bereits vorhandene TutorInnenausbildung für Erstsemester eingegliedert. Dieses Konzept lässt sich auf die Evangelische Hochschule Ludwigsburg nicht ohne Weiteres übertragen, da es hier keine derartige TutorInnenausbildung gibt, in die ein solches Modul eingebaut werden könnte. Dennoch lassen sich dem Bericht einige wertvolle Tipps entnehmen. So empfehlen die AutorInnen beispielsweise, sich motivierte MitstreiterInnen zu suchen und zu überprüfen, ob es an der Hochschule bereits bestehende Organisationen, Arbeitskreise oder Einrichtungen gibt, die ähnliche Ziele verfolgen oder sich mit dem gleichen Thema beschäftigen. Ein weiterer Hinweis ist, dass geplante Veranstaltungen durch Zeitumfang, Methode und Inhalt genau auf die jeweilige Zielgruppe „mit Mut zur Lücke“ abgestimmt werden sollten, um eine Überforderung der Veranstalter, sowie der Zielgruppe unbedingt zu vermeiden. (vgl. BEIER/BÜRGER 11.12.2013, S.18-21)

Von Dozierenden und Mitarbeitenden der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg wurden vereinzelt Wünsche an die Interessengruppe Studium und Assistenz herangebracht, mehr über Studierende mit Behinderungen und deren Bedürfnisse erfahren zu wollen. Meine Erfahrung durch die Erstellung des Audioguides ist, dass Angehörige der Hochschule generell interessiert sind, ihr großes Arbeitspensum aber nicht viel Zeit für „Nebensächlichkeiten“ wie die Beschäftigung mit Rundmailanfragen oder umfangreichen Informationen zulässt. Daher ist das erste Projekt eine kleine Erhebung, bei der Dozierende und Mitarbeitende selbst entscheiden sollen/dürfen, zu welchen Themen, in welchem Umfang und in welcher Form sie Informationen bekommen möchten. Da

die Grundlage für die auf dieses Projekt aufbauenden Projekte die Erfahrungen der Studierenden mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen sind, bin ich der Meinung, dass bereits diese Befragung von Studierenden der Interessengruppe Studium und Assistenz durchgeführt werden sollte. Die Umfrage ist so angelegt, dass die Befragten einen sehr geringen Zeitaufwand (ca. 2-5 Minuten) dafür benötigen. Da die Unwissenheit über manche erwünschten Inhalte bei manchen Mitarbeitenden und vor allem Dozierenden schambesetzt sein kann, soll dieser Teil anonym durchgeführt werden.

Mir ist bewusst, dass Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen ohnehin bereits einen erhöhten Zeitaufwand aufbringen müssen, um ihren Studienalltag bewältigen zu können. Dennoch bin ich davon überzeugt, dass genau diese Studierenden gefragt sind, um die Projekte erfolgreich durchführen zu können. Daher habe ich den Potsdamer Rat befolgt und versucht, möglichst oft „Unterstützungspersonen“ die mit ihrer Arbeit ähnliche Ziele verfolgen mit einzubeziehen oder Projekte in andere bereits bestehende Veranstaltungen oder Organisationsstrukturen einzugliedern. Kooperationen könnten zum Beispiel mit dem Institut für Antidiskriminierung und Diversityfragen, dem Arbeitskreis Studierende für Vielfalt oder mit Studierenden des dritten und vierten Semesters gemacht werden, die im Rahmen ihres Projektstudiums eine der Projektideen verwirklichen könnten. Hochschulexterne Unterstützer könnten auch die Partner der „Woche des Sehens“ sein.

Die „Woche des Sehens“ ist ein Zusammenschluss von Selbsthilfegruppen, Vereinen und Organisationen, die jährlich eine Aktionswoche zum Thema ´sehen´ ausrichten. Es gibt einen Aktionsleitfaden, in dem viele Aktionsmöglichkeiten zur Sensibilisierung und Information beschrieben sind. Die Materialien können auf der Internetseite www.woche-des-sehens.de kostenlos bestellt werden. Dort gibt es zusätzlich Tipps zur finanziellen Förderung von regionalen Veranstaltungen oder für die Pressearbeit. (vgl. WOCHEN DES SEHENS 29.12.2013) Der Vorteil eines solchen Projektes ist, dass viele Materialien bereits vorgegeben sind. Daher können die Kosten gering gehalten und der Organisationsaufwand je nach Veranstaltungsart variabel gestaltet werden. Es bietet sich an, eine Sensibilisierungs- bzw. Informationsaktion im Rahmen der „Woche des Sehens“ gemeinsam mit der Interessengruppe Studium und Assistenz und dem Arbeitskreis Studierende für Vielfalt zu veranstalten, damit sich die Arbeitsbelastung des Einzelnen verringert. „Der studentische Arbeitskreis hat zwei Schwerpunkte: Zum einen soll Unterschiedlichkeit als Potential und Ressource gesehen werden - an dieser Stelle werden Sensibilisierungskampagnen angeboten, welche den produktiven Umgang mit

Vielfalt fördern. Zum anderen sollen Ausgrenzung und Benachteiligung gezielt verhindert und bekämpft werden.“ (vgl. EVANGELISCHE HOCHSCHULE LUDWIGSBURG 31.12.2013) Eine Aktion während der Woche des Sehens kann sicherlich gut in eine solche Sensibilisierungskampagne mit Unterstützung der Interessengruppe integriert werden.

Eine weitere Sensibilisierung für die Lebenswelt von Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen könnte durch regelmäßige Zusatzseminare/ -workshops des Instituts für Antidiskriminierung und Diversityfragen (IAD) geschehen. Bereits jetzt bietet das IAD Fort- und Weiterbildungsangebote zur Entwicklung interkultureller und diversitybezogener Kompetenzen an. Einen besonderen Anreiz gewinnen diese Veranstaltungen durch das Hochschulzertifikat Diversitätskompetenz in der Sozialen Arbeit, welches nach fünf erfolgreich besuchten zweitägigen Workshops oder Seminaren durch das IAD ausgestellt wird. (vgl. EVANGELISCHE HOCHSCHULE LUDWIGSBURG 31.12.2013) In Kooperation mit der Interessengruppe Studium und Assistenz und/oder der/dem Enthinderungsbeauftragten könnte bestimmt ein Workshop, beispielsweise mit dem Titel „Behinderung in verschiedenen Lebensaltern“ Diversitätskompetenzen Studierender der Evangelischen Hochschule erweitern und für die Belange von (studierenden) Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen sensibilisieren. Das von mir ins Auge gefasste Projekt umfasst die Planung, Durchführung, Evaluation und eventuelle Verbesserung eines solchen Workshops oder Seminars.

Das letzte Projekt, welches aufgrund des Umfangs, der benötigten Kompetenzen und der verschiedenen Blickwinkel eine Kooperation voraussetzt, beinhaltet die Erstellung verschiedener Informationsmaterialien zum Thema beeinträchtigt studieren an der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg. Die Interessengruppe Studium und Assistenz oder die/der Enthinderungsbeauftragte könnte ein derartiges Projektstudium an Studierende aus dem dritten oder vierten Semester „in Auftrag geben“, bzw. begleiten. Visitenkarten mit Kontaktdaten der/des Enthinderungsbeauftragten und aktuellen StudierendenvertreterInnen der Interessengruppe Studium und Assistenz, Informationsflyer über die Arbeit der/des Enthinderungsbeauftragten und der Interessengruppe Studium und Assistenz, Informationsflyer „beeinträchtigt studieren an der EH“, Standard-Power-Point-Präsentation mit allgemeinen Informationen zur Interessengruppe Studium und Assistenz, bereits Erreichtem, aktuellen Zielen und Projekten, Informationsplakate oder Gruppenlogo-Plakat, Imagefilm „beeinträchtigt studieren an der EH“ oder andere Informationsmaterialien sollen entworfen und/oder gedruckt bzw. produziert werden. Umfang, Ziele und Inhalte der einzelnen Informationsmaterialien werden jeweils mit der

Interessengruppe oder der/dem Enthinderungsbeauftragten abgestimmt. Ein solches Grundgerüst an Materialien ermöglicht der Interessengruppe Studium und Assistenz eine schnelle Bereitstellung eines Informationsstandes. Dieser könnte bei Veranstaltungen wie dem Tag der offenen Tür der Hochschule, dem Hochschulfestival „Campus Libertatis“ oder dem Studieninformationstag von Studierenden der Interessengruppe Studium und Assistenz betreut werden und Besucher, Mitarbeitende, Dozierende, Studierende sowie Studieninteressierte über deren Arbeit aufklären.

Die letzten beiden Projekte, die ich hier vorstellen möchte, sind meines Erachtens unverzichtbar, um Unwissenheit der Betroffenen selbst und deren Stigmatisierung, also die subtile Gewalt gegen Studierende mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen an der EH abzubauen. Zum einen muss es selbstverständlich werden, dass sich an den beiden Einführungstagen der Erstsemester sowohl die/der Enthinderungsbeauftragte, als auch die Interessengruppe Studium und Assistenz vorstellen. Dazu könnten in einem Projekt Möglichkeiten erarbeitet werden, wie die „Auftritte“ ohne größeren Aufwand regelmäßig durchgeführt und wie eine regelmäßige Teilnahme an dieser Veranstaltung gewährleistet werden kann. Das Projekt signalisiert den neuen Studierenden, dass sie in ihrer Einzigartigkeit an der Evangelischen Hochschule willkommen sind und informiert sie gleichzeitig unverbindlich über Beratungs- und Informationsangebote der Hochschule zum Thema beeinträchtigt studieren. Sehr wichtig ist es bei diesen „Auftritten“ zu betonen, dass das Angebot nicht nur für Menschen mit sichtbaren Behinderungen, sondern auch für Studierende mit psychischen Beeinträchtigungen, chronischen Erkrankungen oder Teilleistungsstörungen gilt.

Das andere zwingend erforderliche Projekt ist die Gestaltung einer Hochschulpinnwand durch die Interessengruppe Studium und Assistenz. Diese Pinnwand soll für alle Studierende zugänglich sein und über die Existenz, die Arbeit und die Kontaktdaten der/des Enthinderungsbeauftragten informieren. Ich bin davon überzeugt, dass eine solche Pinnwand, die an einer strategisch günstigen Stelle angebracht ist, die Tatsache verringert, dass viele Studierende nichts von der Existenz und Arbeit der Interessengruppe Studium und Assistenz und der/des Enthinderungsbeauftragten wissen. Eine strategisch günstige Stelle wäre beispielsweise im Gebäude C im zweiten Obergeschoss direkt neben dem Aufzug, gegenüber der Pinnwand des International Offices. Diese Pinnwand ist günstig, weil dies der Wartebereich für den Aufzug ist. Außerdem halten sich hier auch oft Studierende auf, die darauf warten, in die Seminarräume gelassen zu werden.

Wahrscheinlich gibt es noch viele weitere Möglichkeiten, als die hier aufgeführten, um subtile Gewalt an der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg abzubauen. Zunächst ist es wichtig, wenige und kleine, dafür aber gute, realisierbare und wirkungsvolle Veränderungen voranzutreiben. Die hier entwickelten Projekte können als Anregung fungieren, dass das Engagement, sich gegen subtile Gewalt einzusetzen, konkret gefördert und initiiert wird. Sie können der Grundstein für weitere Projekte und Initiativen sein. Wie ich bereits eingangs erwähnte, befindet sich die Hochschule in einem ständigen Wandel und Veränderungsprozess. Ist die von mir erstellte Checkliste abgearbeitet und alle Projekte in die Tat umgesetzt, entstehen mit Sicherheit neue innovative Ideen, die zur weiteren Enthinderung der Hochschule beitragen können.

7.5 Fazit und Ausblick

Nachdem ich nun in diesem siebten Kapitel erörtere, welche subtilen Formen von Gewalt gegen Studierende mit Behinderungen aktuell in Deutschland vorherrschen, welche Maßnahmen dagegen hilfreich wären und sich betroffene Studierende wünschen, betrachtete ich die Situation an der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg. Dieses Kapitel zeigt Lösungsansätze auf, wie subtile Gewalt an dieser Hochschule verringert und teilweise vermieden werden kann. Ich schilderte viele Argumente zur Beantwortung meiner Fragestellung am Beispiel der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg. Gewiss gibt meine Aufstellung nur einen Überblick und ist bei Weitem nicht vollständig oder zu aller Zufriedenheit. Es ist nicht auszuschließen, dass es Studierende mit Beeinträchtigungen gibt, die sich nicht oder nicht genügend in dieser Arbeit wiederfinden, oder deren Bedürfnisse ich nicht bedachte. Den Anspruch auf Vollständigkeit hatte ich nicht. Vielmehr war es mir wichtig zu betonen, den Prozess zu sehen und aufzufordern, sich daran zu orientieren und kontinuierlich daran weiterzuarbeiten. Dies hat für die Evangelische Hochschule zur Folge, dass ich die Verantwortung für den Abbau von subtiler Gewalt bei den Angehörigen, also Mitarbeitenden, Dozierenden und Studierenden, sowohl mit, als auch ohne Behinderungen sehe. Allein die Kenntnis der Existenz von subtiler Gewalt verpflichtet Verantwortliche, wie auch Beobachtende zum Handeln. Als Grundlage dafür sehe ich die ständige Einbeziehung beeinträchtigter Studierender in die verschiedenen Handlungsprozesse. Zudem ist ein enormer Forschungsbedarf erkennbar, an dessen Erfüllung sich auch WissenschaftlerInnen der Evangelischen Hochschule beteiligen könnten. Die allgemeine Lebenssituation beeinträchtigter Studierender ist eines der Forschungsbereiche. Speziell kann auch die Lebenssituation behinderter Studierender an der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg untersucht werden. Denkbar sind Fragestellungen nach den Karrierechancen und ob diese von der Zielgruppe ergriffen werden. Bedeutend ist zudem die Frage, wie Infor-

mations- und Beratungsangebote zum Thema Studium und Behinderung verbessert werden können, bzw. wie die Diskrepanz zwischen vorhandenem Beratungsangebot, vorhandenem Beratungsbedarf und dessen Nichtnutzung reduziert werden kann. (vgl. auch KÖBSELL/MASKOS 11.12.2013)

8 Fazit und Reflexion

Am Ende dieser Bachelorthesis lässt sich zusammenfassend sagen, dass es eine Herausforderung bleibt, die Begriffe Gewalt und Behinderung zu definieren. Ich habe mit meiner Arbeit festgestellt, dass das Thema Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen und insbesondere die subtile Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen ein Bereich ist, der von den VertreterInnen der Behindertenbewegung bereits in den 1970er und 1980er Jahren thematisiert wurde und dennoch nicht an Aktualität und Brisanz verloren hat. Durch die Bielefelder Studien gibt es nun erstmalig in Deutschland Datenmaterial zu Gewaltwiderfahrnissen von Frauen und Männern mit Behinderungen. In Kapitel fünf zeigte ich auf, wie auf verschiedenen Ebenen Handlungsmaßnahmen in Angriff genommen werden können und müssen, um subtile Gewalt zu verringern und zu vermeiden. Speziell die Handlungsoptionen der Sozialen Arbeit betrachtete ich im sechsten Kapitel. Einen besonderen Schwerpunkt legte ich mit Kapitel sieben auf die Darstellung und Verringerungsmöglichkeiten von subtiler Gewalt gegen Studierende mit Beeinträchtigungen. Eine Brücke zur Praxis schlug ich mit der Untersuchung der momentanen Situation und der Entwicklungschancen der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg.

Auf den ersten Blick mag die Tatsache paradox erscheinen, dass ich als selbst Betroffene im Rahmen einer wissenschaftlichen Arbeit mein eigenes Umfeld untersuchte. In der Tat sah ich diese mir selbst gestellte Aufgabe als besondere Herausforderung an, fühlte ich doch eine gewisse Ambivalenz zwischen Dankbarkeit, überhaupt das Privileg zu besitzen (an dieser Hochschule) studieren zu dürfen und andererseits die Entmutigung zu spüren, die durch erschwerte Studienbedingungen entstehen. Es war mir ein Anliegen, diese studienerschwerenden Bedingungen subtiler Formen von Gewalt aufzuzeigen, auf die Studierenden mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen treffen. Gleichzeitig wollte ich nicht verbittert oder gar undankbar wirken, da ich keinerlei Groll verspüre, sondern vielmehr an der positiven Entwicklung „meiner“ Hochschule interessiert bin. Sehr erleichternd empfand ich daher die Aussage Siegfried Huhns während seines Vortrags „Gewalt in der Altenhilfe – Grenzüberschreitung – Misshand-

lung – Vernachlässigung“ bei der Fachtagung „Gewalt und Gewaltprävention in sozialen Arbeitsfeldern“ der BruderhausDiakonie in Reutlingen, dass er Gewaltforscher nicht als „Nestbeschmutzer“, sondern als „NestentschmutzerInnen“ sieht. Er brachte damit zum Ausdruck, was ich bereits selbst gefühlt und gedacht habe, aber bisweilen nicht in Worte fassen konnte.

In der Zeit, als ich die verschiedenen Themen für meine Bachelor-Thesis abwägte, sprach ich mit unterschiedlichen Menschen darüber. Als ich darauf zu sprechen kam, dass ich auch schon darüber nachgedacht habe über Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen zu schreiben, war meist die erste Reaktion darauf die Frage, ob ich denn selbst schon Gewalt erfahren hätte. Zunächst verneinte ich dies stets, denn ich war noch nie in einem Kriegsgebiet, noch wurde ich auf offener Straße verprügelt, geschweige denn in irgendeiner Form sexuell belästigt. Mit zunehmendem Interesse an diesem Thema und der Erkenntnis, dass der Gewaltbegriff weiter gefasst werden kann und wird, lautete meine Antwort auf diese Frage: „Das kommt darauf an, wie man Gewalt definiert!“ Inzwischen, nach intensiver Beschäftigung mit dem Thema Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen und seiner verschiedenen Formen und Ausprägungen, bekommen meine GesprächspartnerInnen auf die Frage nach meiner Gewalterfahrung ein eindeutiges „Ja, selbstverständlich!“ als Antwort. Die meisten GesprächspartnerInnen reagieren mit Entsetzen. Dies wandelt sich meist in Verwirrung und teilweise Unverständnis, sobald ich Formen von subtiler Gewalt benenne.

Diese Reaktionen kann ich gut nachvollziehen, war es doch auch für mich ein herausfordernder Prozess zu den hier vorliegenden Ergebnissen zu gelangen. Zum einen, da es im Gegensatz zu direkter Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen, immer noch sehr wenig Literatur zu subtiler Gewalt in diesem Bereich gibt und zum anderen, weil ich mir oftmals selbst eingestehen musste in meinem Alltag mit Gewalt konfrontiert zu sein. Besonders schwierig war dies, da ich mich vor dieser Zeit zwar zweifelsohne zu Menschen mit Behinderungen zählte, jedoch keinesfalls als Gewaltbetroffene. Im Nachhinein betrachtet fällt mir auf, dass sich mein Entwicklungsprozess, ähnlich wie Phasen der Trauer in verschiedene Abschnitte gliedern lässt. Diese sind „nicht so klar abgrenzbar, sondern überschneiden sich.“ (HARTMANN 2012, S.215) Bei der Lektüre verschiedener Quellen und vor allem der beiden Bielefelder Studien befand ich mich zunächst in einer Art Schockzustand. Ich wollte derartige Gewalttaten nicht wahr haben, war fassungslos und fühlte mich teilweise wie gelähmt. Wut und Ärger verspürte ich einerseits über entsetzliche Grausamkeiten, welche Menschen mit Behinderungen berichteten und andererseits darüber, dass sich VertreterInnen der Behindertenbewe-

gung bereits vor ungefähr vierzig Jahren für gleiche Veränderungen einsetzten, die heutzutage immer noch gefordert werden, um subtile Gewalt abzubauen. Dieser Zustand ging über in tiefe Traurigkeit und einer intensiven Auseinandersetzung mit dem Thema Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen. In dieser Zeit schwankte ich sehr zwischen der Meinung, dass bei all den Grausamkeiten, über die ich gelesen hatte, es eine Anmaßung sei, subtile Gewalt überhaupt als Gewalt zu definieren und dem Standpunkt, dass subtile Formen von Gewalt so offensichtlich sind, sodass allen Menschen diese Gewalt bewusst sein sollte. Hinzu kam die Ernüchterung darüber, dass ich zwar zur Selbstständigkeit erzogen wurde, aber dennoch ein „Musterkrüppelchen“ bin. Die Wende in diesem Prozess wurde durch meine Teilnahme an der Fachtagung „Gewalt und Gewaltprävention in sozialen Arbeitsfeldern“ der Bruderhausdiakonie in Reutlingen ausgelöst. Diese Tagung eröffnete mir die Perspektive von Möglichkeiten Gewalt entgegenzuwirken. Danach war ich in der Lage, wieder Distanz zu diesem Thema zu gewinnen und meinen Blick auf die Zukunft, Veränderungsmöglichkeiten, Lösungsansätze und konkrete Maßnahmen zu lenken.

Besonders viel Freude bereitete mir die kreative Arbeit an den Überlegungen zur Checkliste und den Projekten, die ich für die Evangelische Hochschule vorgesehen habe. Dadurch wurden meine vorangegangenen Gedanken konkretisiert.

Zusammenfassend lässt sich schreiben, dass es einen großen Bedarf gibt, subtile Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen zu verringern und zu vermeiden. Dabei sind Menschen in verschiedenen Positionen und Situationen gefragt kontinuierlich Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen, damit das Recht auf selbstbestimmte Teilhabe gewährleistet ist. Neben notwendigen strukturellen Veränderungen muss es ein vorrangiges Ziel sein, verschiedene Personengruppen für das Thema (subtile) Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen zu sensibilisieren. Dazu gehört insbesondere die Sensibilisierung und Aufklärung von Menschen, die in sozialen Bereichen tätig sind oder sein werden.

Literatur

BEIER, Christof/BÜRGER, Irma: Eine Uni für alle... Studium und Behinderung. Chancengleichheit für Studierende mit Behinderung an Hochschulen.

<http://www.studentenwerke.de/pdf/Tutorenprogramm.pdf>. 11.12.2013.

BOTSCHAFT DES STAATES ISRAEL IN BERLIN: Studieren mit Down-Syndrom.

<http://www.botschaftisrael.de/2013/01/21/studieren-mit-down-syndrom/>. 13.01.2014.

BRUDERHAUSDIAKONIE: Rahmenkonzept Gewaltprävention. Grundsätze und Hilfen zum Umgang mit Gewaltereignissen und Freiheitseinschränkenden Maßnahmen in den Einrichtungen und Diensten der BruderhausDiakonie. Reutlingen 2012.

BUNDESMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALES: Teilhabebericht der Bundesregierung über die Lebenslagen von Menschen mit Beeinträchtigungen. Teilhabe – Beeinträchtigung – Behinderung. http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Meldungen/2013-07-31-teilhabebericht.pdf?__blob=publicationFile. 08.01.2014.

CLOERKES, Günther: Soziologie der Behinderten. Eine Einführung. Heidelberg 1997.

DEUTSCHER BERUFSVERBAND FÜR SOZIALE ARBEIT (DBSH) E.V.: Profession - „Gerechtigkeit, Verantwortung und Sicherheit - Soziale Arbeit positioniert sich“. Professionspolitik ist Gesellschaftspolitik. <http://www.dbsh.de/beruf.html>. 24.12.2013.

DEUTSCHES STUDENTENWERK/INFORMATIONEN UND BERATUNGSSTELLE STUDIUM UND BEHINDERUNG: Online-Bibliothek.

<http://www.studentenwerke.de/main/default.asp?id=06601>. 26.12.2013.

DEUTSCHES STUDENTENWERK/INFORMATIONEN UND BERATUNGSSTELLE STUDIUM UND BEHINDERUNG: Studium und Behinderung. Informationen für Studieninteressierte und Studierende mit Behinderungen und chronischen Krankheiten.

http://www.studentenwerke.de/pdf/Handbuch_Studium_und_Behinderung_7_Auflage.pdf. 26.12.2013.

DÖRNER, Klaus: Institutionelle Gewalt. Probleme stationärer Unterbringung. In: COLLMAR, Norbert/NOLLER, Annette (Hrsg.): Menschenwürde und Gewalt. Friedenspädagogik und Gewaltprävention in Sozialer Arbeit, Diakonie und Religionspädagogik. (, Bd. 3). Stuttgart 2006, S. 147–160.

DUDEN.DE: Gewalt. <http://www.duden.de/rechtschreibung/Gewalt>. 22.11.2013.

EIERMANN, Nicole/HÄUßLER-SCZEPAN, Monika/HELFFERICH, Cornelia (Hrsg.): Live, Leben und Interessen vertreten - Frauen mit Behinderung. Lebenssituation, Bedarfslagen

und Interessenvertretung von Frauen mit Körper- und Sinnesbehinderungen. (, Bd. 183). Stuttgart [u.a.] 2000.

EVANGELISCHE HOCHSCHULE LUDWIGSBURG: Arbeitskreis Studierende für Vielfalt - LogIN. <http://www.eh-ludwigsburg.de/institute/institut-fuer-antidiskriminierungs-und-diversityfragen-iad/unsere-angebote/arbeitskreis-studierende-fuer-vielfalt.html>. 31.12.2013.

EVANGELISCHE HOCHSCHULE LUDWIGSBURG: Auftrag des Enthinderungsbeauftragten. <http://www.eh-ludwigsburg.de/hochschule/organisation/enthinderungsbeauftragter.html>. 31.12.2013.

EVANGELISCHE HOCHSCHULE LUDWIGSBURG: Campus-Audioguide für Evangelische Hochschule Ludwigsburg. <http://www.eh-ludwigsburg.de/studium/bibliothek/audioguide.html>. 31.12.2013.

EVANGELISCHE HOCHSCHULE LUDWIGSBURG: Das Auswahlverfahren für Bachelorstudiengänge. <http://www.eh-ludwigsburg.de/studium/bewerbung/auswahlverfahren/bachelorstudiengaenge.html>. 31.12.2013.

EVANGELISCHE HOCHSCHULE LUDWIGSBURG: Das Prüfungsamt. <http://www.eh-ludwigsburg.de/studium/pruefungsamt.html>. 31.12.2013.

EVANGELISCHE HOCHSCHULE LUDWIGSBURG: Häufig gestellte Fragen zur Bewerbung (FAQ). <http://www.eh-ludwigsburg.de/studium/bewerbung/faq-zur-bewerbung.html>. 31.12.2013.

EVANGELISCHE HOCHSCHULE LUDWIGSBURG: Institut für Antidiskriminierung und Diversityfragen (IAD). Unsere Angebote für hochschulinterne Nutzerinnen und Nutzer. <http://www.eh-ludwigsburg.de/institute/institut-fuer-antidiskriminierungs-und-diversityfragen-iad/unsere-angebote/fuer-hochschulinterne-nutzerinnen-und-nutzer.html>. 31.12.2013.

EVANGELISCHE HOCHSCHULE LUDWIGSBURG: Institut für Antidiskriminierung und Diversityfragen (IAD). Unsere Angebote. <http://www.eh-ludwigsburg.de/institute/institut-fuer-antidiskriminierungs-und-diversityfragen-iad/unsere-angebote.html>. 31.12.2013.

EVANGELISCHE HOCHSCHULE LUDWIGSBURG: Psychologische Beratung für Studentinnen und Studenten. <http://www.eh-ludwigsburg.de/studium/rat-und-hilfe/beratung.html>. 31.12.2013.

EVANGELISCHE HOCHSCHULE LUDWIGSBURG: Startseite. <http://eh-ludwigsburg.de/homepage.html>. 31.12.2013.

EVANGELISCHE HOCHSCHULE LUDWIGSBURG: Studien- und Prüfungsordnung für die Bachelor-Studiengänge Soziale Arbeit, Religionspädagogik und Diakoniewissenschaft der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg. <http://www.eh-ludwigsburg.de/fileadmin/content/Studium/Pruefungsamt/>

StuPos/Bachelor_Soziale_Arbeit_

Religionspaedagogik_Diakoniewissenschaft_bei_Studienbeginn_

vor_SoSe_2013__auslaufend_.pdf. 31.12.2013.

FATH, Markus: Gewalt und Gewaltlosigkeit. Entwicklung eines Theorie-Modells. (Bd. 16). Berlin, Münster, Hamburg 2011.

GALTUNG, Johan: Es gibt Alternativen! Vier Wege zu Frieden und Sicherheit. Opladen 1984.

GOFFMAN, Erving: Stigma. Über Techniken d. Bewältigung beschädigter Identität. (, Bd. 140). 2. Aufl. Frankfurt (am Main) 1977.

GOFFMAN, Erving: Asyl. Über d. soziale Situation psychiatr. Patienten u. anderer Insassen. Nachdr. Frankfurt (am Main) 2008.

HARTMANN, Hans-Peter/BEUTEL, Manfred/MILCH, Wolfgang E.: Verlust und Trauer. In: UEXKÜLL, Thure v. et al. (Hrsg.): Psychosomatische Medizin. Theoretische Modelle und klinische Praxis. 7., komplett überarb. Aufl. München 2012, S. 212–222.

HELFFERICH, Cornelia Prof. Dr./KAVEMANN, Barbara Prof. Dr.: Lebenssituation und Belastungen von Frauen mit Behinderungen und Beeinträchtigungen in Deutschland. Qualitative Studie. Endbericht.

<http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Lebenssituation-und-Belastungen-von-Frauen-mit-Behinderungen-Langfassung-Qualitative-Studie,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>. 22.11.2013.

IMBUSCH, Peter: Der Gewaltbegriff. In: HAGAN, John/HEITMEYER, Wilhelm (Hrsg.): Internationales Handbuch der Gewaltforschung. 1. Aufl. Wiesbaden 2002, S. 26–57.

INTERESSENVERTRETUNG SELBSTBESTIMMT LEBEN IN DEUTSCHLAND (ISL) E.V. <http://www.isl-ev.de/>. 06.01.2014.

JUNGNITZ, Ludger u.a.: Gewalt gegen Männer. Personale Gewaltwiderfahrnisse von Männern in Deutschland. Ergebnisse der Pilotstudie.

http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/M_C3_A4nnerstudie-Kurzfassung-Gewalt,property=pdf.pdf. 22.11.2013.

JUNGNITZ, Ludger u.a.: Lebenssituation und Belastung von Männern mit Behinderungen und Beeinträchtigungen in Deutschland -Haushaltsbefragung. Abschlussbericht. [http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-](http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/Forschungsberichte/fb435.pdf?__blob=publicationFile)

[Publikationen/Forschungsberichte/fb435.pdf?__blob=publicationFile](http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/Forschungsberichte/fb435.pdf?__blob=publicationFile). 22.11.2013.

KAPELLA, Olaf u.a.: Gewalt in der Familie und im nahen sozialen Umfeld. Österreichische Prävalenzstudie zur Gewalt an Frauen und Männern.

http://www.bmwfj.gv.at/Familie/Gewalt/Documents/Gewaltpraevalenz_final.pdf.

22.11.2013.

KLEE, Ernst: Behinderten-Report II. Wir lassen uns nicht abschieben. Bewusstwerden und Befreiung der Behinderten. (1747 : Informationen zurzeit). Orig.-Ausg. Frankfurt am Main 1976.

KÖBSELL, Swantje: „Besondere Körper“ – Zum Diskurs der Behindertenbewegung und der Disability Studies zu Geschlecht und Körper. Vortrag im Rahmen der Ringvorlesung „Behinderung ohne Behinderte!? Perspektiven der Disability Studies“, 21.05.2012, Universität Hamburg. http://www.zedis.uni-hamburg.de/www.zedis.uni-hamburg.de/wp-content/uploads/koebshell_21052012.pdf. 11.12.2013.

KÖBSELL, Swantje/MASKOS, Rebecca: Behinderte Frauen im Kontext lebenslangen Lernens. Vortrag im Rahmen der ZeDiS-Tagung „Uni-Vision 2020 – Chancengleichheit ist barrierefrei!“, Universität Hamburg, 03. und 04.12.2010. http://www.zedis.uni-hamburg.de/www.zedis.uni-hamburg.de/wp-content/uploads/maskos_koebshell_univision.pdf. 11.12.2013.

METZLER, Heidrun: Behinderung. In: OTTO, Hans-Uwe/THIERSCH, Hans (Hrsg.): Handbuch Soziale Arbeit. 4.Aufl. München 2011, S. 101–108.

MILES-PAUL, Ottmar: Behinderte Schaufensterpuppen an Züricher Bahnhofstraße. <http://www.kobinet-nachrichten.org/de/1/nachrichten/28364/>. 05.01.2014.

PAINKE, Uwe: Definitionen der Gewalt. Interdisziplinäre Zugänge zum Gewaltbegriff und Analyse seiner gesellschaftlichen Funktion. In: COLLMAR, Norbert/NOLLER, Annette (Hrsg.): Menschenwürde und Gewalt. Friedenspädagogik und Gewaltprävention in Sozialer Arbeit, Diakonie und Religionspädagogik. (, Bd. 3). Stuttgart 2006, S. 88–102.

ROMMELSPACHER, Birgit: Wie wirkt Diskriminierung? Am Beispiel der Behindertenfeindlichkeit. Vortrag auf der Tagung Ethik und Behinderung – Theorie und Praxis Institut Mensch, Ethik und Wissenschaft 12. 5. 2006 Katholischen Akademie zu Berlin. http://www.birgit-rommelspacher.de/wie_wirkt_diskriminierung.pdf. 19.11.2013.

SCHABBERGER, Margit/BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT BEHINDERUNG UND STUDIUM E.V.: Situation behinderter Studierender. <http://www.behinderung-und->

studium.de/dokumentationen/behinderung/situation-behinderter-studierender.
11.12.2013.

SCHOLL, Armin: Die Befragung. Sozialwissenschaftliche Methode und kommunikationswissenschaftliche Anwendung. (, Bd. 2413). Konstanz 2003.

SCHRÖTTLE, Monika Dr. u.a.: Lebenssituation und Belastungen von Frauen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen in Deutschland. Kurzfassung. 2. Auflage. Frankfurt am Main 2013.

STAATLICHE KOORDINIERUNGSSTELLE NACH ART. 33 UN-BRK: Frauen und Mädchen mit Behinderung besser vor Gewalt schützen. Positionspapier der Staatlichen Koordinierungsstelle nach Art. 33 UN-BRK (Fachausschuss Freiheits- und Schutzrechte, Frauen, Partnerschaft, Bioethik) Partnerschaft, Bioethik).

<http://www.weibernetz.de/PositionspapierGewalt.pdf>. 11.12.2013.

UNGER, Martin u.a.: beeinträchtigt studieren – Datenerhebung zur Situation Studierender mit Behinderung und chronischer Krankheit im Bachelor-/Master-Studiensystem 2011.

http://www.studentenwerke.de/pdf/beeintraehtigt_studieren_datenerhebung_01062012.pdf. 11.12.2013.

WACKER, Elisabeth: Behindertenpolitik, Behindertenarbeit. In: OTTO, Hans-Uwe/THIERSCH, Hans (Hrsg.): Handbuch Soziale Arbeit. 4. Aufl. München 2011, S. 87–100.

WEIBERNETZ E.V.: Checkliste für frauenspezifische Aspekte in landesweiten oder kommunalen Aktionsplänen zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention. Arbeitshilfe für Interessenvertreterinnen in den Ländern und Kommunen.

http://www.weibernetz.de/download/Checkliste_BRK_Frauen.pdf. 11.12.2013.

WEIBERNETZ E.V.: Checkliste zum Erstellen eines Leitfadens zum Umgang mit (sexualisierter) Gewalt. für Einrichtungen der Behindertenhilfe sowie bei ambulanten und teilstationären Diensten und Einrichtungen.

http://www.weibernetz.de/checkliste_Leitfaden_Gewaltschutz.pdf. 11.12.2013.

WEIBERNETZ E.V.: Das Projekt Frauen-Beauftragte in Einrichtungen.

<http://www.weibernetz.de/frauenbeauftragte/index.html>. 03.01.2014.

WEIBERNETZ E.V.: Schutz vor Gewalt gegen Frauen mit Behinderung im Koalitionsvertrag verorten. http://weibernetz.de/Schutz_vor_Gewalt_Koalitionsvertrag.pdf.

03.01.2014.

WEIBERNETZ E.V.: Stellungnahme der Politischen Interessenvertretung behinderter Frauen im Weibernetz e.V. zum Entwurf des 4. Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung (Stand: 21.11.2012).

http://weibernetz.de/Stlgn_Weibernetz_Armuts_Reichtumsbericht.pdf. 03.01.2014.

WEIBERNETZ E.V.: Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2013.

<http://weibernetz.de/wahlpruefsteine.html>. 03.01.2014.

WELTGESUNDHEITSORGANISATION: Weltbericht Gewalt und Gesundheit. Zusammenfassung.

http://www.who.int/violence_injury_prevention/violence/world_report/en/summary_ge.pdf. 14.01.2014.

WOCHE DES SEHENS: Willkommen bei der Woche des Sehens! <http://www.woche-des-sehens.de/>. 29.12.2013.

Anlagen

Forum Gewaltprävention in der Behindertenhilfe

Zusammenfassung einiger Beiträge beim Forum der Fachtagung Gewalt und Gewaltprävention in sozialen Arbeitsfeldern

Bruderhausdiakonie, 18.10.2013

Moderation: Dr. Monika Schröttle

Erster Teil:

Diskussion über Erfolge/Chancen in der Gewaltprävention sowie noch bestehende Schwierigkeiten/Herausforderungen

Vorbereitend zur Diskussion 4 Impulse durch die Moderatorin, wie Gewaltprävention gelingen kann:

1. Unterstützung durch die Leitung und nachhaltige Mitarbeiterschulung als Grundvoraussetzung
2. Einbeziehung von Betroffenen
3. Beurteilung von Arbeitsprozessen dahingehend, ob die Bedingungen der Behindertenrechtskonvention eingehalten werden
4. Einbeziehung von Externen als wichtiger Teil der Kooperation und Unterstützung zur Vermeidung von Gewalt

Diskussion zu 4. Einbeziehung von Externen in der Arbeit mit Menschen mit geistiger Behinderung

Grundstimmung:

- In der Einrichtung muss eine gewisse Selbstverständlichkeit da sein, überhaupt über Themen wie Gewalt und Sexualität reden zu können
- Menschen mit Behinderungen müssen eine Wahlmöglichkeit haben, ob sie sich intern oder extern beraten lassen
- Diese Entscheidung ist personenabhängig und kann daher nicht reglementiert werden

Probleme:

- Externe Angebote als Schwierigkeit aufgrund des mangelnden Vertrauensverhältnisses zwischen beratender und zu beratender Person
- Externe Beratungsstellen sind in den meisten Fällen nicht barrierefrei

- Es existieren zu wenige Beratungsstellen, die für die Beratung von Menschen mit Behinderungen qualifiziert sind (Beispiel: 3 Psychotherapeuten in Baden-Württemberg, die offiziell mit Menschen mit geistiger Behinderungen arbeiten)
- Es existieren immer noch Bestrebungen der Einrichtungen, alles intern regeln zu wollen

Moderatorin:

Eine Risikofaktorenanalyse hat ergeben, dass strukturelle Rahmenbedingungen einen gewissen Einfluss haben. Der stärkste Einfluss in Bezug auf Gewaltprävention ist jedoch eine Art Vorstufe, Faktoren des direkten Umgangs mit den Menschen, Werte wie Respekt und auf Wünsche einzugehen. Eine gewisse Kultur im Umgang miteinander ersetzt einen Großteil der Gewaltprävention.

Erfahrungen der Teilnehmer:

- Kurs zu Deeskalation als geschätzte Methode
- Gesprächskreis 1x/Monat in einer Werkstatt mit psychisch kranken Menschen, Versuch, zu institutionalisieren, was an Potential schon vorhanden ist
- Pflichtveranstaltung zu gewaltfreier Kommunikation als hilfreiches Instrument für einen Grundschatz an hilfreichen Vokabeln und Formulierungen
- Gewalt entsteht aus der oftmals vorhandenen Diskrepanz zwischen emotionaler Entwicklungsstufe und körperlicher Präsenz des zu betreuenden Menschen
- Nähe-Distanz-Regulierung als besondere Herausforderung; den speziellen Bedürfnissen nach Bindung soll nachgegeben werden, ohne subtil abhängig zu machen
- Menschen mit geistiger Behinderung, die auf dem geistigen Stand eines 3-jährigen Kindes sind, können nicht inkludiert werden, weil sie einen besonderen Schutzes bedürfen und selbst keine Entscheidungen treffen können

Zweiter Teil:

Weiterführende Konzepte, an welcher Stelle sollte genau angesetzt werden?

- Diskussion auf politischer Ebene über Finanzierbarkeit
- Inklusion sollte nicht als Zwang und Allheilmittel angesehen werden; genaue Einzelfalldifferenzierung, was für die jeweilige Person das Beste wäre, wie sie sich wohl fühlt und wo sie leben will und kann
- Wegkommen vom Totschlagargument, dass immer Menschen existieren, die durch das Raster fallen, den Blick darauf richten, generell Möglichkeiten zu eröffnen

Schlussworte der Moderatorin:

Es ist wichtig, die Selbstvertretungsstrukturen der Menschen mit Behinderungen in den Einrichtungen zu stärken und zu verbessern, damit Gewalt weniger entsteht. Es gilt, wachsam zu sein, damit sich die politische Diskussion nicht ins komplette Gegenteil verkehrt.

Es geht am Ende nur darum, Möglichkeiten zu finden, zusammen zu leben.

Anhörung im Landtag von Baden-Württemberg

Zusammenfassung „Sexuelle Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen- vorbeugen, wahrnehmen, Opfer schützen und begleiten“ Anhörung der Fraktionen Grüne und SPD im Landtag von Baden-Württemberg

26.11.2013

Einleitende Worte: Sabine Wölfle, MdL Hintergrund der Anhörung:

Antrag aus 2012 zum Thema "Mehr Schutz von Frauen mit Behinderung vor sexueller Gewalt"

Frauen mit Behinderungen sind laut UN doppelt so oft von Gewalt bedroht als andere Frauen. Menschen mit Behinderungen sind in Einrichtungen nicht automatisch vor Gewalt geschützt. Besonders betroffen sind gehörlose Frauen, Frauen mit psychischen Erkrankungen, blinde Frauen und Frauen mit Mehrfachbehinderungen.

Grundlegende Fragestellungen:

- Wie kann Inklusion in allen Bereichen der Gesellschaft gelingen?
- Wie kann mehr Sensibilisierung aller Betroffenen erreicht werden?
- Wie kann Prävention, vor allem in frühkindlichen Einrichtungen und Schulen, geschaffen werden?
- Wie kann das Selbstvertrauen der Betroffenen gestärkt werden und Selbstbestimmung erlernt und erlebt werden?

Impulsreferat, Dr. Julia Zinsmeister, FH Köln Grundlage des Vortrags sind die Bielefelder Studien zum Thema Gewalterfahrungen von Frauen mit Behinderungen

Vorausgehende Fragen:

- Was sind die Konsequenzen aus der Studie?
- Was sind Handlungsmöglichkeiten für Baden-Württemberg?

Im Rahmen der Studie wurden 800 Frauen in Haushalten und 420 Frauen in Einrichtungen befragt mit besonderem Merkmal auf Frauen mit starker Sehbehinderung, Mehrfachbehinderung, gehörlose Frauen. Hier einige Schlüsse, die aus der Studie gezogen werden können.

- Hohes Ausmaß an struktureller und personeller Diskriminierung
- Schilderungen von erheblichen psychischen Belastungen und multiplen gesundheitlichen Beeinträchtigungen
- Gewalt beginnt meist schon in Kindheit und Jugend
- Die hohe Betroffenheitsrate zieht sich im Erwachsenenleben durch
- Schwierigkeit: Frauen mit geistiger Behinderung konnten sexuelle Gewalt nicht immer für sich definieren und erkennen, ob sie sexuelle Erfahrungen gemacht haben oder sogar sexualisierter Gewalt ausgesetzt waren
- Die TäterInnen kommen überwiegend aus dem sozialen Nahraum, sind häufiger BewohnerInnen und WerkstattkollegInnen als das Personal der Einrichtungen
- Jede 4.-5. Frau in Pflegesituationen fühlt sich im Kontakt mit Pflegepersonal nicht sicher. Die Hälfte bis jede 3. Frau fühlt sich im Kontakt mit MitbewohnerInnen nicht sicher
- Erleben von Diskriminierung durch Institutionen, MitarbeiterInnen von Ämtern, Bevormundung, Belästigung, Benachteiligung

Empfehlungen für Baden-Württemberg

- Bestehende Maßnahmen müssen für Frauen und Mädchen mit Behinderungen geöffnet werden
- Abbau von Zugangsbarrieren, Förderung von Peer-Counseling
- Weiterqualifizierung psychosozialer Dienste, Verwaltung, Polizei und Justiz
- Abbau von Sonderinstitutionen
- Umsetzung des Rechts auf Pflegekräfte des eigenen Geschlechts
- Möglichkeit zu geschlechtshomogenen Wohngruppen
- Schaffung eines in- und externen Beschwerdemanagements
- Mehr Bildung und Partizipationsmöglichkeiten für die Nutzerinnen von Einrichtungen, Kontrolle der Einrichtungen durch die Einrichtungsaufsicht
- Einhalten der Vorgaben der Prüflaufpläne des KVJS
- Frage, ob es nicht besser sei, in Einrichtungen Dauervideoüberwachung einzuführen, um sexualisierte Gewalt zu verhindern

Vortrag Britta Schade, ZsL Stuttgart

Vorausgehende Frage:

Inwieweit passt die Studie zu Ihren eigenen Erfahrungen?

"Dies ist kein Thema, das Fachleute für uns Menschen mit Behinderungen, die so genannten Opfer, lösen sollen, sondern das gemeinsam angegangen werden muss." "Es

ist das Außen, der Kampf um die gleichberechtigte Teilhabe, das mir immer wieder zeigt, du bist anders, du bist behindert." "Ich wünsche mir, dass alle Menschen in ihrer eigenen vollkommenen Unvollkommenheit wahrgenommen und geachtet werden und selbstbestimmt mit der dazu notwendigen Unterstützung leben können. Dass die Gebrechlichkeit als ein Ausdruck der Schönheit und des Seins wahrgenommen wird und die Vielfalt des menschlichen Seins anerkannt wird. Ich wünsche mir, dass Politik gemacht wird, in der Menschen mit Behinderungen mitgestalten und mitbestimmen."

Vortrag Dr. Marion Janke, Pro Familia Stuttgart

Vorausgehende Frage:

Welche Erfahrungen haben Sie mit Betroffenen, Angehörigen oder Einrichtungen gemacht?

"Sexuelle und reproduktive Rechte sind Menschenrechte, das Leitbild der Pro Familia heißt, wir setzen uns ein für selbstbestimmte Sexualität. Und natürlich tun wir das für alle Menschen... Es gibt keine Sondersexualität. Aber natürlich leben Menschen mit Behinderungen ihre Sexualität unter ganz besonderen Bedingungen."

Pro Familia beschäftigt sich seit 15 Jahren intensiv mit dem Thema Sexualität und Behinderung.

Unterschiede in der Beratung von damals zu heute

Früher:

Zu Beginn gab es ausschließlich Krisenintervention bei ungewollten Schwangerschaften, bei so genanntem sexuell auffälligem Verhalten oder vorhandenem Kinderwunsch einer Frau mit Behinderung und sexuellen Übergriffen/Gewalt.

In der Regel war die Beratung nicht freiwillig. Der Beratungsauftrag kam von Dritten.

Heute.

Es hat sich viel geändert, es gibt jedoch immer noch Tabus und Aufklärungsbedarf.

Sehr präsent ist die Frage nach Verhütung. Es wird immer noch „überverhütet“

Kinderwunsch ist ein großes Thema, Begleitung von Frauen mit Behinderung durch die Schwangerschaft

Erkenntnis aus 15 Jahren Fachberatung:

"Damals vor 15 Jahren dachten wir, eine barrierefreie Beratungsstelle, unsere Professionalität in der Beratung und ein inklusives Selbstverständnis genügen, um auch Menschen mit Behinderungen dabei zu unterstützen, ihre Wünsche und Bedürfnisse und ihre Sexualität selbstbestimmt und natürlich auch sicher zu leben. Heute haben wir viel Erfahrung in dem Bereich und wir wissen: Dazu braucht es mehr! Vor allem

braucht es Barrierefreiheit nicht nur in der Stelle sondern auch in den Köpfen und Herzen und es braucht vor allem Ressourcen, zeitliche, personelle und finanzielle."

Was wird benötigt?

- Hilfeftelefone
- Fachberatungsstellen
- Therapieplätze für Menschen mit Behinderungen
- Supervision in Einrichtungen
- Täterarbeit als Präventionsansatz
- Aufklärung und Prävention soll so früh wie möglich einsetzen
- Beratung von Eltern und Betreuern, sie spielen eine maßgebliche Rolle, wenn es darum geht, Freiräume zu schaffen

Vortrag von Dipl.-Sozialarbeiterin Katharina Binder, Projekt LISA, Stuttgart

Vorausgehende Fragen:

- Was war der Anlass für das Frauenberatungs- und Therapiezentrum, das Projekt LISA zu initiieren?
- Was ist aus Ihrer Sicht im Bereich Prävention von sexualisierter Gewalt gegen Frauen, Kinder und Jugendliche mit Behinderung schwierig?

Es fiel auf, dass Frauen mit Behinderungen den Weg in die Beratungsstellen nicht fanden

Das Projekt LISA ist 2013 ausgelaufen

"Die Beratung von Menschen mit Behinderungen in sexuellen Fragen gibt es nicht zum Nulltarif. Es bedarf zusätzlicher personeller Ressourcen, um den besonderen Bedürfnissen gerecht werden zu können. Es ist landesweit notwendig, dass es mehr Kapazitäten in den Fachberatungsstellen gibt."

Wünsche:

- Mitfinanzierung beim Abbau von Barrieren in Beratungsstellen
- Es muss Lösungen für TäterInnen geben, wenn im Mitbewohnerbereich Übergriffe stattgefunden haben, ein Ort, an dem die/der TäterIn leben kann
- mehr barrierefreie Frauenhäuser für unbürokratische Lösungen

Diskussion mit allen Zuhörenden

- Wunsch nach rascher Bereitstellung von TherapeutInnen, die Frauen mit Behinderungen nach Gewalterfahrung begleiten können
- Noch gibt es keine Ausbildung für Menschen, die diese Lücke schließen wollen

- Wunsch nach landesweitem Plan
- Jede Behörde, jede Klinik usw. sollte vorlegen müssen, was getan wird, um die MitarbeiterInnen themabezogen zu schulen
- Wunsch nach mehr Lern- und Infomaterialien in leichter Sprache zum Thema sexualisierte Gewalt für Frauen mit Lernschwierigkeiten
- Wunsch nach erleichtertem Zugang zu Informationen, Menschen mit Behinderungen, die in Heimen leben, sollten Zugang zu Internet und Computer haben
- Wunsch nach Aufnahme von Frauen in Heimen in den Aktionsplan gegen Gewalt des Sozialministeriums

Abschlussrunde

Wer ist gefordert?

- Institutionelle Ebene (KVJS sollten den sehr pflegelastigen Prüflerfadenden erweitern)
- Vernetzung der Beratungsstellen
- Peer-Beratung muss ausgebaut werden
- Aufgaben für das Land:
 - Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Konventionen für Menschen mit Behinderung
 - Landesbehinderten-Gleichstellungsgesetz zur Organisation von Unterstützung

Expertinnen-Interview mit Britta Schade

Leitfragen

1. Was macht dich zur Expertin für (subtile) Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen?
2. Welche subtilen Formen von Gewalt fallen dir spontan ein?
3. Welche Formen von subtiler Gewalt hast du selbst erlebt?
4. Was hättest du dir damals anders gewünscht?
5. Auf welchen Ebenen besteht Handlungsbedarf – in welcher Form?
 - a. Politische Ebene
 - b. In Institutionen der Behindertenhilfe
 - c. Andere Einrichtungen
 - d. Gesamtbevölkerung/jede/r Einzelne
 - e. Menschen mit Behinderungen
6. Wie denkst du, dass subtile/strukturelle Gewalt vermindert/vermieden werden

kann?

7. Wer ist daran beteiligt / sollte daran beteiligt sein?
8. Welche Rolle spielt dabei die Soziale Arbeit?
9. Was kann Soziale Arbeit tun?
10. Welche Rolle spielen Selbsthilfegruppen, -verbände, Behindertenbewegung, Peer-Counseling?
11. Gibt es auch „Männer-Organisationen“, die sich mit dem Thema beschäftigen, Projekte initiieren? Woran liegt es, dass es mehr Frauenprojekte /-aktionen gibt?
12. Haben Menschen mit Behinderungen eine besondere Verantwortung, sich gegen Gewalt gegen Menschen mit Behinderung einzusetzen?

Zusammenfassung des Interviews

Expertin, warum?

- Eigene Betroffenheit als Frau mit Behinderung
- Eigene Fachlichkeit als Psychologin
- Auch Thema in Beratungsgesprächen
- Lange Auseinandersetzung/Beschäftigung mit Thema Gewalt
- Oft Recherche nach Forschungen zum Thema Diskriminierung

Begriffsklärung „subtile Gewalt“

- Durch Diskriminierung
 - Durch Sprache
 - „Wenn du nicht leben darfst, wie du willst, in Heimen abgeschoben bist“
 - Wenn ich nicht geschlechterspezifisch bestimmen darf von wem ich gepflegt werde
 - Kein Einzelzimmer
 - Eine Art von Unterdrückung
 - „Ja, es ist auch schwierig, weil wenn du mit anderen Leuten da drüber redest, wirst du gleich in eine ganz komische Ecke geschoben. Also wenn ich sage Barrieren sind ´ne Form von Gewalt, dann finden das viele Leute sehr übertrieben und ich finde das nicht, weil wenn ich zum Beispiel immer wieder daran gehindert werde, gesellschaftlich teilhaben zu können, ist das für mich ´ne Form von subtiler Gewalt, weil ich werde an gesellschaftlichen Prozessen dadurch ausgeschlossen. Ich kann viele Dinge nicht mitmachen.“
- z.B. Wahlbüro nicht erreichen können (→ politische Teilhabe)

- Sozialisation/Erziehung/Erwartung eines „Musterkrüppelchen“-Bild = lieb, brav und gut zu verwalten
- „geschlechterlose Toiletten“ meist mit Wickeltisch oder als Putzkammer genutzt
→ Traurig, wie Betroffene denken: zufrieden, wenn es überhaupt eine behindertengerechte Toilette gibt
- Gewalt = wenn der Haupteingang nicht genutzt werden kann, sondern „nur“ der Nebeneingang genutzt werden kann? (eher keine Gewalt?)
- komische Gegenargumente:
 - es gibt ja Briefwahl
 - du kannst dich im Kino hochtragen lassen
 - du kannst, wenn du nicht einkaufen kannst, dir Essen auf Rädern schicken lassen
- Noch sehr ungewöhnlich, dass man sich als Mensch mit Behinderung für sich (politisch) einsetzt
- Nicht frei von Zuschreibung, sobald man sich wehrt
- Zuschreibungen, wenn man sich wehrt:
 - Undankbar
 - Verbittert
- Blöd angemacht werden, wenn man sich nicht helfen lassen will
- Hat freundlich zu sein
- „ein Mensch mit Behinderung hat auf die Unbehinderten zuzugehen, weil die armen Unbehinderten ja so unsicher sind.“ (→ Menschen mit Behinderung können auch unsicher sein)

⇒ Muss jeder selbst entscheiden, ob er/sie sich diskriminiert fühlt

Eigene Erfahrung mit subtiler Gewalt

- Im Laufe der Sozialisation wahrscheinlich alle Formen schon erfahren
- Keine freie Schulwahl
- Als Kind an Füßen rumoperiert, damit sie besser in Prothesen passen
→ dort nackt von Ärzten begutachtet
- ⇒ Subtil, weil nur zum Besten der Patientin (dabei kann Gefühl, was für einen selbst gut ist, verloren gehen)

Wünsche

- Dass Eltern von dem Wissen von „alten“ Menschen mit Behinderung profitieren
- Dass Normdenken abgebaut wird
- Dass Eltern mehr begleitet werden/ mehr Möglichkeiten haben, sich begleiten zu lassen
- Wie sie mit ihrem Kind mit Behinderung umgehen (→ oft überfordert)
- Wie sie mit der Gesellschaft leben können (→ oft allein gelassen)
- Weniger Druck auf Eltern bei Pränatal Diagnostik (z.B. durch Ärzte)
- Weniger gesellschaftlicher (juristischer) Druck auf Ärzte
- Weniger Druck auf Eltern, wenn sie sich entscheiden ein Kind mit Down-Syndrom zu bekommen

Handlungsebenen

- Alle Ebenen
- Politisch
 - Deutliche Signale in Richtung Umsetzung der Behindertenrechtskonvention
- Gesellschaftlich
- Persönlich
- Von Geburt an (gemeinsame Krabbelgruppe, gemeinsame Schule,...)
- Von jedem Einzelnen bis hoch zur höchsten Ebene
 - Viel mit Bewusstseinsbildung

Konkrete Vorschläge

- Politische Ebene
 - Einhaltung/Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, z.B.
 - Bewusstseinsbildung
 - Ermöglichung von Peer-Counseling
 - Selbstermächtigung von politischem Einmischen
 - dass ein anderes Menschenbild entsteht
 - Förderung von Kunst von Menschen mit Behinderungen
 - dass Teilhabe von Menschen mit Behinderung in allen Prozessen der Gesellschaft geschieht
 - (politische) Beteiligung bei Entscheidung – Prinzip: „Nichts über uns, ohne uns“
 - Mehr Jobcoachs zur Eingliederung von Menschen mit Behinderung ins Arbeitsleben

- Beispiel Frankreich: alle öffentlichen Gebäude müssen barrierefrei sein, sonst müssen sie Strafe zahlen → Holzrampen als Notbehelf
- Gesetze schaffen, z.B. wenn öffentlich gefördert, dann muss es auch barrierefrei sein (z.B. Beratungsstellen)
- Institutionelle Ebene (Wohlfahrtsverbände)
 - Nur Fördergelder bekommen, wenn sie inklusive Modelle umsetzen
 - Einrichtungen selbst müssten überlegen, wie sie ihre Einrichtungen umgestalten (auflösen) können, sodass Menschen mit Behinderung dort so leben können, wie sie wollen
 - Bei Inklusionsmodellen sollten kompetente Menschen beratend mitwirken, um „Zwangsbeglückung“ zu vermeiden
 - Ausbildung von Heimbeiräten oder Frauenbeauftragte in Einrichtungen
 - Einrichtung von Selbstvertretungen in Einrichtungen, die von unabhängiger Seite unterstützt und begleitet werden, sodass sich das Bewusstsein in den Einrichtungen verändert und die Menschen auch als selbstbestimmt wahrgenommen werden
 - Umdenken: wie kann man Menschen, die nicht sprechen können, trotzdem entscheiden lassen?
 - KlientInnen zur Mitbestimmung befähigen
 - MitarbeiterInnen sensibilisieren
 - KlientInnen schulen
 - ➔ Wichtig: EXTERNE Schulungen und Begleitung
- Andere (öffentliche) Einrichtungen
 - Umfassendes Bewusstsein für Barrierefreiheit
 - Sensibilisierung der Mitarbeiter
 - ➔ menschenwürdige Behandlung
 - ➔ Gebärdendolmetscher bei Behörden
 - ➔ leichte Sprache bei Ämtern
 - ➔ Umfassende Beratung über Rechte, die Menschen mit Behinderung haben
- Gesamtgesellschaftlich und jede/r einzelne
 - Sensibilisierung
 - Mehr Teilhabe von Menschen mit Behinderungen an Kunst und Kultur
 - Menschen mit Behinderungen als Schauspieler im Fernsehen
 - Aktion aus der Schweiz: bekannte Menschen mit Behinderungen haben sich als Schaufensterpuppen modellieren lassen, die

Puppen standen dann in Zürich in der großen Einkaufsstraße im Schaufenster

Gute öffentlichkeitswirksame Aktionen

- Menschen mit Behinderungen sollten überhaupt in die Öffentlichkeit kommen
- Sollten mehr Menschen mit Behinderungen in der Politik vertreten sein
- Nicht nur fachlich gute, sondern auch behinderte Behindertenvertreter
- Vorträge
- Präsenz zeigen
- Umsetzung von Inklusion in Schulen
- Berührungspunkte in Freizeit
- Begegnung
- Menschen mit Behinderungen
 - Bewusstseins-schaffung für Gewalt
 - Erleben von Empowerment ermöglichen
 - Schulungen, um eigene Rechte wahrnehmen zu können
 - Lernen „Was will ich?“
 - Durch unabhängige Beratungsstellen über Rechte aufgeklärt werden
 - Selbstvertretung sich selbst zutrauen
 - Verschiedene Formen von Selbstbewusstseins-training, wie z.B.
 - Therapeutisches Setting
 - Karate
 - Theater spielen
 - Fähigkeiten aufspüren und nutzen (im Gegensatz zu: Defizite aufzeigen)

Rolle der Sozialen Arbeit

- Reflektiert arbeiten
- Bewusstsein bekommen, dass man nicht für, sondern mit Menschen mit Behinderung arbeitet, dadurch Stärkung des Selbstbewusstseins der KlientInnen, dadurch Prävention vor Gewalt
- Reflektierte Haltung
- Ausbildung der Sozialen Arbeit:
 - Bewusstseinsbildung und Selbsterfahrung
 - Gut angeleitete Praktika mit guter Begleitung/Supervision von der Hochschule

Aktive Frauen/Männer gegen Gewalt an Menschen mit Behinderungen

- Bei unbehinderten Frauen ist es auch so
- Frauen haben sich auch für Bielefelder Studie eingesetzt
- Mehr Frauenberatungsbewegungen
- Pro Familia setzt sich (in Stuttgart?) für beide Geschlechter ein
- Keine explizite Männerorganisation/-aktion bekannt

Besondere Eigenverantwortung

- muss jeder selbst für sich wissen
- jeder Mensch sollte die Verantwortung haben/wahrnehmen in seinem Umfeld zu schauen, wo Gewalt stattfindet und die Menschenwürde verletzt wird
- nicht grundsätzlich
- „Klar, wenn wir’s jetzt merken, und die Kraft haben, dann ist es sicher wichtig, aber nicht, ich sollte ein schlechtes Gewissen haben, wenn ich’s jetzt nicht mache. Wenn ich’s für mich als Aufgabe sehe, ist es ok – aber ich finde nicht, dass wir das müssen, um irgendeiner Verantwortung gerecht zu werden.“

Ellen Keune

Enthinderte Hochschule!

Eine Ideensammlung zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen an der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg

Inhalt:

Dieses Dokument entstand im Rahmen meiner Bachelor-Thesis mit dem Titel „Bewusstlose“ Gewalt. Über die subtilen Formen von Gewalt gegen Menschen/Studierende mit Behinderungen. Es enthält Vorschläge und Ideen für Einzelaktionen, Projekte und prozessorientierte Sensibilisierungsmaßnahmen. Alle Empfehlungen haben das Ziel, die Leitlinie der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg „Wir sind bemüht, barrierefreie Zugänge zu schaffen und die Belange von Studierenden mit Handicap im Studienalltag zu berücksichtigen.“ (EVANGELISCHE HOCHSCHULE LUDWIGSBURG 31.12.2013) umzusetzen.

Die Studie „beeinträchtigt studieren“ des Deutschen Studentenwerks ergab, dass Studierende mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen auf besondere Hindernisse an ihren Hochschulen treffen und Diskriminierung erfahren. Im Rahmen meiner Bachelor-Thesis suchte ich gezielt nach subtiler Gewalt an der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg.

Während meines Studiums wurde ich bereits auf einige Hürden aufmerksam. So gibt es trotz guter baulicher Voraussetzungen immer noch physische Barrieren. Dozierende, Mitarbeitende und Studierende teilten mir bei der Erstellung des Audioguides gleichermaßen ihre verschiedenen Unsicherheiten im Umgang mit Studierenden mit Beeinträchtigungen mit und wünschten sich mehr Informationen. Auch in der Interessengruppe Studium und Assistenz diskutierten wir häufig über Informations- und Verbesserungsmöglichkeiten, sowie Sensibilisierungskampagnen.

Um die Situation zu verändern, erarbeitete ich eine Checkliste mit konkreten Forderungen die unmittelbare Verbesserungsmöglichkeiten (meist physischer Art) bietet. Diese Liste entstand lediglich aus meinen Erfahrungen, die ich im Laufe meines Studentinnendaseins, als Senatorin und Mitglied der Interessengruppe Studium und Assistenz, sowie während der Erstellung des EH-Audioguides gesammelt habe. Ziel dieser Checkliste soll nun sein, auf die (noch) vorhandenen Verbesserungsmöglichkeiten aufmerksam zu machen und Lösungsvorschläge zu präsentieren. Als Grundlage für Diskussionen bietet diese Checkliste Anhaltspunkte, an denen gearbeitet werden kann. Sie hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit, wurde von mir sorgfältig geprüft, darf aber keinesfalls unreflektiert übernommen werden. Es ist unerlässlich bei allen Planungen, Diskussionen, Durchführungen und Überprüfungen den/die Enthinderungsbeauftragte/n der Hochschule, Studierende mit verschiedenen Behinderungen und chronischen Krankheiten sowie Angehörige der Zielgruppe (beispielsweise Dozierende bei Sensibilisierungsaktionen) kontinuierlich einzubeziehen.

Dieses Dokument soll keine Anklageschrift darstellen, sondern dazu beitragen die bereits guten Voraussetzungen der Hochschule weiter zu verbessern, die Verwirklichung ihres Leitbildes fördern und die UN-Behindertenrechtskonvention dort umzusetzen.

Im Leitbild der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg ist unter Punkt drei folgende Leitlinie zu lesen: „Ein besonderes Augenmerk gilt in der Lehre und Forschung der Situation von Menschen mit Assistenzbedarf. Wir sind bemüht, barrierefreie Zugänge

zu schaffen und die Belange von Studierenden mit Handicap im Studienalltag zu berücksichtigen.“ (EVANGELISCHE HOCHSCHULE LUDWIGSBURG 31.12.2013) Diese Leitlinie muss aus meiner Sicht unbedingt gefördert werden und beinhaltet, dass dies in einem kontinuierlichen Prozess geschieht. Daher möchte ich verschiedene Projektvorschläge präsentieren, die Anregung für verschiedene Sensibilisierungsprozesse an unserer Hochschule sein können.

Die Interessengruppe Studium und Assistenz wird im Folgenden häufig mit IgSuA abgekürzt.

Literaturhinweise

BEIER, Christof/BÜRGER, Irma: Eine Uni für alle... Studium und Behinderung. Chancengleichheit für Studierende mit Behinderung an Hochschulen.

<http://www.studentenwerke.de/pdf/Tutorenprogramm.pdf>. 11.12.2013.

DEUTSCHES STUDENTENWERK/INFORMATIONEN UND BERATUNGSSTELLE STUDIUM UND BEHINDERUNG: Online-Bibliothek.

<http://www.studentenwerke.de/main/default.asp?id=06601>. 26.12.2013.

DEUTSCHES STUDENTENWERK/INFORMATIONEN UND BERATUNGSSTELLE STUDIUM UND BEHINDERUNG: Studium und Behinderung. Informationen für Studieninteressierte und Studierende mit Behinderungen und chronischen Krankheiten.

http://www.studentenwerke.de/pdf/Handbuch_Studium_und_Behinderung_7_Auflage.pdf. 26.12.2013.

UNGER, Martin u.a.: beeinträchtigt studieren – Datenerhebung zur Situation Studierender mit Behinderung und chronischer Krankheit im Bachelor-/Master-Studiensystem 2011.

http://www.studentenwerke.de/pdf/beeintraehtigt_studieren_datenerhebung_01062012.pdf. 11.12.2013.

WOCHE DES SEHENS: Willkommen bei der Woche des Sehens! <http://www.woche-des-sehens.de/>. 29.12.2013.

Enthinderungsmöglichkeiten an der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg

Checkliste

Gebäude, Wege und Räume

- ✓ Kontrastreichere Farbwahl bei Säulen und Türen
- ✓ Menschenwürdige Sitzplätze für RollstuhlfahrerInnen in den Hörsälen H4 und H1
- ✓ Schließfächer, die für alle Studierende erreichbar sind
- ✓ Barrierefrei zugängliche Kinderbetreuung
- ✓ Mehr Platz zwischen den Tischreihen in allen Hörsälen und Seminarräumen
- ✓ Ruhige Ruheräume mit höhenverstellbaren Liegen
- ✓ Verbesserung der Toilettensituation für Behinderte Menschen im C-Gebäude
- ✓ Veränderung der Türsituationen im A-Bau:
 - Cafeteria
 - Studierendenservice/Postfächer der Studierenden
 - Raum der Stille
 - Zu den Büro-Fluren
- ✓ Bei Schnee oder starkem Laubfall sollte dafür gesorgt werden, dass zwischen den Gebäuden die Bordsteine geräumt sind, auch wenn es nicht Hochschulgelände ist.

Raumausstattung

- ✓ Bessere/hellere Beleuchtung in den Gängen und im Foyer des C-Gebäudes
- ✓ Audioauskunft (z.B. über Kopfhörer) bei Planänderungen – nicht nur über Bildschirme
- ✓ Ausdrücklicher Hinweis, dass Post an Dozierende auch beim Hausmeister eingeworfen werden kann, wenn richtiges Postfach nicht erreichbar ist (zu hoch, zu tief, zu kleine Postfachbeschriftung)
- ✓ Funktionierende Mikrowellen (z.B. in Teeküchen)
- ✓ Bessere Akustik in den Seminarräumen

Homepage und PC-Arbeitsplätze

- ✓ Barrierefreiere Moodle-Gestaltung
- ✓ Barrierefreiere Homepage-Gestaltung
- ✓ Mindestens ein PC-Arbeitsplatz pro Computer-Pool mit Vergrößerungssoftware und Screenreader

Orientierung

- ✓ Tutorien (Nachhilfe) für Studierende mit Beeinträchtigungen in Forschungs-und Rechtsseminaren
- ✓ Klare Regelungen im Brandfall für Menschen mit Behinderungen
- ✓ Regelmäßige Aktualisierung des EH-Audioguides
- ✓ taktile Türbeschriftung (Brailleschrift)
- ✓ taktile Buchbeschriftung in der Bibliothek
- ✓ Erstellung eines Leitfadens/Handbuchs zum Thema Studieren an der EH mit Behinderungen und chronischer Erkrankungen

Evaluationen und Projekte

- ✓ Bedarfserhebung bei ProfessorInnen, Lehrbeauftragten und Mitarbeitenden der Hochschule
- ✓ Deckung dieser Bedarfe, z.B. durch verschiedene Projekte
- ✓ Regelmäßige Evaluation zur Situation der eH-Studierenden mit Behinderungen und/oder chronischen Erkrankungen
- ✓ Verschiedene Projekte zur Sensibilisierung nichtbehinderter Studierender

Bedarfserhebung „Sensibilisierung von ProfessorInnen, Lehrbeauftragten und Mitarbeitenden“

Projektskizze

Projektidee

Dieses Projekt besteht aus einer kleinen Evaluation. Es soll herausgefunden werden, welche Informationen Dozierende und Mitarbeitende der EH Ludwigsburg zum Thema Studieren mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen benötigen. Gleichzeitig soll abgefragt werden in welcher Form die Zielgruppe diese Informationen aufbereitet haben möchte. Geplant ist eine Mehrpunktabfrage in verschiedenen Gremien der Hochschule. Die Abfrage soll möglichst wenig Zeit in Anspruch nehmen und gleichzeitig eine hohe Beteiligung garantieren. Daher gibt es nur zwei Fragen:

- 1.) In welchen Bereichen wünschen Sie sich Aktionen/Informationen zum Thema Studium und Behinderung?
- 2.) In welcher Form wünschen Sie sich diese Informationen?

Mögliche vorgegebenen Aktionen/Projekte könnten beispielsweise sein:

- Informationsflyer zum Thema (2 DIN A4 Seiten)
- Ausführliches Handbuch/Leitfaden (ca. 10-30 Seiten)
- Kurzimpuls im Senat/Dozierendenkonferenz/Lehrbeauftragtenkonferenz (10-15min)
- Vortrag zum Thema mit anschließender Diskussion (ca. 1,5h)
- Vortragsreihe zu verschiedenen Aspekten des Themas (z.B. 5x 1h)
- Sensibilisierungsworkshop (4h)

Durchgeführt werden soll das Projekt durch die Interessengruppe Studium und Assistenz. Denkbar wäre für die Form der Sensibilisierung eine Mehrpunktabfrage vor, nach, oder in der Pause des Senats auf Flipcharts. Allerdings sind hier von manchen Personengruppen nur Einzelne vertreten. Eine andere Möglichkeit wäre, die Mehrpunktabfrage vor, nach oder in der Pause einer Dozierenden- sowie einer Lehrbeauftragtenkonferenz und eine Zusätzliche persönliche Abfrage der Mitarbeitenden in ihren Büros.

Die Abfrage und Sammlung der gewünschten Themen erfolgt anonym. Alle Personen die bereits bei der Mehrpunktabfrage teilgenommen haben, bekommen zusätzlich ein oder mehrere gleichfarbige Moderationskarten. Hierauf sollen sie im Laufe der Sitzung ihre Wunschthemen formulieren. Am Ende werden alle Karten in einer Art Briefkasten gesammelt. Dieser Briefkasten wird weitere zwei bis vier Wochen an der Studierendenservicetheke oder bei den roten Postfächern der Dozierenden aufgestellt, damit diese die Chance haben, weitere Vorschläge einzuwerfen.

Ziel

Ziel dieses Projektes ist es herauszufinden, welche Form der „Aufklärung“ möglichst viele Dozierenden und Mitarbeitenden der Hochschule erreicht.

Geplante Schritte

Schritt	Erklärung	Beteiligte	Wo/Wann
1	Ideensammlung möglicher Sensibilisierungsprojekt	Mitglieder der IgSuA	Treffen der IgSuA
2	Erstellung einer Mehrpunktabfrageliste mit den Projektideen auf Flipchart	2 Mitglieder der IgSuA	Separates Treffen
3	Präsentation der Liste in Gremien Und Sammlung von gewünschten Informationen	Mitglieder der IgSuA und Gremien	Gremien
4.	Ergänzung der Liste durch Gremien	Gremien	Gremien
5.	Mehrpunktabfrage nach Sitzung von Gremien	Gremien	Gremien
6.	Diskussion der Ergebnisse in der IgSuA	Mitglieder der IgSuA	Treffen der IgSuA

Aufwand der Schritte 1-6

Personen: mindestens 3 Projektmitglieder
Zeit: 2 Sitzungen der Interessengruppe Studium und Assistenz
(jew. 1-2h)
1h zur Vorbereitung der Flipcharts und Klebepunkte
3-9h Mehrpunktabfragen
Materialien: ca. 5 Flipchartbögen, Stifte, Klebepunkte

Sensibilisierung der Erstsemester

Projektskizze

Projektidee

Die Interessengruppe Studium und Assistenz erarbeitet gemeinsam mit dem/der Enthinderungsbeauftragten der Hochschule Möglichkeiten, wie sie sich im Rahmen der Einführungstage der Erstsemester vorstellen und bekannt machen können. Dieses Konzept muss einfach durchzuführen sein und auf jede Semesterneueinführung übertragbar sein. Die Beteiligten sollten gleichzeitig überlegen, wie gewährleistet werden kann, dass die Vorstellung dieser VertreterInnen ein fester Bestandteil der Einführungstage wird.

Die gesammelten Ideen sollten sorgfältig geplant, durchgeführt überprüft und verbessert werden.

Dieses Projekt ist meiner Meinung nach notwendig, da bei einigen nichtbehinderten Studierenden Hemmungen, Unwissenheit und Unsicherheit herrscht und diese vermutlich gleich zu Beginn des Studiums in der Orientierungsphase abbaubar ist.

Ziele

Ziel dieses Projektes ist, eine Willkommenskultur für Vielfalt und Unterschiedlichkeit an der Hochschule zu installieren. Weiter sollen Erstsemester gleich zu Beginn ihres Studiums erfahren, dass sie an der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg mit ihren unterschiedlichen Bedürfnissen wahrgenommen und geschätzt werden.

Die Studierenden werden über vorhandene (Beratungs-)Angebote informiert. Studierende mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen werden selbst befähigt zu entscheiden, ob und welches Angebot sie in Anspruch nehmen wollen.

Nichtbehinderte Studierende werden dafür sensibilisiert, dass KommilitonInnen nicht-sichtbare Behinderungen haben können.

Des Weiteren hat dieses Projekt zum Ziel, ein Beitrag zur Umsetzung der im Leitbild der Hochschule unter Punkt 3 genannten Leitlinie „Wir sind bemüht, barrierefreie Zugänge zu schaffen und die Belange von Studierenden mit Handicap im Studienalltag zu berücksichtigen.“, zu sein.

Geplante Schritte

1. Sammlung verschiedener Vorschläge durch die Interessengruppe Studium und Assistenz
2. Erarbeitung zweier kurzer Beiträge
 - a. Beitrag der Interessengruppe Studium und Assistenz
 - b. Beitrag der/des Enthinderungsbeauftragten
3. Anmeldung und Etablierung der Beiträge im Einführungsprogramm der Erstsemester.
4. Durchführung der Beiträge bei der nächsten Einführungswoche
5. Besprechung, Auswertung und Reflexion, evtl. Verbesserungen erarbeiten
6. Regelmäßige Durchführung

Aufwand

Vor- und Nachbereitung:

Personen:	alle Studierenden von Studium und Assistenz Enthinderungsbeauftragte/r
Zeit:	ca. 3-6 Gruppentreffen á 1,5h
Kosten:	keine
Material:	je nach Bedarf

Durchführung:

Personen:	1-3 Studierende der Interessengruppe Studium und Assistenz Enthinderungsbeauftragte/r
Zeit:	ca. 2x 15min
Kosten:	keine
Material:	je nach Bedarf

Sensibilisierungsworkshop als Zusatzveranstaltung im Rahmen des Hochschulzertifikats Diversitätskompetenz in der Sozialen Arbeit Projektskizze

Projektidee

Das Institut für Antidiskriminierung und Diversityfragen (IAD) bietet für Studierende der EH verschiedene Fort- und Weiterbildungsangebote im Bereich interkultureller und diversitybezogener Kompetenzen an. Nach erfolgreichen Besuchen fünf solcher Workshops oder Seminaren, kann vom Institut ein Hochschulzertifikat Diversitätskompetenz in der Sozialen Arbeit ausgestellt werden. In diesem Rahmen könnten mit Hilfe einer Kooperation der/des Enthinderungsbeauftragten und des Instituts für Antidiskriminierung und Diversityfragen Workshops oder Seminar entwickelt oder organisiert werden, die für die Lebenswelt von Menschen mit Behinderungen sensibilisieren.

Ziele

- Sensibilisierung von angehenden SozialarbeiterInnen/SozialpädagogInnen für die Lebenswelt von Menschen mit Behinderungen
- Verringerung von Stigmatisierung und Vorurteilen gegen Menschen mit Behinderungen
- Erweiterung der Diversitätskompetenzen der Studierenden

Geplante Schritte

1. Kooperation zwischen Institut und Enthinderungsbeauftragter/m
2. Suche nach kompetenten Workshop-/ SeminarleiterInnen
3. Inhalte der Veranstaltung abstimmen
4. Durchführung der Veranstaltung
5. Evaluation der Veranstaltung
6. Bei positiver Rückmeldung: Etablierung der Veranstaltung

Aufwand

Personal:	OrganisatorInnen, zwei VeranstaltungsleiterInnen
Kosten:	evtl. Fördergelder beantragen
Zeit:	2 Tage Veranstaltung, Beantragung Fördergelder, Organisation
Material:	Moderationsmaterial, Veranstaltungsflyer

Teilhabe an der Woche des Sehens

Projektskizze

Projektidee

Die Woche des Sehens ist eine jährliche Aktionswoche, veranstaltet durch verschiedene Sehbehindertenverbände. In dieser Woche können verschiedene Einrichtungen, Augenärzte, Kirchengemeinden oder auch Einzelpersonen Aktionen und oder Projekte in ihrer Einrichtung oder Gemeinde durchführen. Unterstützt werden sie dabei von der Dachorganisation der Woche des Sehens. Es können Materialien, Flyer, Einladungsschreiben und ein Handbuch mit Anleitungen für verschieden Aktionen bestellt werden. Die Aktionen sind unterschiedlich aufwendig und reichen von kurzen Vorträgen bis zur Organisation und Durchführung von Dunkelcafés. Jede/r der/die mitmachen möchte, kann selbst bestimmen wie viel Zeit und Energie sie/er investieren möchte.

Eine Kooperation aus der Interessengruppe Studium und Assistenz und des Arbeitskreises Studierende für Vielfalt könnten gemeinsame Aktionen planen. Im Rahmen dieser Woche könnten speziell an der Hochschule erlebnispädagogische Aktionen mit dem Eh-Audioguide durchgeführt werden.

Ziele

Sensibilisierung von Lehrenden, Mitarbeitenden und Studierenden zum Thema sehbehindert studieren

Geplante Schritte

1. Kooperation der beiden Gruppen
2. Informationssammlung auf der Homepage der Woche des Sehens
3. Sammlung von Aktionsideen
4. Vorbereitung der beschlossenen Aktionen
5. Bestellung von Aktions- und Informationsmaterial
6. Durchführung der beschlossenen Aktionen
7. Evaluation, Pressearbeit, Nachbereitung

Aufwand

Personal:	abhängig von Aktion
Zeit:	abhängig von Aktion
Material:	Einladungen, Informationsmaterial, und abhängig von Aktion
Kosten:	Material kann kostenlos bestellt werden

Erstellung von Informationsmaterial der Interessengruppe Studium und Assistenz

Projektskizze

Projektidee

Erstellung von Informationsmaterial für einen Informationsstand der Interessengruppe Studium und Assistenz, das immer wieder verwendet werden kann. Mit diesem Material könnten bei folgenden Veranstaltungen über die Arbeit der/des Enthinderungsbeauftragten und der Interessengruppe Studium und Assistenz, sowie über das Thema „beeinträchtigt studieren“ informiert werden:

- Tag der offenen Tür der Hochschule
- Öffentliche Veranstaltungen/Fachtagungen der Hochschule
- Hochschulfestival „Campus Libertatis“
- Einführungswoche der Erstsemester
- Schnuppertage für Schülerinnen und Schüler
- Studieninformationstag

Ziele

- Bekanntheitsgrad der Interessengruppe Studium und Assistenz und der/des Enthinderungsbeauftragten erhöhen
- Information über Beratungs- und Hilfeangebot zum Thema Studium und Behinderung präsentieren

Geplante Schritte

1. Förderantrag an Stiftung (z.B. EH-Stiftung)
2. Angebot eines Projektstudiums für unten stehende Einzelprojekte ausschreiben
3. Ideensammlung für Inhalte bei einem Treffen der Interessengruppe Studium und Assistenz
4. Erstellung der einzelnen Materialien
5. Auflistung der möglichen Veranstaltungen für Infostand

Beispiele für Materialien

- Visitenkarten mit Adresse der/des Enthinderungsbeauftragten und aktuellen StudierendenvertreterInnen der Interessengruppe Studium und Assistenz
- Informationsflyer über Arbeit der/des Enthinderungsbeauftragten und der Interessengruppe Studium und Assistenz
- Informationsflyer „beeinträchtigt studieren an der EH“
- Standard-Power-Point-Präsentation mit allgemeinen Informationen zur Interessengruppe Studium und Assistenz, bereits Erreichtem, aktuellen Zielen und Projekten
- Informationsplakate oder Gruppenlogoplakat
- Imagefilm „beeinträchtigt studieren an der EH“

Pinnwand

„Interessengruppe Studium und Assistenz“

Projektskizze

Projektidee

Die Interessengruppe Studium und Assistenz gestaltet an der Hochschule eine öffentlich zugängliche Pinnwand mit Informationen zu:

- Arbeit und Kontaktdaten der/des Enthinderungsbeauftragten
- Allgemeine Informationen zum Thema beeinträchtigt studieren an der EH
- Aktuelle Termine der Interessengruppe Studium und Assistenz
- Nützliche Informationen zum Beispiel zu Hilfsmitteln (Vorlesegerät, Audioguide)
- Öffentliche Veranstaltungen der Interessengruppe Studium und Assistenz
- Informationen zu externen Messen, Fachtagungen, Veranstaltungen, etc.
- Foto der/des Enthinderungsbeauftragten

Ziele

- Information und Präsentation der Interessengruppe Studium und Assistenz
- Erhöhung des Bekanntheitsgrads der Gruppe und der/des Beauftragten

Geplante Schritte

1. Beantragung einer Pinnwand bei Hochschulleitung
2. Sammlung von „Überschriften“ für die Pinnwand
3. Strukturierung der Pinnwand
4. Gestaltung der festen Bestandteile der Pinnwand

Geschätzter Aufwand

Zeit:	je nach Gestaltung ca. 10h
Material:	Plakate, Laminiergerät, Pinnnadeln
Kosten:	einmaliger Förderantrag bei Eh-Stiftung (Gemeinsam mit Infomaterial (s.o.)

Eidesstattliche Erklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt habe. Insbesondere versichere ich, dass ich alle wörtlich und sinngemäß übernommenen Stellen eindeutig kenntliche gemacht habe. Ich versichere auch, dass die Arbeit noch an keiner anderen Stelle als Abschlussarbeit vorgelegt wurde.

23.01.2014

Ellen Keune